

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4,50 zl., mit Zustellgeld 4,80 zl. Bei Postbezug monatl. 4,89 zl., vierteljährlich 14,66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 G. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die einseitige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Pf. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Auflschlag. — Bei Platzvorschiff u. schwierigem Satz 50% Auflschlag. — Überstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertengebihr 100 gr. — Für das Erledigen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Poststellenkonten:** Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 127

Bromberg, Sonntag den 4. Juni 1933

57. Jahrg.

Wir haben das Recht auf eine deutsche Schule!

Das Recht steht auf unserer Seite.

Einzelnen deutschen Schulen im ehemals preußischen Teilgebiet ist schon vor einiger Zeit die polnische Unterrichtssprache für Geschichte und Erdkunde (hier und da auch für Rechnen, Zeichnen, Handarbeit) „verordnet“ worden. In diesen Tagen haben nun die Schulinspektoren der Kreise Höhensalza, Mogilno, Wollstein, Gostyn, Krotoschin und Schrimm anbefohlen, daß mit Beginn des neuen Schuljahres in den staatlichen deutschen Schulen Geschichte und Erdkunde in polnischer Unterrichtssprache ertheilt werden müssen. Der Kreisschulinspektor von Mogilno hat noch ein übriges getan und den Rechenunterricht mit in die neue Sprachverfügung einbezogen. Die Schulinspektoren der Kreise Lissa und Kolmar haben bereits in ihnen unterstellten deutschen Schulen Geschichte und Erdkunde in polnischer Sprache geprüft, obgleich dieser Unterricht bisher in deutscher Sprache ertheilt wurde. Festzu stellen ist ferner, daß in den Kreisen Höhensalza, Gostyn, Rawitsch und Krotoschin die neue Sprachverfügung auch auf die deutschen Privatschulen erstreckt wurde. Man verlangte sogar, daß diese Schulen die neue Bestimmung in ihr Statut aufnehmen sollen.

Als polnische Staatsbürger stehen wir auf dem Boden der Verfassung der Polnischen Republik und als Menschen deutschen Volkes unter dem Schutz des Minderheitenvertrages.

Die Verfassung der Polnischen Republik sichert „den Minderheiten das polnischen Staates die volle freie Entwicklung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten“ zu (Art. 109); sie gibt den Privatschulen der Minderheit das Recht „zum freien Gebrauch ihrer Sprache“ (Art. 110). Das gleiche befagt der Minderheitenschutzvertrag, der in Art. 9 auch von den staatlichen Elementarschulen der anderssprachigen Bürger verlangt, daß „den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt wird“ (Art. 9). Art. 11 bringt die klare Zusammenfassung: „Polen verpflichtet sich, daß die in den Artikeln 2—8 dieses Kapitels enthaltenen Bestimmungen als fundamentalen Gesetze anerkannt werden, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine öffentliche Handlung im Gegensatz oder im Widerspruch zu diesen Bestimmungen stehen, und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine öffentliche Handlung ihnen zuwiderlaufe.“ Art. 12 fügt hinzu: „Diese Bestimmungen bilden Verpflichtungen von internationalem Interesse und werden unter die Garantie des Völkerbundes gestellt.“

Eine notwendige geschichtliche Betrachtung.

Im Jahre 1873 wurde in der Provinz Posen die deutsche Sprache als allgemeine Unterrichtssprache bestimmt. (Im polnisch-katholischen Religionsunterricht der Unterstufe mußte, in dem der Mittel- und Oberstufe durfte, die Lehrsprache polnisch sein.) Das geschah nach hundert bzw. achtzigjähriger Zugehörigkeit zum preußischen Staat.

Und wie ist es heute? Bierzehn Jahre nach der Neugründung Polens müssen Tausende von deutschen Kindern Schulen mit polnischer Unterrichtssprache besuchen; viele von ihnen kennen den deutschen Sprachunterricht nur vom Hören sagen. Und schon beginnt man mit der teilweisen Einführung der polnischen Unterrichtssprache in den uns noch verbliebenen deutschen Schulen. Das geschieht trotz beschworener Verfassung und seiterlich verbreittem Minderheitenschutzvertrag! Wenn das so weitergeht, wie wird es dann nach zehn oder gar zwanzig Jahren um unsere deutsche Schule hierzulande bestellt sein?

Und wie war es vor 1873 im preußischen Posener Lande? Eine königliche Instruktion vom Jahre 1842 verlangte ausdrücklich, das Polnische in den Gymnasien zu verstärken und in den polnischen Volksschulen zur herrschenden Unterrichtssprache zu machen. Die polnischen geistlichen Schulinspektoren nutzten diese Toleranz eines „absoluten“ Königs so für ihre nationalpolitischen Zwecke aus, daß es ihnen gelang, die deutschkatholischen Bamberger der Posener Kämmereidörfer in der Zeit von 1850 bis 1870 gänzlich zu polonisieren. Das geschah unter den Augen der Preußischen Regierung, ja, mit der Zulassung Duldung der katholischen Abteilung des Berliner Kultusministeriums! 1841 gründete der Posener Arzt Marcinkowski einen Verein zur Unterstützung der studierenden und lernenden polnischen Jugend und fand dabei die eifrige Hilfe der preußischen Regierung. Marcinkowski hat auch aus deutschen Bürgerkreisen für seinen Verein Geld erhalten. Als er starb (1846), wurde er von der Deutschen ebenso betrauert wie von den Polen. (Deutscher Nachruf. Abgedruckt in Zielowicz, Symot Marcinkowskiego.) Trotzdem bereiteten damals die Polen den Aufstand vom Jahre 1848 vor! General Pfuel dämpfte ihr. Der wortbrüchige Aufstandsführer, Mieroslawski, wurde gefangen und — begnadigt. Das wirtschaftliche und kulturelle Leben der preußischen Polen entwickelte sich weiter und kam zur Blüte. Ein zahlreicher und wohlhabender polnischer Mittelstand entstand, den die alte polnische Adelsrepublik niemals gekannt

hat. U. a. bildeten sich 1858 an den Gymnasien mit Wissen der preußischen Behörde „Schülervereine für polnische Geschichte und Schriftstellerei.“ Im Jahre 1861 kam es zur Gründung der polnischen Aktiengesellschaft „Tabius“, die den Verkauf polnischen Grundbesitzes an Deutsche verhindern wollte und deutschen Grundbesitz für die Polen zu erwerben suchte.

1871. Das Deutsche Kaiserreich entsteht. Bismarck ist sein Schnied. „Ein Reich — eine Nation!“ ist seine Lösung. „Der Staat ist oberster Herr aller Dinge“, das ist sein Grundsatz, der auch seine „Kulturpolitik“ erklärt. Verstaatlichung der Schule, Einführung der StaatsSprache als allgemeine Unterrichtssprache, Besetzung der Lehrerstellen durch die staatliche Behörde usw. Es kamen neue Verfügungen über Einrichtung, Aufgabe und Ziel der preußischen Volksschule heraus. Sie erschafft das Kind als Glied seines Staates, seiner Kirche, der engeren Gemeinschaft in Dorf und Heimat, aber auch als Weltbürger. Ihr Erziehungsziel ist der förmlich-religiöse Charakter. Diese sog. „Allgemeinen Bestimmungen vom Jahre 1872“ standen im Einklang mit dem damaligen pädagogischen Geiste. (Der Verfasser ist der ehemalige Bromberger Seminardirektor Dr. Schneider!) Auch in den anderen euro-

Des Pfingstfestes wegen wird die nächste Nummer dieser Zeitung am Dienstag, dem 6. Juni, nachmittags, ausgegeben.

breiten Massen ging an diesem herrlichen Buch achtlos vorüber! Es ist erst nach dem Weltkrieg sozusagen „entdeckt“ worden. Gewiß gab es Lehrer, die bewußt oder unbewußt im „Hildebrandson“ unterrichteten, aber sie waren in der Minderheit.

Wenn also heute die Polen des ehemals preußischen Teilstaates klagen, sie wären während der „kaiserlichen Zeit“ in ihrer volkstümlichen Bildung zu kurz gekommen, so teilen sie damit nur das Schicksal ihrer deutschen Zeitgenossen. Auch die Deutschen standen unter der Wirkung einer einseitigen „Bürger-Pädagogik“. Eine Volkss-Schule im echten Sinne hatten auch sie nicht. Man denkt nur an das fremde Nebeneinander von Schulen für die Ober- und Unterschicht des Volkes, die die zerstrende soziale Zersplitterung noch förderte. Man denkt daran, daß der Fremdsprachenunterricht an den höheren Schulen das fast höchstbewertete Fach war.

Dennoch hat unsere „alte Schule“ auch ihre Ehre und ihren Ruhm gehabt. Und selbst der deutschfeindliche „Kurier Poznański“ hat ihr im Jahre 1921 ein Danklied gesungen und ihre erzieherische Bedeutung für die Polen in Erinnerung gebracht: „Sie knebelte die Freiheit und die individuelle Entwicklung des Kindes, aber sie gewöhnte es an innere Prüfung, an Reinlichkeit und Ordnung, Pünktlichkeit und Fleiß, Liebe zur genauen Arbeit, mit einem Wort: zur gewissenhaften Erfüllung aller Pflichten; sie stöhnte dem Geist ihrer Jünglinge die höchsten Eigenschaften eines guten Bürgers ein, und tat dies tief: fürs ganze Leben. Und so, trotz bösen Willens, vervollständigte die deutsche Schule die Harmonie unserer Entwicklung und machte uns vollkommen gerade nach der Richtung hin, die unserer polnischen Natur am wenigsten entspricht.“

Die deutsche Schule hat also im Endesolg die Polen nicht germanisiert, sondern zur „preußischen Landsknecht“ erzogen! Das war ja auch die Aufgabe, die der große Preußenkönig der Schule in der Ostmark stellte. Der Begriff „Germanisieren“ war ihm, der besser und lieber Französisch als Deutsch sprach, fremd.

So hat die deutsche Schule vor 1914 den Polen unendlich viel gegeben.

Was könnte uns die polnische Schule geben?

Mit uns geht die neue Zeit.

Man lese eine Geschichte der Pädagogik und man wird erkennen, wie sich die Ansichten über Erziehung und Unterricht von Zeitalter zu Zeitalter wandeln. Die Schule im Zeitalter der Reformation war anders als in der Aufklärungszeit, anders in den Tagen des Liberalismus als in dem Zeitalter des Imperialismus. Immer steht die Schule, wenn sie lebendig ist, im Wellengang der geistigen Strömung ihrer Zeit. Rücksichtig, tot ist eine Schule, die veralteten oder gestorbenen Idealen nachgeht.

Hente leben wir im Zeitalter eines „neuen Nationalismus“ (der nicht wesensverwandt ist mit dem einstmals in Frankreich geborenen „Chauvinismus“). „Das Streben der Völker — von Irland bis Korea — ihr eigenes Selbst zu behaupten und zu formen, ist der beherrschende Faktor im Leben unserer Generation.“ (W. Lunt.) Heute ist das Volkstum die gewaltige Macht, die das politische, kulturelle und wirtschaftliche Geschehen auf unserem Erdball bestimmt.

Auch die Gegenwartspädagogik ist ganz von dem Volkstumsgedanken erfüllt. Sie hat erkannt: Die starken Wurzeln der Persönlichkeit ruhen in dem ererbten Volkstum. Mit ihm verbunden, bekommen erst „Seele“, „Charakter“, „Staat“ usw. Blut, Farbe, gesundes Leben. „Jeder Mensch hat seine angeborenen und nationalen Eigenschaften, die sich in Gewohnheiten, Religion, Sitten, Anschauungs- und Ausdrucksweise offenbaren. Diese sollen gepflegt und auf ihnen allein soll aufgebaut werden; nur so wird man tüchtige und brauchbare Menschen heranziehen.“ So sagt es der englische Professor S. Lunt von der Universität Edinburgh und so, nur mit anderen Worten, sagen es heute die Pädagogen aller Völker. Auch die deutschen Lehrer in Polen stehen im Einklang mit dieser erzieherischen Geistigkeit. Schon in ihrem ersten Jahrbuch (1923) bekennen sie: „Am deutschen Wesen, wie es sich offenbart hat in deutscher Sprache, Dichtung und Kunst, im deutschen Glauben und in deutscher Arbeit, wollen wir genesen, wollen wir wieder zu freien, frohen und fröhlichen Menschen werden. Und an diesen Quell, an dem sich nach ewigen Gesetzen nur unsere Volksart laben und nähren kann, wollen wir auch die uns anvertraute Jugend führen. Darum fordern und verteidigen wir unsere deutsche Schule, an der wir auch nur Lehrer sehen wollen, die Deutsche sind.“ Und ein Führer der deutschen Lehrer sagte auf der Posener Lehrertagung 1926:

Schöpfer Geist.

Du greifst aus unmessbaren Welten
In uns're dumpf-zerquälte Welt.
Du nahst uns sanft — wie Glockenläuten
hinweht über das Feuernfeld.
Du packst uns hart wie Sturmeschwinge,
Die Starkes liegt und Morsches bricht.
Aus jedem Wesen, jedem Dinge
Drängst Du Dich aufwärts und ans Licht.
Wir sind die Irrenden, die Blinden,
Wir wandern planlos durch die Nacht.
Doch wir Dich sehen und Dich finden,
hast Du ein Feuer angefacht.
Aus himmlischen Räumen zuckt Du nieder,
Bald drohend und bald süß und zart;
So hast Du Dich — und immer wieder —
Der Menschheit leuchtend offenbart.
Wir mögen weigern uns und wehren,
Du bleibst doch um uns, früh und spät,
Zwingt uns're Ohren, Dich zu hören,
Fügst uns're Hände zum Gebet.
Es braucht ja niemand Dich zu nennen,
Sein Blut schon ist es, das Dich preist.
Wo Seelen hungern, Seelen brennen,
Bist Du nie ferne — Schöpfer Geist!

Wolfgang Federau.

päischen Ländern nahm die „amtliche“ Pädagogik eine ähnliche Entwicklung. Auch in England, Frankreich, Belgien usw. drehte sich das Erziehungsziel um die Begriffe „Charakter“ und „Bürger“. Die Jahre von 1870 bis 1914 standen hell im Zeichen der „bürglerlichen Erziehung“.

Nur in dem kleinen Dänemark suchte und fand die Pädagogik einen anderen Kraftmittelpunkt: Das Volkstum. Der unglückliche dänische Krieg im Jahre 1864 war hier der Erwecker zur volkstümlichen Erziehung geworden und Grundtvig (Schöpfer der Volkshochschule) wurde ihr Verkünder. Erst der Weltkrieg hat die anderen Völker und Staaten auf diese neue Erziehungsbahn gestoßen.

Vor 1914 war auch in der offizielle deutschen Pädagogik der Begriff „Volkstum“ fast unbekannt. Einer der besten Kenner der damals zeitgenössischen pädagogischen Literatur mußte im Jahre 1917 feststellen: „Volksschullehrerbildung und Volkstum gehören offenbar irgendwie zusammen, ja ein unmittelbares Gefühl spricht sogar für einen tieferen Zusammenhang. Bisher freilich ist das pädagogische Denken durch dieses Verhältnis nicht nachhaltig befriedigt worden. Wo Ansätze vorhanden waren, begnügte man sich damit, das Volkstum anhangsweise zu bedenken, oder als schmückendes Beiwerk zu behandeln; denn die herrschende Auffassung an Lehrerbildung bewegte sich in einer ganz anderen Richtung.“ (Tschner.)

Diese „andere Richtung“ ist oben gekennzeichnet worden („Charaktererziehung“, „Staatsbürgerliche Erziehung“). Zwar schrieb der geniale Meister Rudolf Hildebrand gleich nach dem deutsch-französischen Kriege sein Buch: „Vom deutschen Sprachunterricht und von deutscher Erziehung überhaupt.“ Aber — die Lehrerwelt in ihrer

"Volkstum zu bekennen ist nichts Staatsfeindliches, sondern im Gegenteil Staatsverhalten des. Wenn ein Volkstum sich entfalten kann, dann schwingt seine eigenartige Kraft auch in das Staatswesen hinüber, unter dessen Schutz es gedeiht."

Und weil wir alle so denken und fühlen, kann auch unser Wille nicht ein anderes sein. Die polnische Verfassung sichert uns die Bewahrung unserer Nationalität zu. "Das einzige Mittel aber, um deutsch zu bleiben, ist — deutsch zu sein." (Hamerling.) Es ist aber nicht Sein, sondern Schein, wenn der deutsche Lehrer zu deutschen vor den Helden der Geschichte oder von Gottes Erde in der Sprache eines anderen Volkes, einer fremden Mutter reden soll. "Das bloß nachgeahmte oder anderen nur nachgelebte Leben ist gar kein wahres Leben, und wer jenes andere volle Leben aus sich und seiner Natur, also aus seiner Volksart und der Gegenwart herab noch nicht geschmeckt hat oder weder vergessen hat, der weiß noch gar nicht oder hat vergessen, was eigentlich Leben ist." (Rudolf Hildebrandt.)

Das schöpferische Wort ruft gerade beim Kind und beim Jugendlichen in der gewachsenen und natürlich weiterwachsenden Muttersprache. Nur mit ihrer Hilfe wird in der Erdkunde Liebe zu Heimat und Vaterland geweckt, nur durch ihre Leuchtkraft wird dem kleinen Geschichtsschüler das Verständnis für den Werdegang eines Volkes aufgehen, nur ihr Zauberwort kann dem rechnenden Kind die geheimnisvolle "Bahnenpforte" öffnen. Der Unterricht in diesen wichtigen Lebensgebieten darf nicht einem "Zweck" verfallen werden, der mit ihrem Wesen nicht das geringste zu tun hat. Die Verfügung der Kreisschulinspektoren verlangt etwas Widersinniges: einen Geschichts-, Erdkunde- und Rechenunterricht in einer Sprache, welche die Kinder sich in der Schule erst aneignen müssen. Und dieser Aneignung werden von der Fremdsprache selbst und von den kindlichen Wachstumsgegenen sehr enge Grenzen gesetzt. Geschichtsunterricht ist eben Geschichtsunterricht und nicht Fremdsprachenunterricht. Wie muss sich ein Geschichtsunterricht vor unserem deutschen Schüler abspielen, der in polnischer Sprache vorgetragen wird? Fahl, kahl und trocken wird er sein! Eine elende Sprachschinderei! Langweiliger, blutleerer Vortrag (denn der Lehrer muss sich an den engen polnischen Wortschatz der Kinder halten), wortgetreues Einpauken des dürtigen "Ertrages", um bei der Revision durch "Herrsagen" den Kreisschulinspektor zufriedenzustellen. Aber die Quellen eines fröhlichen, lebendigen, packenden und spannenden Geschichtsunterrichtes sind damit verstopft! Und ebenso wird dem erstaunlichen Unterricht das Goethesche Begegnen genommen: "Ihr glücklichen Augen, was je ihr gesehn, es sei, wie es wolle, es war doch so schön!" An den Bildungsgeist dieser herrlichen Unterrichtsgebiete darf der deutsche Lehrer in Polen nur noch in schönen Träumen denken, die rauhe Wirklichkeit seines Schulalltages verlangt das Einpauken nackten Tatsachenstoffes in polnischen Vokabeln. Lehrer-Sein ist Mitteilen, Abgeben, Schenken aus dem eigenen inneren Selbst, ist frohe Volkskunst, Kundmachung, ein Aus sprechen dessen, was er innerlich erlebt hat. Nachrichten von einer Welt, die dem äußeren Auge und dem äußeren Ohr verschlossen ist. Und dieses Sagen kann nur geschehen in der Muttersprache! Die fremde Sprache Klingt nicht von Herz zu Herz.

Wären wir Polenseinde, dann könnten wir uns über die unpädagogische Sprachenverfügung der polnischen Schulinspektoren im gewissen Sinne freuen!

Denn in einem polnisch sprachigen Geschichtsunterricht werden deutsche Kinder von dem Heldengesteine eines Kościuszko, eines Joseph Poniatowski, eines Romuald Traugutt nicht einen Hauch verspüren. Ihr heroischer Lebenslauf kann deutschen Jungen und deutschen Mädchen nur in deutscher Sprache innerlich nahegebracht werden. Es ist unfahbar, daß polnische Schulaufsichtsbeamte einen lebensvollen polnischen Geschichtsunterricht hier verhindern wollen!! Geradezu grotesk aber wird sich das Verbot der deutschen Unterrichtssprache auswirken, wenn die im ministeriellen Lehrplan geforderten deutschgeschichtlichen Partien zur Behandlung stehen: die Germanen, Slaven und Deutsche, Kreuzritter, deutsche Einwanderung, Luther und die Reformation, Preußen zur Zeit Friedrichs des Großen, Preußens Unglücksjahr 1806, Völkerkrieg bei Leipzig, das Jahr 1848, der deutsch-französische Krieg. Da hören viele deutsche Kinder zum ersten Mal von Hermann dem Freiherren, von Otto dem Großen, von Hermann Balk, Heinrich von Plauen, Johann Gutenberg, von dem "alten Fritz" und dem "Marshall Vorwärts", von Freiherrn vom Stein und von Otto von Bismarck. Es sind Männer des Volkes unserer Kinder; aber sie treten vor ihre Seelen in einem fremden Sprachkleide. Sie haben polnierte Namen und ihre Taten verkündet in polnischer Mund! Man sieht an diesem Beispiel, zu welcher Unnatur der schmähliche Kompromiß zwischen Pädagogik und materialistischer Politik führen muß!

Wir werden nicht gleichgültig zusehen, wenn durch falsche sprachpolitische Maßnahmen die Bildungsarbeit deutscher Schule an wichtigen Punkten abgedrosselt wird.

Geläuterte nationale Gefinnung empfindet es als Schändung einer Kultursprache, wenn sie dazu benutzt wird, eine andere Volksgruppe halb oder ganz zu entvölkern.

Macht die Schulbehörde wirklich Ernst mit ihrer neuen Sprachenverfügung, so ist das

der Anfang vom Ende der deutschen Schule in Polen!

Wachsamkeit.

Bromberg, 3. Juni. (Eigene Meldung.) Vor einigen Tagen war man in unserer Stadt den Freunden Hitlers wieder einmal auf der Spur. Hitlerzellen gibt es allerdings nicht bei den Deutschen in Polen; aber Hitler-Sympathien bekanntlich nicht nur bei den Deutschen allein. Man hat bei einigen jungen Leuten Haussuchungen vorgenommen und dabei nach Hitlerbüchern und etwaigen Zeichen der Sympathie gesucht. Dem Banklehrling Joachim Marwitz hat man u. a. einen Spruch fortgenommen, der sehr verdächtig erschien. Er heißt: "Bei treu, deutsch und wahr" und wurde dem Übelstäter zur Konfirmation geschenkt. Der junge Mann sitzt seit mehreren Tagen in

Bank für Handel und Gewerbe Poznań Poznański Bank dla Handlu i Przemysłu, Sp. Akc.

Poznań / Bydgoszcz
Inowrocław / Rawicz

Telegramm-Adresse: "Gewerbebank."



Erledigung sämtlicher
Bankgeschäfte.
Führung von Sparkonten
in allen Währungen.

Gest. Man wirft ihm vor, Deutschland besucht zu haben, was der Angeklagte bestreitet. Früher wurde man wegen anderer Sünden eingesperrt. Die Seiten haben sich merkwürdig verändert.

Deutsches Transfer-Moratorium.

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Im Zusammenhang mit der gestern beendeten Transfertagung hat Reichsbankpräsident Dr. Schacht, wie die Berliner Presse heute mitteilt, sofort nach den Feiertagen außerordentliche Maßnahmen zum Schutz des Devisenvorrates der Reichsbank angekündigt. Sowohl in den Gesprächen mit den ausländischen Gläubigern, wie auch in dem heute veröffentlichten Kommunikat der Reichsbank wird die Feststellung gemacht, daß die Bank durch die Umstände gezwungen sein kann, außerordentliche Schutzmaßnahmen zu treffen. Die Vertreter der Auslandsgläubiger geben zu, daß solche Zwangsmassnahmen notwendig seien, die Verantwortung für sie trage jedoch allein die Reichsbank. Die Reichsbank hat einen unumstößlichen Beschluss gefaßt, es zu keiner weiteren Schrumpfung der Gold- und Devisenreserven kommen zu lassen.

London, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Meldung, daß Deutschland in den nächsten Tagen ein Transfer-Moratorium erklären wird, ist in London ziemlich ernst aufgenommen worden, obwohl dieser Schritt keineswegs überraschend kam. In der Presse war schon öfters davon gesprochen worden. Hinsichtlich der Reichswerte dieses Schrittes auf die City besagen die Pressemeldungen, daß die Inhaber von deutschen Regierungspapieren zwar eine bittere Erfahrung machen müßten, aber eine Krise sei bei den englischen Banken nicht zu erwarten.

Amerikanische Gläubiger drohen mit Zwangsmassnahmen. London, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In amerikanischen Gläubigerkreisen wird, wie Reuter erfährt, die Ansicht vertreten, daß die amerikanischen Bondsbesitzer die Absicht hätten, im Falle eines allgemeinen deutschen Transfer-Moratoriums das Eigentum solcher deutscher Firmen in Amerika zu beschlagnahmen, die mit ihren Bonds in Verzug geraten sind. Die amerikanischen Vertreter hätten Dr. Schacht gegenüber ziemlich klar zum Ausdruck gebracht, was die Folgen wären, wenn Deutschland irgendwelche Massnahmen ergreife, die von der Amerikanern als "ungerecht" betrachtet würden.

Marianne sträubt sich noch.

London, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Pertinax glaubt im "Daily Telegraph", daß die Schwierigkeiten, die sich im letzten Augenblick dem Abschluß der Verhandlungen über den Vier-Mächte-Pakt entgegengestellt haben, recht ernster Natur sind. Die hauptsächlichste Schwierigkeit bereite der Artikel 3, der sich mit der Abrüstung beschäftigt. Frankreich fordere, daß Deutschland und den anderen abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung mit voller Wirkung erst nach zehn Jahren geben werden solle, während Deutschland fünf Jahre verlange und fordere, daß die einleitenden Schritte für den Rüstungsausgleich sofort erfolgen sollen. Weiter seien Meinungsverschiedenheiten über die Erwähnung des Sanktionsartikels 15 entstanden. Frankreich bestehe darauf, daß dieser in den Vertrag einbezogen werde.

Dorpat unter Ausnahmezustand.

Reval, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der estnische Staatssprecher, der gestern Dorpat besuchte, wurde dort bei einer politischen Ansprache von sozialistischen Gegnern mehrfach unterbrochen und schließlich am Sprechen verhindert und mit faulen Eiern beworfen. Über Dorpat wurde daranhin der Belagerungszustand verhängt.

Kleine Rundschau.

Gandhi hat Erfolg.

Gandhis Hungerstreik hatte den Erfolg, daß mehrere Hindutempel für die Unberührbaren geöffnet worden sind. So wurde den Parias der Einlaß in den Siwa-Tempel in Kuschang gestattet. Gandhi wurde davon telegraphisch benachrichtigt.

Auch aus Nairobi in der afrikanischen Kolonie Kenia kommt die Nachricht, daß dort zum ersten Mal ein Tempel der Hindugemeinde für die Parias geöffnet worden ist.

Botan, das Pferd der Nation.

Der Besitzer des Schimmels Botan, der auf dem römischen Turnier als einziges Pferd den Kurs zweimal fehlerlos gegangen ist, hat das Pferd dem Reichskanzler Hitler zum Geschenk angeboten. Rittmeister Sahla hat das mit der Begründung getan, daß sein Schimmel in den letzten Entscheidungen ausländischer Turniere stets mit zum Sieg beigetragen habe, und daß er nach seinem Erfolg beim römischen Turnier als

"Pferd der Nation" bezeichnet worden wäre. Als solches müßte es dem Befreier der deutschen Nation, dem Reichskanzler Adolf Hitler, gehören. Der Reichskanzler hat mit Dank an Rittmeister Sahla abgelehnt mit der Begründung, daß das Pferd in seinem Besitz in besseren Händen sei. Es sei gleichgültig, wer der Besitzer des Pferdes sei, denn Botan sei nun einmal "das deutsche Pferd".

Das Loch im Paddelboot.

Eine sensationelle Aufklärung fand ein Paddlerunglück auf der Oder, wo am 27. Mai d. J. der Kaufmann Richard Schuster ertrank, während seine Begleiterin, die Kindergärtnerin Edith Melke aus Stettin, gerettet werden konnte. Im Verlaufe der Untersuchung des Unfalls durch die Kriminalpolizei gestand das Mädchen, in das Boot heimlich ein Loch gehobt zu haben, um dadurch den Tod ihres Begleiters herbeizuführen. Die Untersuchung ergab weiter, daß die Täterin vor einiger Zeit den Ertrunkenen in eine Unfallversicherung über 5000 Mark und in eine Lebensversicherung von 10 000 Mark hatte aufnehmen lassen. Sie hatte sich durch den Tod des Versicherungsnehmers in den Besitz der Versicherungssumme bringen wollen. Edith Melke sowie ihre Mutter, die im Verdacht der Beihilfe

Rundschau des Staatsbürgers.

Das neue polnische Kartellgesetz.

Im "Dziennik Ustaw" Nr. 81 vom 4. Mai 1933 ist unter Position 271 das neue polnische Kartellgesetz vom 29. März 1933 veröffentlicht. Den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegen Verträge und Beschlüsse, welche die Regulierung der Produktion, des Absatzes, der Preise und der Zahlungsbedingungen auf dem Gebiete des Bergbaus, der Industrie und des Handels zum Ziele haben. Das Gesetz bestimmt, daß Akte dieser Art in schriftlicher Form gesertigt werden müssen, falls sie nicht ihre Gültigkeit verlieren sollen.

Jede kartellmäßige Vereinbarung muß dem polnischen Handelsminister innerhalb von 14 Tagen nach Abschluß des Übereinkommens zur Kenntnis gebracht werden. Beim polnischen Industrie- und Handelsministerium wird ein Kartellregister angelegt. In das Kartellregister kann jeder Mann Einsicht nehmen. Die Eintragungen in das Kartellregister müssen im "Monitor Polski" veröffentlicht werden.

Beim Obersten Gericht in Warschau wird ein Kartellgericht, bestehend aus 5 Mitgliedern, gebildet, von denen 3 Mitglieder vom Obersten Gericht und 2 Mitglieder durch das polnische Justizministerium aus Fachleuten bestellt werden, von denen ein Richter vom polnischen Handelsminister und der zweite Richter von der Industrie- und Handelskammer Warschau namhaft gemacht wird. Das Kartellgericht, bei welchem der polnische Handelsminister durch einen Delegierten das Recht einer Partei besitzt, entscheidet auf Antrag des Handelsministers endgültig. Die Entscheidungen gelten für sämtliche Behörden. Sie können betreffen:

Die Auflösung des Vertrages oder die Bestiftung einiger Bestimmungen des Vertrages; ganze oder teilweise Aufhebung der Beschlüsse und Bestimmungen des Kartellvertrages; die Ermächtigung der Kartellmitglieder zur vorzeitigen Kündigung des Vertrages, zum Rücktritt vom Vertrage oder zum Ausscheiden aus der Vereinigung; Befreiung der Mitglieder von der Ausführung der Beschlüsse des Kartells.

Der polnische Handelsminister kann Kartellverträge, Beschlüsse usw. im ganzen oder teilweise aufheben. Diesen Beschuß kann das Kartellgericht aufheben. Die an Kartellverträgen Beteiligten sind verpflichtet, dem polnischen Handelsminister auf Anfordern die Handelsbücher und die betreffenden Dokumente über die Durchführung der Kartellvereinbarungen jederzeit vorzulegen.

Das Gesetz sieht sehr hohe Strafen vor. Z. B. beträgt die Strafe für die Nichtregistrierung eines Kartellabkommens 50 000 Złoty, für die Fortsetzung eines aufgelösten Kartellvertrages 500 000 Złoty, für die Abgabe falscher Erklärungen oder die Erschwerung der Durchführung der laufenden Tätigkeit 50 000 Złoty usw. Das Kartellgesetz tritt am 4. Juli d. J. in Kraft.

Büchertisch.

Basil Mathews: "Jesus" Furche-Verlag — Berlin.

In seinem Buch "Jesus" führt uns Basil Mathews durch das heilige Land. Infolge seiner umfassenden Kenntnis von Land und Leuten und ihrer Besonderheit ist er wie kaum ein Zweiter für solche Führung geeignet. Der höchste Wert des Buches liegt jedoch in etwas anderem. Mit hinreichend schöner und doch schlichter Sprache wird uns das Leben Jesu, sein Wirken, Leiden und Sterben geschildert. Wir lernen ihn daneben in seiner Umgebung, seinem irdischen Beruf, seinen Beziehungen zu den Seinen und den Menschen seiner Zeit kennen. Er rückt uns menschlich ganz nahe. Und gerade um deswillen stehen wir mit neuer heiliger Ehrfurcht und Dankbarkeit vor der Größe des Dyziers, des Gottes Sohn durch seine Menschwerdung, durch sein Leiden und Sterben der Welt gebracht hat.

Das Buch ist ein Schatz für jedes Haus und auch als Konfirmationsgeschenk sehr zu empfehlen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 3. Juni.

Borwiegend heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet vorwiegend heiteres und mäßig warmes Wetter an.

Auch für den zweiten Feiertag ist noch keine Änderung des herrschenden Witterungscharakters zu erwarten.

Ein Deutscher „blockiert“

ein polnisches Geschäft.

Gelegentlich fragt man sich nach Lektüre der polnischen Blätter, ob die Verfasser einzelner Beiträge nicht bereits ihren Wohnsitz auf dem Monde aufgeschlagen haben. Könnte man sich sonst vorstellen, daß ein hiesiger Journalist seinen Lesern die in großer Aufmachung gebrachte „Sensationsmeldung“ unterbreitet, ein hiesiger Deutscher „blockiere“ ein polnisches Geschäft. Dieses Stückchen hat sich die „Gazeta Bydgoska“ geleistet, die nicht umhin kann, den Fall mit der nötigen Wonne und den unnötigsten Bemerkungen über die Stellung der hiesigen Deutschen zu verfehen. Wir hätten es für unnötig erachtet, auf derartig kindliche Aussführungen einzugehen, wenn nicht jetzt nach etlichen Tagen auch der „Dienst Bydgoski“ den gleichen „Fall“ aufgreift und gleichfalls von dieser Blockade, die eher eine journalistische Jobssiede ist, berichtet.

Was ist geschehen? Im Hause Friedrichstraße 68 führte seit etwa 25 Jahren Herr Otto Rosenkranz ein Fahrrad-Geschäft, das er ab 1. Mai nach dem Hause Friedrichstraße 54 verlegte. Den Geschäftswechsel machte er durch Anzeige in der Presse bekannt. Der Hauswirt des Hauses Friedrichstraße 68 jedoch, der wahrscheinlich den Laden nicht vermieten konnte, eröffnete in den gleichen Räumen ebenfalls ein Fahrradgeschäft, weshalb sich Herr Rosenkranz entschloß, auf den Straßen, wie es heutzutage allgemein üblich ist, durch angemommene Leute Bettel verteilen lassen, in denen in polnischer und deutscher Sprache gesagt war, daß sich sein Geschäft jetzt im Hause Friedrichstraße 54 befindet. Er holte sich dazu vom Starostwo eine am 17. Mai herausgegebene Genehmigung. Diese Bettelverteilung mit Zustimmung der Polizeibehörde wird nun von der polnischen Presse als „Vorlaube“ deklariert. Ein derartiger Vorfall wird in einer auf das schärfste zu verurteilenden Weise zu einer Schande ausgenutzt, die von dem Einzelfall zu einer großen Proklamation gegen alles Deutsche übergeleitet wird.

Die eingangs erwähnte „Gazeta Bydgoska“ versteigt sich in ihrem Fanatismus, der die Druckerschwärze geradezu schäumen läßt, sogar soweit, zu behaupten, daß Herr Rosenkranz, der Reichsdeutscher ist, wahrscheinlich nur „provoziieren“ wollte, um wieder einmal Material gegen Polen für eine Eingabe beim Völkerbund zu haben. Das Blatt behauptet, im Besitz von Material zu sein, daß man derartige Eingaben schon öfter habe konstruiert wollen. — Wir teilen unseren Lesern diese Tatsache zur allgemeinen Erheiterung mit.

Abreise der Ferienkinder.

Der Abreisetermin für unsere Ferienkinder, die nach Deutschland fahren, wird gewiß schon mit ebenso ungeduldiger Sehnsucht erwartet, wie der Schluss des Schuljahres. Für die beiden Sonderzüge, die wieder von Posen abgehen, sind die beiden Montage, am 19. und 26. Juni festgesetzt. Der Zug verläßt Posen wie immer in den Abendstunden. Außerdem sind eine Reihe von kleineren Transporten geplant, und zwar fahren am 21. Juni sämtliche Kinder, die für die Heilstätte Siloah in Kolberg bestimmt sind oder deren Siedlungen Stationen auf dieser Strecke sind oder in der Grenzmark Posen-Westpreußen liegen. Diese Kinder fahren am 21. Juni mit dem fahrplanmäßigen Personenzug über Drabig-Mühle-Kreuz. Ein weiterer Transport umfaßt die Ostpreußenkinder, die wie in den Vorjahren ebenfalls mit einem fahrplanmäßigen Zuge von Thorn aus über Gosslerhausen nach Ostpreußen fahren. Dieser Transport geht am 28. Juni ab. Am gleichen Tage fahren alle Kinder, die nach Breslau und Schlesien wollen, ebenfalls mit einem fahrplanmäßigen Zuge über Kapitisch-Trachenberg über die Grenze.

Nach Überwindung großer Schwierigkeiten ist es in diesem Jahre doch wieder gelückt, die Genehmigung zur Ausreise für die Ferienzüge zu erhalten. Da die Zahl der Kinder gegenüber den sehr zahlreichen Meldungen aber leider begrenzt wurde, mußte eine Anzahl von 700 Kindern zurückgestellt werden, darunter vor allen Dingen solche, die den Vorschriften der Anmeldung nicht genügten. Das wird vielen Eltern und Kindern eine Enttäuschung sein und wird manche Kinderträne kosten. Über es handelt sich um höhere Gewalt, gegen die wir machtlos sind. Da es sich meist um jüngere Kinder handelt, so besteht immer die Möglichkeit, in den nächsten Jahren die Fahrt nach Deutschland nachzuholen.

Ebenso ist es erreicht worden, daß, wie in den Vorjahren, auch diesmal eine Reihe von deutschen Kindern den polnischen Ferienzügen, die aus Deutschland nach Polen kommen, angeschlossen werden können. Soweit diese Kinder für den Besuch bei ihren Verwandten bereits beim Wohlfahrtsdienst in Posen gemeldet sind, sind diese Meldungen weitergegeben worden. Die Entscheidung über die Zulassung erfolgt durch die reichsdeutschen Stellen, die auch an ein beschränktes Kontingent gebunden sind, so daß eine große Zahl von Absagen erfolgen müssen. pz.

8 Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst haben bis zum 2. Feiertag früh Central-Apotheke, Danzigerstraße 27, und Löwen-Apotheke, Chausseestraße (Grunwaldzka) 37; bis Dienstag, 6. Juni, früh Piasten-Apotheke, Elisabethmarkt (Plac Piastowski) 49, und Adler-Apotheke, Friedrichsplatz (Stary Rynek).

8 Schießschießen veranstaltet das 16. Mannen-Regiment am 6., 12., 16., 17. und 23. 6. M. auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

8 Die Züge nach Rinkau. Auf den großen Fahrplänen, nach denen auch unser hier veröffentlichter Fahrplan ausgearbeitet wurde, ist insofern eine Änderung erfolgt, als der 16-Uhr-Zug nach Rinkau in der Zeit vom 21. 5. bis 3. 9. nur an Sonn- und Feiertagen verkehrt. Der in Bromberg aus Rinkau um 16.27 Uhr eintreffende Zug verkehrt in der Zeit vom 21. 5. bis 3. 9. ebenfalls nur an Sonn- und Feiertagen. Nach Rinkau gehen ferner folgende Züge: 5.55, 10.41, 13.35, 16 (an Sonn- und Feiertagen vom 21. 5. bis 3. 9.), 17.01, 19.35, 20.25 (vom 21. 5. bis 3. 9. an besonderen Feiertagen).

8 Zu dem Selbstmord in einem hiesigen Hotel, über den wir bereits kurz in unserer gestrigen Ausgabe berichtet, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Bei dem Lebensmüden handelt es sich um einen 28jährigen Unteroffizier der Grenzwache, der am Donnerstag abend aus Adlershorst (Orłowo) bei Gdingen nach Bromberg gekommen war und in einem der Hotels in der Bahnhofstraße ein Zimmer genommen hatte, das er gleich bezahlte. Auch das Abendbrot, das man ihm brachte, bezahlte er sofort. Am Morgen des nächsten Tages sah einer der Kellner den Gast aus seinem Zimmer stürzen. Aus einer Kopswunde strömte Blut und das Hotelpersonal sorgte dafür, daß der Verletzte auf dem Bett seines Zimmers niedergelegt wurde. Nach der Einlieferung ins Krankenhaus stellte man fest, daß sich der Lebensmüde einen Schuß mit dem Revolver in die Schläfe beigebracht hat. Aus einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß die Tat aus Liebeskummer begangen wurde. In dem Brief ist weiter die Rede davon, daß die Mutter des Selbstmordkandidaten von dem traurigen Fall nicht benachrichtigt werden sollte, da sie schwer krank sei.

8 Wegen Diebstahls hatte sich der 38jährige Arbeiter Michał Swierzyński aus Lipno, Kreis Kolmar, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. In der Nacht zum 2. Februar d. J. stahl er aus dem Stalle des Landwirts Theodor Wollenberg drei Gänse, die er dann weiter verkaufte. S., der bereits vorbestraft ist, wurde vom Gericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

8 Wegen Dokumentenfälschung hatte sich der 27jährige Stellmacher Kurt Dartoch aus Łochów, Kreis Bromberg, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. D., der ein Zeugnis der hiesigen Handwerkskammer besaß, in dem über die abgelegte Prüfung die Zensur „genügend“ verzeichnet war, fälschte diese in „gut“ um. Der Angeklagte wollte dadurch, wie er vor Gericht angibt, schneller Arbeit finden. D. wurde zu sechs Monaten Gefängnis mit fünfjährigem Strafauffang verurteilt.

8 Ein Verkehrsunfall fand vor der Strafkammer des Bezirksgerichts ein gerichtliches Nachspiel. Zu verantworten hatte sich der 37jährige Chauffeur Paweł Ciechocinski von hier, der am 17. Dezember v. J. auf der Schwedenbergstraße (Księże Skrzypki) den 10jährigen Schüler Bożysław Górecki überfahren hatte. An dem Tage geriet G. beim Überqueren der Straße unter ein von dem Angeklagten gesteuertes Auto, wobei er einen Schädelbruch und einen Bruch des linken Beines davontrug. Obwohl G. von seinen Verletzungen wieder genesen ist, wird das linke Bein für immer um einige Zentimeter kürzer bleiben. Der Angeklagte bekannte sich vor Gericht zu dem Überfahren des Bożysław G., bestreitet dagegen, den Unfall verschuldet zu haben. Als er an dem genannten Tage die Schwedenbergstraße entlangfuhr, ließen plötzlich einige Meter von dem Auto zwei Jungen über die Straße. Den schweren Wagen auf der Stelle zum Stehen zu bringen war infolge der kurzen Entfernung unmöglich, obwohl er die Bremse sofort in Tätigkeit gebracht hatte. Es lag auch die Gefahr nahe, daß beide Knaben unter den Wagen geraten könnten, weshalb er diesen mehr nach links steuerte. Im selben Augenblick befand sich auch schon Bożysław G. unter den Rädern des Autos. Der Unfall war unvermeidlich, da der Junge direkt in das Auto hineinfiel. Da zwei Augenzeugen den Unfall ähnlich schildern, erkannte das Gericht auf milde Umstände für den Angeklagten und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

8 Die Todesfahrt auf dem Dach des Eisenbahnwagens. Die beiden Arbeits- und Obdachlosen Josef Warka und Waclaw Kunia suchten hier in Bromberg vergebens Arbeit und als sie diese nicht fanden, beschlossen sie, sich nach Inowrocław zu begeben. Es gelang ihnen, auf das Dach eines Eisenbahnwagens des Zuges zu gelangen, der hier gegen 11 Uhr nach Posen über Inowrocław abfährt. An einer Eisenbahnunterführung stieg Warka mit dem Koffer gegen das Mauerwerk und war auf der Stelle tot. Die Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet.

8 Zu einem schweren Verkehrsunfall kam es in der Nacht zum Freitag auf der Wilhelmstraße. Ein von ausswärts hier eingetroffener Tierarzt, der sich mit seinem Chauffeur in einem Motorrad mit Beiwagen befand, wollte in der Nähe der Marienkirche einem Straßenbahnwagen ausweichen und fuhr dabei gegen einige Autotaxis. Die Autos ebenso wie das Motorrad wurden schwer beschädigt. Der im Beiwagen sich befindende Chauffeur erlitt Beinverletzungen. Der Führer des Motorrades soll, wie es heißt, nicht nüchtern gewesen sein. Die Polizei hat das Motorrad beschlagnahmt.

8 Fahrraddiebstähle. Feliks Wojciechowski, Niemauerstraße 35, meldete der Polizei, daß man ihm ein Fahrrad gestohlen habe, welches er vor dem Amt für Stempelabgaben in der Wilhelmstraße (Zagłębiowska) unbeaufsichtigt stehen gelassen hatte. — Der Schlesienstraße (Głownicka) in Fordonie wohnhafte Josef Półkosić Iny wurde gleichfalls um sein Fahrrad bestohlen, das er im Flur des Standesamtes zurückgelassen hatte.

8 Den Verlust einer Brieftasche mit 1270 Złoty meldete der im Kreise Bromberg wohnhafte Bronisław Stachowiak der hiesigen Polizeibehörde. Er nimmt an, daß der Briefkasten in einem Autobus der Linie Bromberg-Culm zurückgelassen hat.

8 Der heutige Wochenmarkt brachte außerordentlich regen Verkehr. Für Butter forderte man zwischen 10 und 11 Uhr 1,30—1,50, für Eier 1,00—1,10, Weißkäse 0,20—0,25, Tilsiterkäse 1,60—1,70. Für Gemüse zahlte man: Rote Rüben, Brüken, Rhabarber 0,10, Spinat 0,15, Salat 0,05 bis 0,10, Radieschen 0,10—0,15, junge Mohrrüben 0,25 bis 0,40, Blumenkohl 0,50—0,80, Gurken 0,90, Spargel 0,20 bis 0,60, Kohlrabi 0,30, Zwiebeln 0,15, Stachelbeeren 0,40. Die Geflügelpreise waren wie folgt: Enten 2,30—3,00, Gänse 6,00—7,00, Hühner 2,00—2,80, Hühnchen 1,20—2,00, Tauben 0,60—0,70. Für Fleisch zahlte man: Speck 0,80—0,90, Schweinefleisch 0,70—0,80, Rindfleisch 0,60—0,70, Kalbfleisch 0,60—0,70, Hammelfleisch 0,60. Der Fischmarkt lieferte Lale zu 1,20—1,50, Schleie zu 0,60—1,00, Plötz 0,20—0,50, Bressen 0,60, Barze 0,40, Karauschen 0,40—1,00.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Das Uhrmacher- und Juweliergeschäft der Firma Antoni Mosowska, Weiniany Rynek 1, wurde heute nach Poznańska 4 (zwei Häuser weiter) verlegt. Durch zehnjährige reelle und ehrliche Führung hat sich dieses Unternehmen das volle Vertrauen seiner Kundenschaft erworben. Näheres ist aus dem Anzeigenblatt ersichtlich. (4557)

□ Grone (Koronowo), 1. Juni. Kürzlich wurde bei dem Schneidermeister Symocki in Bydno eingebrochen. Die Diebe entwendeten mehrere Anzüge und Wäsche im Gesamtwerte von 1000 Złoty.

Dem Besitzer Schlieter aus Budzyn wurde kürzlich aus der Scheune ein Pfleg und ein Wagenplan gestohlen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

□ Grone (Koronowo), 1. Juni. Auf dem heutigen Wochenmarkt brachte Butter 1,20—1,40 das Pfund, Eier 0,85—0,90 die Mandel, Mastschweine brachten 40—44 Złoty der Bentner, Bacon-Schweine 38—40 Złoty, Absatzkäfer 25—40 Złoty das Paar.

Die drangen kürzlich in den Speicher des Besitzers Kantak in Budzyn ein und entwendeten 1½ Bentner Roggen und einige Bentner Hafer.

□ Gnesen (Gniezno), 2. Juni. Feuer brach kürzlich bei dem Landwirt Albert Stibbe in Arpoldsfelde (Münchow) bei Gnesen aus. Der Viehstall wurde ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte gerettet werden, jedoch erledigte der Besitzer einen Schaden von 5000 Złoty, der teilweise durch Versicherung gedeckt ist. Vor ca. vier Wochen verlor derselbe Besitzer die Scheune durch Feuersbrunst.

Am Dienstag brannte bei dem Rittergutsbesitzer Stefan Kołozowski in Sulin bei Kizkowo (Welnau) die Scheune bis auf die Ummauerung niederr und sind viele landwirtschaftliche Maschinen und ein großer Posten Stroh mitverbrannt. Die Scheune und Maschinen waren bei der Versicherung gedeckt und erledigte der Besitzer einen Schaden von 30 000 Złoty.

□ Jarotschin, 2. Juni. Der letzte Jahrmarkt war von hunderten von Händlern und Kaufmännigen besucht. Das Geschäft lag aber trotz der großen Menschenmenge äußerst ruhig. Auch der Pferde- und Viehmarkt wies einen außergewöhnlich starken Besuch auf. Bei starkem Angebot wurden Pferde mit 200—250 Złoty gehandelt. Bessere Pferde, für die ein bedeutend höherer Preis gefordert wurde, wechselten nicht ihren Besitzer Vieh, das in Rekordzahl aufgetrieben war, brachte für mittlere Stücke 120—140 Złoty. Für junges Fettvieh wurden 22—25 Złoty für den Bentner Lebendgewicht bezahlt. Die Polizei nahm mehrere Betrüger und Taschendiebe, die hier Gastspiele zu geben gedachten, fest.

Der bereits mehr als zehnmal wegen Pferde- und Viehbeschaffung vorbestrafte Zdrojowy konnte nach einem Diebstahl dreier Kühe im Gesamtwerte von 700 Złoty vom Rittergut Bielejewo dorthin verhaftet werden.

□ Margonin, 2. Juni. Vor einigen Tagen wurde der Landwirt Wilhelm Wegner in Siebenschlößchen von Bandstreichern bestohlen. Während kurzer Abwesenheit der Haushbewohner stahlen zwei Banditen ein Herrenrad und ein Damenrad. Ebenfalls konnten sie dem Dorfschmid Handwerkzeug stehlen. Als am letzten Sonntag der Wachtmeister Kazimierz aus Margonin einen Spaziergang auf sein Feld machte, traf er dort schlafend hinter einem Roggenfeld einen Burschen, neben ihm liegend ein Fahrrad. Als sich der junge Mann ausweisen sollte, zog er unvorstelligerweise zwei Karten hervor, eine auf seinen Namen lautend, die andere auf Wilhelm Wegner. Sofort schloß der Wachtmeister Verdacht, und nach einem kurzen Verhör gestand er den Diebstahl ein. Ebenfalls hatte er noch das Schmiedehandwerkzeug bei sich. Das Damenfahrrad war in Margonin untergebracht. Beide Räder konnten dem Eigentümer wieder zurückgegeben werden.

□ Posen, 1. Juni. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung widmete der Vorsitzende Professor Paczkowski dem verstorbenen Stadtrat Tynka und dem gleichfalls verstorbenen Senior der polnischen Verlagsbuchhändler Jarosław Leitgeber einen Nachruf. Die dann folgende Wahl von Mitgliedern des Städtischen Schulrats fiel fast ausschließlich auf Nationaldemokraten. Es folgte ein Bericht des Stadtverordneten Wybierski über die von der Aufsichtsbehörde geforderte Kürzung der Etatspositionen für 1933/34. U. a. wurde eine Rückveranschlagung der Steuereinnahmen um rund 1½ Millionen Złoty gefordert. Beim Etat für Kunst und Kultur wurden der Buschus des Teatr Polski um 15 000 Złoty, der beim Teatr Nowy um 8750 Złoty gekürzt. Die Vorlage wurde schließlich angenommen. Dann besprach Stadtr. Pyrzyński ein Riesenbauprojekt, durch das das „Hugger'sche Empfangs-Restaurant“ der Landesausstellung 1929 durch Anbau eines Schwimmbassins, von Turnhallen und Sporthallen erweitert werden soll, um den May-Konzern durch Zahlung von 280 000 Złoty Angeld, bei einem gegenwärtigen Kaufwert des Restaurants von 1 800 000 Złoty zu sanieren. Nach einer sehr eingehenden Aussprache wurde ein Verlagentrag des Stadtr. Wybierski angenommen.

Als Stempelmarkenfälscher durch Abwaschen des Entwertungsstempels sind hier Ludwig Mikołowski, Stefan Kaczmarek und Josef Mikołowski festgenommen worden. Sie verkauften die Marken mit 30 Prozent unter dem ursprünglichen Wert. — Wegen Falschspiels und Diebstahls wurde der stellungslose Handlungsbefehl Marian Jakowski festgenommen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 3. Juni 1933.

Krakau + 3,11, Jawischowitz + 0,84, Warschau + 1,02, Plock + 0,75, Thorn + 0,87, Tordön + 0,84, Culm + 0,73, Graudenz + 0,86, Kurzebrück + 0,94, Dirschau + 0,23, Dirschau - 0,06, Elbląg + 2,24, Stettiner Hafen + 2,46.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: J. B. Arno Ströbe; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Górecki; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 127.

Heute: „Illustrierte Weltchau“ Nr. 22.

Landesgenossenschaftsbank

Bank Spółdzielczy z ograniczoną odpowiedzialnością Poznań
(früher: Genossenschaftsbank Poznań)

Oddział w Bydgoszczy, ul. Gdańsk 16

Telefon 291, 374, 373.

Drahtanschrift: Raiffeisen.

Postscheckkonto Poznań Nr. 200182.

Girokonto: Bank Polski, Bydgoszcz.

Eigenes Vermögen 6.600.000.— zł. / Haftsumme rund 10.700.000.— zł.

Annahme von Spareinlagen gegen bestmögliche Verzinsung.

Laufende Rechnung. Scheckverkehr. An- und Verkauf und Verwaltung von Wertpapieren.

Bank-Inkassi. An- und Verkauf von Sorten und Devisen. **Vermietung von Safes.**

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Charlotte mit dem Mechaniker Herrn Gustav Pedde beeindrucken wir uns hierdurch anzuziehen

Charlotte Goertz
Gustav Pedde
grüßen als Verlobte
Cieleszyn Wałdow
Pfingsten 1933.

Als Verlobte
grüßen:

Gertrud Kainath
Gerhard Heller

Sadki Niezychowo
Pfingsten 1933.

Käthe Neubecker
Artur Schülke
Verlobte

Birkeneck Karbowo
Pfingsten 1933.

Frieda Piehl
Fritz Schlaak
Verlobte

Zuchowo Pfingsten 1933 Młyn Rattay

Statt jeder besonderen Meldung.

Nach längerem, in stiller Ergebung getragenem Leiden, ging gestern Abend 6 Uhr unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante

Frau Rentiere

Anna Goerß

geb. Wichert

im fast vollendeten 78. Lebensjahr, friedlich von uns in die Ewigkeit.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an, im Namen der trauernden Angehörigen

Hans Aliewer
und Frau Elisabeth geb. Goerß.

Sosnowka, den 3. Juni 1933.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 6. d. Mts., nachmittags 3¹/₂ Uhr, von der Mennoniten-Kirche Schönsee auf dem Friedhof dortselbst statt.

Blumenspenden
Vermittlung

Dauerwellen
Wasserwellen
Haarfärben
führt erstklassig aus
P. Kroenke,
Friseursalon für
Damen und Herren,
Dworcowa 3. 4467

Privatklinik Dr. Król
Bydgoszcz, Plac Wolności 11 :: Telefon 1910
a) Innere und Nerven-Abteilung
b) Chirurgisch - gynäkologische und Geburts-
hilfliche Abteilung
Röntgen-Institut. Elektrotherapie (Dia-
thermie — Hohensonnen — Sollux usw.)
Medizinische Bäder etc. 4468

Dr. med. St. Jedlicki

Bydgoszcz, ul. Gdańsk 63, Whg. Nr. 6,
heilt alle schweren u. veraltete Krankheiten nach
homöopathischer Methode.

Auswärtig wird auf Wunsch schriftl. Ausk. erteilt.

Zahnarzt
J. Rafałowicz

empfängt Patienten. Das Honorar
ist zeitgemäß bedeutend ermäßigt.
Ferienaufenthalt auf d.
Lande. Off. Bydgoszcz,
Gdańska 32, W. 11 2215

ul. Sniadeckich 63 (Ecke Dworcowa)
Tel. 872. 2234



Grabdenkmäler
Einfassungen

in allen Steinarten

Marmor

(Vertreter der Firma „Marmur w Kielcach“)
für Waschliessgarnituren usw.
zu äußerst billigen Preisen

J. Job, Bydgoszcz
Rejtana 8 und Dworcowa 102

Gegr. 1905. Telefon 476.

Größtes Unternehmen am Platz mit elektrischem Kraftbetrieb

Rinderwagen

neueste Modelle, bil-
ligste Preise, Długa 5.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Garbars 16.

Ausschneiden! 2208 Aufbewahren!

Roterteilung, Auskunft in jeder Art-

gelegenheit.
Auch in ganz besonderen Fällen. Gar

Bromberg, Sonntag den 4. Juni 1933.

Pommerellen.

8. Juni.

Graudenz (Grudziadz).

× Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst. In der Zeit von Sonnabend, 3. Juni d. J., bis einschließlich Freitag, 9. Juni d. J., haben Nacht- und Sonntagsdienst die Adler-Apotheke (Apteka pod Orłem), Oberthornerstr. (8go Maja), sowie die Greif-Apotheke (Apteka pod Gryfem), Lindenstraße (Lipowa).

× Ums- und Neubenennung von Straßen. Der Stadtpräsident gibt auf Grund der betreffenden Beschlüsse der städtischen Körperschaften Nachstehendes bekannt: Fortan sind zu benennen: 1. die bisherige Okrewna-Straße „Ulica Karabinierów“; 2. der von der ulica Fortecana nach dem Fort Młestwin führende Weg „Ulica Jagiellony“; 3. der von der ulica Jagiellony längs des Militärfriedhofes nach Neudorf (Nowawies) abzweigende Weg „Ulica Miejska I“; 4. der in der Verlängerung der ulica Nadgórna nach der ulica Fortecana längs des Wirtschaftsamtes nach Neudorf (Nowawies) führende Weg „Ulica Grunwaldzka“; 5. die von der ulica Promianowa nach der ulica Grunwaldzka führende Pflasterstraße „Ulica Bygumia III-go“.

× Wichtig für Kaufleute! Mit dem 15. Mai d. J. ist eine Verordnung des Stadtpräsidenten, betreffend die Kennzeichnung der Preise für die Artikel des allgemeinen Gebrauchs, in Kraft getreten. Danach sind die Inhaber sämtlicher Handelsunternehmen verpflichtet, die Artikel des allgemeinen Gebrauchs unmittelbar mit der entsprechenden Preisangabe zu versehen, sowie Preisverzeichnisse dieser Waren usw. an gut sichtbarer Stelle zum Aushang zu bringen.

× Der letzte Pferde- und Viehmarkt hatte nur mäßigen Auftrieb aufzuweisen. Das Angebot an Pferden war nicht bedeutend. Von Graudenser und fremden Händlern waren einige Koppeln da, in denen man einige brauchbare Arbeitstiere bemerkte; auch schwere Pferde wurden angeboten. Zum Preise von 400 Złoty bereits war ein dreijähriger schwerer Brauner zu erwerben. Das Geschäft verlief aber flau. Für mittlere Arbeitspferde leichteren Schlages wurden 120–200 Złoty gezahlt, für geringere Tiere erheblich weniger. Alte Mähren brachten nur wenige Złoty. Eine ganze Anzahl Eigenversammlungen bevölkerten den Markt und suchten ihr minderwertiges Material loszumelden. In Rindviech war der Auftrieb auch nicht wesentlich. Man konnte manche besser genährten Milchkühe und Schlachttiere bemerken, die zu 140–180 Złoty gehandelt wurden. Geringere Tiere hatten Preislagen von 90–140 Złoty, alte ganz minderwertige noch weniger. Milchziegen bot man schon mit 12 Złoty an. Der trübe Wirtschaftslage entsprechend wird der Marktverlauf immer schleppender.

× Auf sieben Lebensjahrzehnte blickt heute, Sonnabend, eine bekannte und geschätzte hiesige Mithägerin deutschen Gehüttes, Fräulein Agathe Prinz, zurück. Sie, die Tochter des verstorbenen Eriken Bürgermeisters in Dorf i. L. Prinz, hat als ihren Wohn- und Wirkungsort seit früher Jugendzeit unsere Stadt Graudenz. Hier, wo Fräulein Prinz, die ihre musikalische Ausbildung bei erstaunlichen musikalischen Kräften genossen hat, auch heute noch in unverminderter Schaffenskraft und erstaunlicher Geistesfrische ihren Beruf als Musiklehrerin ausübt, erwarb sie sich während des Weltkrieges und nach dessen Beendigung amtlich und ehrenamtlich wertvolle Verdienste. Sie gründete den Kriegsarbeitsnachweis und leitete ihn fünf Jahre hindurch, richtete sämtliche Nähorganisationswerkstätten für Kriegerfrauen und -mütter mit ein, war anderthalb Jahre Vertreterin der Kriegsamtsstelle Danzig und zuletzt Bezirksaussichtsdame des Weiblichen Nachrichtendienstes des Ostpreußischen Freiwilligen Korps in Cranz. Nach dem Kriege fungierte Fräulein Prinz anderthalb Jahre in der Beurteilungsstelle (bis zu deren Auflösung). Das treue, erfolgreiche Wirken des Geburtstagkindes fand denn auch verdiente Anerkennung, wurden ihr doch ehrenvolle Auszeichnungen in Gestalt des deutschen Ordensschildes, des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe und der Rote Kreuz-Medaille 3. Klasse verliehen. Weiter hat Fräulein Prinz auch auf dem Gebiete der Waisenpflege jahrlang segensvoll gearbeitet, und schließlich hat sie s. Bt. die Graudenser Fertenskolonie gegründet und jahrelang geleitet. An ihrem heutigen 70. Geburtstage werden daher des Geburtstagkindes, das sich in allen Kreisen wohlverdienter Wertschätzung und Zuneigung erfreut, gewiß recht viele, auch aus der Zahl ihrer ehemaligen Schüler gedenken, zu denen u. a. der künftige Danziger Senatspräsident Dr. Mauschning und der Schriftsteller Hans Kuyser – Berlin gehören.

× In grohen Schmerz wurde eine hiesige Familie verlegt. Donnerstag abend brachte sich eine Tochter, Schülerin der 7. Klasse des staatlichen Mädchengymnasiums, einen Revolver schuß in die linke Körperseite bei. In bedenklichem Zustande wurde das unglückliche Mädchen ins Krankenhaus gebracht, wo es bereits nach drei Stunden den Geist aufgab. Was das Mädchen zu dem unseligen Schritt bestimmt hat, ist vorläufig noch unbekannt.

× In Erkrankungsgefahr gerieten vor einigen Tagen zwei Paddelbootfahrer auf der Weichsel. Ihr Rajak fenterte, und die beiden Insassen, Mitglieder des Sportvereins „Sokol“, stürzten ins Wasser. Auf ihr Hilfesegel eilte der Fischer Włodzimierz Kołkowski, Oberthornerstraße (8go Maja) wohnhaft, herbei, der die beiden jungen Leute unter eigener Gefahr den Fluten entzog. Am Donnerstag hatte Fischer K. erneut Gelegenheit, ein Rettungswerk auszuführen. Wieder waren zwei Paddler infolge Umkippons ihres Fahrzeugs in die Weichsel gefallen. K. hatte das beobachtet und vermochte auch in diesem Falle die beiden in höchster Not befindlichen in Sicherheit zu bringen.

* Ein „Nacktporter“ treibt, so wird einem hiesigen Blatt berichtet, im Festungswaldchen an der Jagiellostraße sein Unwesen. Der eigenartige Mensch kommt dorthin mit einem Fahrrade, geht ins Gespräch, entkleidet sich und geht dann im Adamostkostüm spazieren, wobei er belebteren Stellen den Vorzug geben soll. Es sollen auch Szenen von weiblichen Personen eingelaufen sein, denen auf diese unheimliche Begegnung sich ihnen genähert und sie belästigt habe. Deshalb wird die Aufmerksamkeit der Ordnungsorgane auf das Individuum gelenkt.

× Wegen Raubes und Vergewaltigung hatte sich der in Glinel, Kreis Culm, wohnhafte Jan Hendrych vor dem Thorner Appellationsgericht als Revisionsinstanz zu verantworten. Der Angeklagte fiel im Juni vorigen Jahres auf einem Waldweg bei Ostromęcko über eine Jugendliche, entriss ihr die 20 Złoty enthaltende Handtasche, zerrte sie zu Boden und tat ihr Gewalt an. Wegen dieser Tat wanderte Hendrych im März d. J. auf die Anklagebank vor dem hiesigen Bezirksgericht. Der Angeklagte wurde mangels ausreichender Beweise freigesprochen. Infolge der von dem Staatsanwalt eingelegten Berufung kam die Sache am Dienstag vor dem Appellationsgericht zur nochmaligen Verhandlung. Der Gerichtshof hob das erstinstanzliche Urteil auf und erkannte gegen Hendrych wegen der ersten Tat auf 1 Jahr Gefängnis, und für die Vergewaltigung auf 6 Monate Gefängnis. Die Hälfte der Strafe wurde dem Angeklagten auf Grund der Amnestie geschenkt.

× Eine Kollision zwischen Auto und Motorrad trug sich am Donnerstag hier zu. Ersteres wurde von Frau Helena Siemiradzka, das Motorrad von Stanisław Hartglas aus Graudenz gefahren. Der Zusammenstoß hatte zum Glück nur einen Materialschaden im Gesölle. Verletzungen von Menschen waren somit nicht zu verzeichnen.

× Bestohlen wurde laut letztem Polizeibericht Antoni Gradowski, Gartenstraße (Ogrodowa) 89a, nämlich um 800 Złoty Bargeld und um eine Uhr im Werte von 100 Złoty. – Im übrigen meldete der Rapport noch die Festnahme von 5 Personen, nämlich eines Betrügers, eines Diebes, einer Frau wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und einer Person wegen sitzenpolizeilicher Vergehen.

× Die ungähnlichen Spitzbübereien auf dem Lande machen den Sicherheitsorganen viel zu schaffen. In Bratwina bei Graudenz wurden in der Nacht zum 30. Mai der Frau Marie Frank aus dem Stalle ein 4 Centner schwerer Büle im Werte von 300 Złoty gestohlen. Die Polizei in Michałow (Michałow) hat bereits die Täter in den Personen von Fr. und Willi Witkowski, sowie Alfons Pop, alle drei aus Graudenz, ausgefunden. Ebenso gelang es dem gleichen Polizeiposten, zwei Bewohner von Kruszwica, Mr. Schwez, als Schuldige des in der Nacht zum 24. Mai bei der Frau Małgorzata Bunkowska in Gr. Sibiu (Bzowo) verübten Einbruchsdiebstahls, bei dem 30 Hühner entwendet wurden, zu ermitteln. Es sind dies Michał Gradowski und Jan Łoch aus Kruszwica.

Thorn (Toruń).

× Der Wasserstand der Weichsel erfuhr in den letzten 24 Stunden eine Zunahme um 8 Centimeter und betrug Freitag früh bei Thorn 0,76 Meter über Normal.

× Essentielle Ausbeschreibung. Die Pommerellische Landesstaroste in Thorn (Starostwo Kraju Pomorskiego w Toruniu) hat die Jahrestiefereitung nachstehender Materialien für die Landesanstalten zu vergeben: a) elektrotechnisches Material, b) Fensterglas und c) Maschinenöle. Offerten müssen in versiegelten Briefschlägen mit entsprechender Aufschrift bis spätestens 12. Juni 1933, 10 Uhr, an das obengenannte Amt, Thorn, ul. Mostowa 11, eingereicht werden. Die Bürgschaft beträgt 3 Prozent der Offertsumme. Kostenanschlagsformulare usw. sind gegen Zahlung von 1 Złoty in der Begebauungsabteilung (Hauptkasse) der Landesstaroste in den Dienststunden erhältlich. Das Recht der freien Auswahl der Bewerber oder der Nichtberücksichtigung aller Offerten bleibt vorbehalten.

× Todessfall. Im 77. Lebensjahre stehend, verschied in seinem nach der politischen Umgestaltung erwählten neuen Wohnort Oliva bei Danzig am 31. Mai Prof. i. R. Dr. Rudolf Wilhelm. Der Verstorbene war zu deutscher Zeit als Oberlehrer und Professor am Thorner Königlichen Gymnasium und Realgymnasium tätig und hat sich, selbst ein großer Naturfreund, große Verdienste um den Botanischen Garten des Gymnasiums erworben. Seine originelle und burschikose Art war nicht nur in Thorn bekannt und Anekdoten von ihm und über ihn in Wahrheit und Dichtung sowie der Entschlafene werden allen alten Thorner „Penäfern“ unvergessen bleiben. – Bei Ausbruch des Weltkrieges befand sich Professor W., der im Beurlaubtenstande

Major d. L. war, mit einer größeren Gesellschaft auf einer botanischen Studienreise in Spanien, wo er interniert wurde. Erst nach etwa 1½-jährigem Aufenthalt derselbst gelang es ihm dann, auf Umwegen nach Deutschland zurückzukehren.

† Unter dem Verdacht, 2000 Złoty Bargeld gestohlen zu haben, wurden am Donnerstag zwei Personen durch die Polizei festgenommen. Dasselbe Schicksal widerfuhr noch je einer Person wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn und wegen illegalen Waffenbesitzes. Wegen Herumtreibens auf eisenbahn-fiskalischen Gebiet wurden zwei Personen der Burgstaroste zugeführt. Endlich wurde noch eine gesetzefranke Person der Wohlfahrtsabteilung beim Magistrat übergeben. – An demselben Tage wurden der Polizei vier kleinere Diebstähle, eine Unterschlagung und ein Betrug zur Anzeige gebracht. Protokollarisch aufgenommen wurden neun Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, je zwei Zuwidderhandlungen gegen handels-administrative und sanitätspolizeiliche Bestimmungen und ein Fall gefährlicher Bedrohung. – Bei Frau Rozalia Kurkowa, Grechestr. (ul. Prosta) 35, ist ein Rattler-Hund zugelaufen, der von dem rechtmäßigen Eigentümer abgeholt werden kann.

Alle deutschen Kinder,

die in diesem Jahre das siebente Lebensjahr vollenden werden, gelten als schulpflichtig und sind bei der Schulleitung der Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache in Thorn, an der Esplanade, unweit der Feuerwache, anzumelden. – Für den Fall, daß der Schulleiter irgendwelche Zweifel betr. der deutschen Nationalität äußert, ist die Einholung einer Nationalitätsauskunft beim Stadtpräsidenten der Stadt Thorn nötig, damit diese der Schulleitung vorgelegt werden kann. Daraus hin ist der Schulleiter verpflichtet, der Anmeldung des Kindes nichts in den Weg zu legen.

Deutsche Eltern, die von dem Leiter einer anderen Schule ein Anmeldeformular erhalten haben, müssen der Schulleitung erklären, daß sie deutsch sind und ihr Kind (ihre Kinder) in der Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache anmelden werden.

Die noch nicht erfolgten Anmeldungen sind nun dringlich geworden.

† Ein Aufbrand entstand am Donnerstag in einem Schornstein des Hauses Mellestraße (ul. Mickiewicza) 72, Eigentümerin Filipina Bartska. Schaden wurde dadurch nicht angerichtet.

× Wegen Beitrages hatte sich Flanzman Pejsach aus Warschau vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. Der Angeklagte erhielt von der hiesigen Firma „Ogniwo“ für 400 Złoty Radio-Batterien zum Kommissionsservice. Da die Fabrik weder die Ware noch das Geld wiederhatte, so erstattete sie Strafanzeige und Pejsach wanderte auf die Anklagebank. Das Gericht erkannte auf 7 Monate Gefängnis. Die Hälfte der Strafe wurde dem Angeklagten auf Grund der Amnestie geschenkt.

† Der letzte Wochenmarkt vor dem Pfingstfest, zugleich der erste im Monat Juni (am Freitag), war sehr stark besucht und gut besucht. Besondere Nachfrage herrschte nach Eiern, die 0,90–1,10 kosteten, und nach Butter, die 1,20–1,50 kam. Sahne wurde mit 1–1,40 abgegeben, Glühwein pro Stück mit 0,20–0,40, Käse mit 0,40–0,60. Der Geflügelmarkt bot die ersten jungen Hühnchen das Stück zu 0,50–1,75, Suppenhühner zu 2,50–4,00, Enten 3,50–4,50, Gänse 5–8,00 und Tauben 0,50–0,80 das Stück. Auf dem Gemüsemarkt notierte man: Spargel 0,20–0,70, Blumenkohl Kopf 0,80–1,50, Karotten Bund 0,10–0,20, Rhabarber 0,05–0,10, Spinat 0,10–0,20, Sauerkraut 0,05, Gurken das Stück 0,50–1,20, Rote Rüben Bund 0,05–0,15, Schwiebeln drei Pfund 0,25, Meerrettich Stück 0,10–0,30, Suppengemüse Bund 0,10–0,15, Kartoffeln Pfund 0,04–0,05, Wintergemüse wie bisher. Grüne Stachelbeeren kosteten 0,40, Äpfel 0,80–1,50, eine Apfelfine 0,80–1,20, eine Zitrone 0,10–0,15, eine Banane 0,50–0,70, Morcheln das Maß 0,10–0,20. Die Frischpreise zeigten keine Veränderungen.

Hebamme

erteilt Rat, nimmt Bestell. entgegen. Distret. zugestellt. Friedrich-Torūn, sw. Jakuba 15. 4248

Rechtsbüro

erledigt sämtliche Gerichts- und Steuer-Angelegenheiten 4502 Toruń, Starý Rynek 29.

Piano, freizeitfähig, kauft und erbittet Preisangebote Józef, Toruń, Kazimierz Jagiellonczyka 8. 4470

Goethes Werke 4559 zu verl. Wydawnictwo 66.

5-Zimmer-Wohnung. 1. Etg., Szerota, sofort zu verm. Offert. unter E. 1222 an Ann. Exped. Wallis, Toruń. 4240

Anmeldungen zur Aufnahme in den behördlich genehmigten Privatkursus zur Vorstellung für die I. Klasse neuen Typs des Deutschen Staatsgymnasiums nimmt bis zum 15. Juni entgegen

Komplette Wohnungseinrichtungen

Erstklassige Ausführung

Eßzimmer - Herrenzimmer
Schlafzimmer - Salons - Küchen
Klubgarnituren

empfohlen wir jetzt zu besonders billigen Preisen!



Gebrüder Tews

Toruń, Mostowa 30

Altestes und größtes Möbelausstattungsgeschäft am Platze 2455

Girnis, holl. Str. 1,70
Terpentin. Str. 1,80
Zintweiß. Str. 0,80
Öder. Str. 0,30
Schlemmitzreide Pf. 0,08
Bei gr. Abnahme Rabatt.
Tani Sklad, Kopernika 32.

Zentrifuge, 90 Liter, 15, 18, 19, 20, 21 zl. von 12 Szenen
neu, billig zu verl. 4472

Meiner geehrten Kundenschaft zur Kenntnis,
daß ich den Preis für Szenen ermäßigt habe
und liefern unter Garantie gegen Barzahlung:

Länge 95, 100, 105, 110, 115 cm | Bei Abnahme

neu, billig zu verl. 4472 eine gratis.

E. Bleck, Schmiedemeister,

Czerwona Droga 35 (3). Buczek, p. Łaskowice, Pommerellen. 4484

Emil Romey

Papierhandlung

Toruńska Nr. 16

Telef. Nr. 438.

4462

Gut Rutschwagen

zu verkaufen od. gegen

Selbstfahrer zu ver-

tauchen. Czarske,

Michał, p. Grudziądz

4500

Wolfszunge

junge, zu verkaufen

Baśka 11, part. 4561

Rübenmädchen

mit Kochenknüppel. zum

15. 6. 1933 für Land-

haushalt geübt. 4574

Desterle.

Gruta, p. Grudziądz. 4582

Nehme z. neuen Schulj.

noch 3 Schüler(innen)

in Pension. Beste Ver-

pflegung, d. Schularb.

Anmeldungen neuer Schüler für das Staatliche Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache (Reeducation)

in Toruń, und zwar für die 1. Klasse des neuen Gymnasialtypus (bis dahin 3. Gymnasiaklasse), sowie für alle anderen Klassen werden in der Zeit vom 1. bis 14. Juni werktäglich in den Vormittagsstunden im Amtszimmer des Direktors, Toruń, Piętary 49, entgegengenommen.

Bei der Anmeldung sind vorzulegen: 1. Geburtschein, 2. das letzte Schulgangzeugnis; im Falle privater Vorbereitung eine Bescheinigung des Privatlehrers, 3. eine amtliche Bescheinigung, daß der Vater des aufzunehmenden Schülers bzw. Schülerin deutscher Nationalität ist.

Der Aufnahmeprüfung für die 1. Klasse nach der neuen Schulverfassung, die den Abschluß der bisherigen 2. Gymnasiaklasse bzw. 6. Volksschulklassie verlangt, wobei der Schüler das 12. Lebensjahr vollendet haben muß, wird ein viertägiger normaler Unterricht zugrunde gelegt werden, der am 19. Juni um 9 Uhr beginnt.

Die Aufnahmeprüfungen für die anderen Klassen, d. h. 4. bis 8. Klasse, finden am 23. Juni von 8 Uhr ab statt.

Die Prüfungsgebühren für alle Klassen betragen 10 Złoty, die bei der Anmeldung zu entrichten sind.

Die Direktion
des Staatlichen Gymnasiums mit deutscher Unterrichtssprache
in Toruń. 4556

ch Berent (Roszterzyna), 1. Juni. In Alt-Rischau brannten gegen Mitternacht die Scheune mit Wirtschaftsmaschinen und Motor sowie das anliegende Stallgebäude und der Schuppen des Besitzers Freitag nieder. Der Schaden beträgt einige zehntausend Złoty und ist durch Versicherung gedeckt.

Fahrraddächer waren in Schöneck röhig am Werk. Dem Chausseeaufseher Scharmach wurde sein Stahlrohr und das des bei ihm wohnenden Polizeikommandanten nichts aus dem Schuppen entwendet. Ferner verschwand dem Besitzer Tisler aus Jankowice das Rad, das er beim Kaufmann Niegłowski in Schöneck untergestellt hatte. Im benachbarten Czarnoczyz wurde dem Arbeiter Rode ein Fahrrad aus dem Schuppen gestohlen. Der Schaden beträgt in jedem Falle 150 bzw. 200 Złoty.

tz Konitz (Chojnice), 2. Juni. Feuer war heute früh in dem Neubau des Postbeamten Mechlin, neben der Kaserne, ausgebrochen. Dort waren im Hochparterre Haufen von Hobelspänen in Brand geraten. Das Feuer breitete sich mit rasender Schnelligkeit aus und griff auf die Treppe über, so daß eine Frau, die in der ersten Etage wohnte, sich mit einer Leine aus dem Fenster herunterlassen mußte. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle und konnte nach etwa einstündigem Tätigkeits jede Gefahr beseitigen.

Auf dem Wilhelmsplatz starzte heute ein Soldat vom Fahrrad, so daß er bestimmtlos in ärztliche Behandlung gebracht werden mußte.

Beim Landwirt Pawłowski in Cömmen bei Adlig Briesen entstand ein größeres Schadensfeuer. Außer deutschen Wehren waren zur Hilfeleistung auch verschiedene Wehren aus Polen erschienen, die tatkräftige Hilfe leisteten.

Neuenburg (Nowo), 1. Juni. In nächster Umgebung unserer Stadt bieten zur Zeit die anschließend liegenden Gärten am unteren Weichselberge in der Pracht ihrer Obstbäume einen wundervollen Anblick. Die Gärten liegen an dem Wege von Gischewitz bis Kniatitz über Unterberg bis Komoroski. Bezeichnete Strecke ist zu beiden Seiten der Chaussee mit Apfelbäumen bepflanzt, deren Ertrag nach dem Ansatz von Früchten verpachtet wird.

Ein aus der Tschechoslowakei stammendes Privatflugzeug, welches vier Personen beförderte und von Gdingen hier eintraf, wurde durch einen Motordefekt zur Landung gezwungen. Hierbei entstand zwar ein

ziemlich bedeutender Flurschaden neben der dem Gute Königsberg gehörenden Feldscheune; jedoch ging die Landung ohne Schaden für Flugzeug und Passagiere vonstatten.

— Tuchel (Tuchola), 2. Juni. Ein großer Einbruch in die Scheune wurde in Ludwigstal (Ludwigowo), Kr. Tuchel, nachts bei dem Landwirt Josef Glaza verübt. Die Diebe hatten ein Fenster ausgehoben und gelangten auf diese Weise in das Wohnhaus. Sie entwendeten drei Herrenanzüge, einen Herren- und einen Damenmantel, drei Damenkleider, einen Knabenanzug, fünf Mädchenkleider, einen Herrenhut und vier Damenhüte, eine Tischdecke, einen vollkommenen Satz Betten und Gardinen. Durch begründete Mutmaßungen wurde die benachrichtigte Polizei gleich in die richtigen Bahnen gelenkt. Es wurden sofortige Nachforschungen bei Jan Glaza in Altfleiß (Starowice), Kreis Schwedt, vorgenommen, wo ein großer Teil der entwendeten Sachen gefunden wurde, einige Sachen hatte der Dieb bereits auf seinem Felde vergraben. Jan G. hat diesen Einbruch mit drei Kumpanen aus dem Kreise Culm ausgeführt. Für die Polizei war die Haussuchung bei dem Jan G. insofern noch lehrreich, da dort selbst Sachen gefunden wurden, die von Diebstählen bei den Besitzern Rytkowski und Spica aus Lomsk (Laz) herrührten und insofern Aufklärung gefunden hatten.

g Stargard (Starogard), 1. Juni. Das hiesige Bezirksgericht verhandelte gegen die Brüder Leon und Jan Kauka und gegen Peplinski. Die Angeklagten werden beschuldigt, den Arbeiter Erich Hartung am 5. Februar d. J. ermordet zu haben. Es wurde aber in der Verhandlung festgestellt, daß Leon Kauka von Hartung schwer bedroht worden war und in der Notwehr gehandelt hatte. Sämtliche Angeklagten wurden vom Gericht von Schuld und Strafe freigesprochen. — Von der Strafkammer des hiesigen Kreisgerichts wurden Nakielski aus Mösckel wegen Fahrraddiebstahls zu 6 Monaten Gefängnis mit zweijährigem Strafauffang bestraft, Jan Borkowski aus Pinczyn wegen Fälschung eines Ausweises zu 6 Monaten Gefängnis mit zweijährigem Strafauffang.

P Landsberg (Wieckow), 2. Juni. Am 8. Juni d. J. um 10 Uhr vormittags findet im Hotel Szkoła in Landsberg die Vergebung der Grasnuhnebung in den Chausseegräben der nachstehenden Chausseestrecken statt: Landsberg—Grünlinde, Landsberg—Zabartowo, Landsberg—Dorotheenhof, Landsberg—Sosno, Landsberg—Wittum und Landsberg—Runowo.

Auf der lebhaft stattgefundenen Holzversteigerung der Oberförsterei Klein-Lutau im Hotel Szkoła in Landsberg kostete der Meter Brennholz, Kloken verschiedener Holzarten, 7,50—8,50 Złoty, Rundholz (Knüppel) pro Meter 6 Złoty.

Auf dem leichten Wochenmarkt kostete das Pfund Butter 1—1,30, Eier die Mandel 0,80 und 0,90. Das Paar Ferkel brachte 28—35 Złoty. Handel und Verkehr waren reger Art.

x Zempelburg (Sepolno), 2. Juni. Auf dem reichlich besiedelten Wochenmarkt am Freitag herrschte rege Kauflust. Als Neuerung gab es die ersten Süßkirschen zu 1,20 das Pfund. Butter kostete anfangs 1,50, später 1,20 bis 1,30, Eier 0,80 und 0,90 die Mandel; Speisefarben zu 1,50 der Bentner. Die Preise auf dem Schweinemarkt schwankten zwischen 25—35 Złoty pro Paar Absatzferkel.

Bei dem Besitzer Bedrzejczak in Abbau Wisniewo waren Diebe nachts in die Wohnung eingedrungen und stahlen 70 Złoty Bargeld. Bei dem Versuche, auch andere Gegenstände mitzunehmen, wurden die Täter vom Besitzer überrascht, wobei sie ihre Beute nebst dem Gelde im Stich ließen und unerkannt entkamen.

Rundfunk-Programm.

Montag, den 5. Juni.

Königsblüsterhausen.

06.15: Konzert. 07.00: Von Hamburg: Hafenkonzert. 08.00: Von Berlin: Morgenfeier. 09.00: Unterhaltungskonzert. 11.00: Kindergedichte. 11.15: Seewetterbericht. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantate. 12.00: Von Leipzig: Konzert. 14.00: Charlotte Schultz-Ewerth: Fröhliche Kinderstunde. 14.30: Dr. Karl Böhm, Oldenburg: Deutscher Urlaub. 15.00: Von Deutschlandfunk: Festzug und Kärtner Trachtenlauf. Anlässlich der Tagung des Vereins für das Deutschland im Ausland in Passau. 15.45: Georg Grabenhorst liest: "Der ferne Ruf". 16.15: Konzert. 16.30: Von Breslau: Konzert. 18.00: Alfred Bierkowitsch: Kulturelle Aufgaben der evangelischen Kirche. 18.30: Kammermusik. 19.00: Himmliches Orchester. 20.00: Von Breslau: Deutsches Volksliedspiel. 21.00: Von Hamburg: Muß, Gesang und heitere Laune. 22.00: Nacht-, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von Leipzig: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

07.00: Konzert. 10.00: Katholische Morgenfeier. 11.30: Aus der St. Salvatorkirche: Pfingstfianate für Sopran solo, Chor, Orgel und Streichorchester nach Werken der heiligen Schrift, Op. 14, von Hans Biebow. 12.00: Konzert. 15.00: Von Deutschlandfunk: Festzug und Kärtner Trachtenlauf. Anlässlich der Tagung des Vereins für das Deutschland im Ausland in Passau. 18.00: Liederabende. 18.30: Wetter. 20.00: Deutsches Volksliedspiel. 21.10: Mußkästchen Merle. Heitere Volksmusik auf tausend Instrumenten. 23.00—24.00: Von Berlin: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.20: Frühkonzert. 09.00: Evangelische Morgenandacht. 11.30: Bach-Kantate. 12.10: Konzert. 14.45: Bandoneon-Konzert. 16.00: Konzert. 18.15: Volkslieder aus dem 15. und 16. Jahrhundert. 18.40: Von Danzig: Die Stunde der Stadt Danzig. Studienrat Dr. Höhner: 20 Jahre westpreußischer Geschichte 1786—1806. 19.05: Deutsche Orgelmeister der Barockzeit. 19.30: Heimatlyrik. 20.00: Von Frankfurt: Das Weihenmädel. 22.15: Nachrichten des drahl. Dienstes, Sport. Anschl. bis 24.00: Von Berlin: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Leipzig.

06.15: Fünfminutssingen im Bogenstein/Harz. 06.35: Konzert. 08.20: Morgenandacht. 09.00—10.00: Morgenfeier. 11.30: Reichsfestlichkeit "Er ruft seinen Schafen mit Namen". Kantate von Johann Sebastian Bach. 12.00: Konzert. 14.20: Dr. Wilhelm Heitrich, Hamburg: Lurenklang und Reigen. 15.00: Von Deutschlandfunk: Festzug und Kärtner Trachtenlauf. 15.45: "Die Schildbürger". Hörspiel nach der "Dentwürdigten Geschichtchronik" von Ludwig Tieck bearbeitet von Wilhelm Meißl. 17.00: Unter der Dorflinde. 18.30: Wetter und Wams beim Wandern. 19.00: Romantische Musik. 20.00: Von München: Lustige Lieder aus der Steiermark. 21.10: "Bücher... 900" Mit dem Mikrofon beim Ding-Negligé. 21.45 auf dem Trippenübungspfad Altengrabow. 22.20: Nachrichten. Anschl. bis 24.00: Tanz- und Unterhaltungsmusik. Kapellmeister Arno Kaufmann, Dresden.

12.15: Konzert. 14.30: Chorkonzert. 15.00: Tanzmusik. 16.25: Schallplatten. 17.00: Solisten-Konzert. Lenzewitsch-Slaminić, Mezzosopran, und Melman-Ciechanowska, Klavier. 18.00: Aus der Johanniskirche in Thorn: Konzert des Kathedralen-Chors. 20.00: Abendkonzert. Funkorch., Dir.: Dziminski; Bronski, Tenor; Am Bläger: Urstein. 22.15: Tanzmusik. 23.00: Tanzmusik.

Dienstag, den 6. Juni.

Königsblüsterhausen.

06.20: Konzert. 11.20: Politische Bücherstunde. 11.45: Zeitfunk. 12.00 ca: Ein volkstümliches Instrumental-Soli-Konzert (Schallplatten). 14.00: Aus fremder Herren Länder (Schallplatten). 15.45: Hanns Jobst: Mutter ohne Tod. 16.00: Von Leipzig: Konzert. 17.00: Für die Frau. 17.25: Zeitfunk. 17.35: Musik unserer Zeit. 18.20: Politische Zeitungsschau. 18.50: Wetter. Anschl.: Kurzbericht des drahl. Dienstes. 19.00: Stunde der Nation. Von Königsberg: 700 Jahre Marienwerder. 20.00: Kernspruch. Anschl.: "Liebeserklärung der Liebe", von Dario Nicodemi. 21.00: Tanzaufend. Kapelle Eugen Jahn. 22.00: Nachrichten, Sport. Anschl.: Zeitfunk. Major a. D. Otto Lehmann: Flugsport und Luftwaffe in England. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von Hamburg: Spätkonzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Konzert. 11.45: Für die Landwirtschaft. 12.00: Von Königsberg: Konzert. 18.15: Schallplatten. 15.40: Kinderfunk. 16.10: Musikalische Autorenstunde. 17.00: Das Buch des Tages. 17.15: Landwirtschaft. Preisbericht. Anschl.: Unterhaltungskonzert. 18.00: Der Deutsche im Ausland. 18.25: Zeitdienst. 19.00: Stunde der Nation. Von Königsberg: 700 Jahre Marienwerder. 20.00 bis 21.00: Übertragung vom Deutschlandfunk. 21.00: Abendmusik.

Königsberg-Danzig.

06.20—08.00: Konzert. 11.15: Landwirtschaftsfunk. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Unterhaltungskonzert. 19.00: Stunde der Nation. 700 Jahre Marienwerder. 20.10: Der heitere Hermann Löns. 21.00: Heitere Unterhaltung.

Leipzig.

06.20—08.00: Konzert. 11.15: Landwirtschaftsfunk. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.10: Unterhaltungskonzert. 19.00: Stunde der Nation. 700 Jahre Marienwerder. 20.10: Der Deutsche im Ausland. 20.20: Siegfried-Wagner-Stunde (geb. am 6. 6. 1869). Sinfonieorch.

Warschau.

12.10—13.20: Schallplatten. 15.50: Schallplatten. 17.00: Schweidische Musik mit einfelndem Vortrag: Funkorch. Dir.: Dziminski. Solistin: Olga, Soprano. 18.00: Tanzmusik und leichte Musik. 20.10: Aus dem Großen Theater: "Chopin". Oper von Dreieck. Dir.: Mazurkiewicz. 23.00: Tanzmusik.

Mittwoch, den 7. Juni.

Königsblüsterhausen.

06.20: Konzert. 09.00: Fröhlicher Kindergarten. 11.30: Zeitfunk. 14.00: Zur Unterhaltung (Schallplatten). 15.00: Jugendstunde. 16.00: Von Hamburg: Konzert. 17.00: Zeitfunk. 17.30: Von der Klugheit der Tiere: Eigene Beobachtungen von Hans Bongardt. 17.50: Politische Bücherstunde. Dipl.-Ing. Hauptmann a. D. Woerner: Unser Reichsheer und unsere Reichsmarine im Buch der Gegenwart. 18.00: Das Gedicht. 18.05: Musik unserer Zeit. 18.50: Kurzbericht des drahl. Dienstes. 19.00: Stunde der Nation. Von München: Hölderlin. 20.00: Kernspruch. Anschl.: Orchesterkonzert. 21.00: Von Königsberg: Tanzaufend. 22.15: Wetter, Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von Königsberg: Nachtmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Von Berlin: Konzert. 12.00: Von Leipzig: Konzert. 14.00: Berühmte Chöre (Schallplatten). 15.40: Elternstunde. 16.15: Lieder zur Laune. 17.05: Neue Meister. 17.55: Gitarrenkonzert. 19.00: Stunde der Nation. Von München: "Hölderlin". 20.00:



**Für Ihre
Gesundheit**

ist das Beste gerade gut genug. Darum fordern Sie nur Aspirin-Tabletten in der Originalpackung mit roter Banderole und BAYER-Kreuz.

**Es gibt nur ein
ASPIRIN**



In allen Apotheken erhältlich.

Bon Gleiwitz: Kammermusik. 21.00: Aus der Seemitte. Körle, bind a Bells on! — De Staader kommen! 22.30—24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.20—08.00: Schallplatten. 15.30: Von Leipzig: Konzert. 18.05: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Von Danzig: Lehrstunde. 16.30: Unterhaltungsmusik. 18.20: Die Kunst des Klavierspiels. 19.00: Stunde der Nation. Von München: "Hölderlin". 20.05: Tanzaufend. 21.10: Galiläische Söhner. Hörspiel von Graf Clairon d'Houssayville und Ludwig von Wohl. 22.25: Nachrichten. Anschl. bis 24.00: Abendkonzert.

Leipzig.

06.30: Von Berlin: Konzert. 10.10: Ferienstunde für die Kinder. 10.45: Dienst der Hausfrau. 12.00: Konzert. 18.00: Stunde mit Büchern. 18.20: Der unbekannte Schubert. 19.00: Stunde der Nation. Von München: "Hölderlin". 20.00: Militärmusik. 21.00: Unsere Musikinstrumente (II): Einführung in ihr Wesen und ihre Technik. 22.15: Tanzmusik.

Warschau.

12.10—13.20: Schallplatten. 16.00: Schallplatten. 17.00: Beethoven:

„Im Weltstrom des Faschismus.“ Der „Robotnik“ röhmt Hitlers Erfolge. (Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Während die polnische Regierung mit aller Energie und allen ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln daran arbeitet, Hindernisse gegen das Zustandekommen des Vier-Mächte-Paktes aufzutürmen, stehen in manchen polnischen Redaktionen Leute, die sich vor Ärger darüber nicht halten können, daß seitens der Regierung eigentlich nichts Rechtes getan werde, um die Weltpolitik aus der falschen Bahn zu bringen und auf das rechte Geleise zurückzuführen. Diese Leute verachten den ihnen gebotenen Trost, daß Deutschland vollends isoliert, daß der Vierer-Pakt ganz inhaltslos und ungefährlich sei und höchstwahrscheinlich am Ende doch nicht zustande kommen werde. Sie wollen sich nicht trösten lassen. Sie nennen das „Unheil“ beim richtigen Namen und verkünden den Sieg der „bösen Mächte“ beinahe mit sadistischer Besessenheit. Der Regierung zum Trotz! Denn wer hat vorausgesehen, daß alles so kommen müste? Wir! Und wer hat alle unsere Ratschläge missachtet und das Unheil mit verschuldet? Die Regierung vor allem und dann alle anderen Parteien hier in Polen — außer uns!

Diesen angenehmen Standpunkt bezieht der sozialistische „Robotnik“ in einer vom Abg. Niedzielski verfassten Betrachtung über den „Vierer-Pakt und Danzig“. In dieser Betrachtung, die nichts beschönigen will, heißt es:

„Die Konzeption des „Vierer-Paktes“ erscheint wieder auf der Bildfläche. Die Formen des früheren Projekts haben angeblich erhebliche Änderungen erfahren. Welche? Wir werden von ihnen Kenntnis erhalten, wenn der Text veröffentlicht ist. Es wird eine Reihe von Milderungen in denjenigen Punkten geben, welche allzu grell dem Grundsatz der gleichen Rechte aller Staaten, — der größeren und kleineren, — dem Ansehen des Völkerbundes, den wichtigsten Lebensinteressen der Nationen und Völker, welche zur Vorkriegskategorie der Großmächte nicht gehören, widersprechen. Doch der wesentliche Gedanke des Pakts wird aus dem neuen Text nicht verschwinden. Das durch Frankreich, durch den Widerstand der öffentlichen Meinung (Polen sowie die Kleine Entente), insbesondere auch durch die britische öffentliche Meinung erkämpfte Kompromiß wird, wenn es wirklich zustande kommt, die unmittelbaren Gefahren vermindern, sie jedoch nicht beseitigen. Dieser wesentliche Gedanke — das ist der Block der Großmächte, als offizieller Unterschiedsrichter der Welt, der tatsächlich gegen den Völkerbund gerichtet ist, mit dem Faschismus als Mittelfaktor der Entscheidungen, der über die Hälfte der Einflüsse auf dem europäischen Kontinent verfügt.

Die Theorie nämlich von der völligen Isoliertheit Hitlers, welche in Polen durch die bürgerlich-jüdische Presse, den „Illustrowany Kurjer Codzienny“ u. a. m. verbreitet wurde, war eine irrite Theorie. Mussolini hat Hitler nicht einen Moment verlassen; er hat sich nur zum Schein etwas zurückgezogen und hat bei dieser Gelegenheit die Funktion eines Unterschiedsrichters inneren Streit der faschistischen Strömung in Österreich — im Streit zwischen dem Hitlerum und der Heimwehr sowie dem Lager des Kanzlers Dollfuß — übernommen. Unterdessen arbeitete er weiter für den „Vierer-Pakt“. Göring hat im Namen des Dritten Reichs Zugeständnisse gemacht, während der Duce Modifikationen, die noch unbekannt sind, an der Formulierung vorgenommen hat. Wir werden bald ein wiedergeborenes europäisches Konzert haben (vielleicht ein „Weltkonzert“, wenn die Vereinigten Staaten ihm beitreten werden?) mit dem in der ersten Voge sitzenden Hitler, mit Hitler — als Sieger.

Die faschistische italienische Presse verbirgt übrigens keineswegs, daß die „gemäßigte“ Rede Hitlers in der Reichstagssitzung eine rechtzeitig in Berlin und Rom vereinbarte Voraussetzung für die Rückkehr zur Konzeption des „Vierer-Paktes“ gebildet hatte.“

Der Zweck dieser Ausführungen des „Robotnik“ ist natürlich keineswegs, der Tüchtigkeit des „Faschismus“ und der außenpolitischen Weitsicht Mussolinis und Hitlers ein glänzendes Zeugnis auszustellen, sondern vielmehr der, die Politik der polnischen Regierung als verfehlte hinzu stellen und dem polnischen Außenministerium gegenüber diejenige Rolle zu spielen, welche eine lange Zeit hindurch das ausschließliche Monopol der Endecja war. Daher führt das führende Organ der polnischen Sozialisten fort:

„Im Norden erober Hitler für sich die freie Stadt Danzig. Rosting, der hohe Kommissar des Völker-

Unfehlbare Wissenschaft. Auriositäten aus der Geschichte der großen Erfindungen.

Von Georg Höhne.

Der siegreiche Feldzug der Wissenschaft, den der Laie als eine Kette von Erfolgen und Errungenissen ansieht, ist in Wirklichkeit ein schwerer Kampf um den endgültigen Sieg gewesen. Es mutet sonderbar an und ist dennoch wahr, daß die größten Vertreter der jeweils modernen Wissenschaft bei der Wertung neuer Entdeckungen und neuer Methoden, die den mutigen Pionieren des menschlichen Wissens aufgestellt waren, sich oft genug geirrt haben.

Das Grammophon ist heute eine Selbstverständlichkeit. Vor einigen Jahrzehnten war dem nicht so. Als Edison am 11. März 1878 zum ersten Male in der Pariser Akademie der Wissenschaften die von ihm erfundene Sprechmaschine, die er Phonograph nannte, konstruierte, erhob sich ein namhaftes Mitglied der Akademie, der Philosoph Boullot, und erhob feierlichen Protest gegen den Scharlatan, der mittels Vaudeville die hohe Versammlung zum Narren hielte.

Der Erfinder des Luftschiffes, Graf Zeppelin, hatte sein Leben lang unter Aufseindungen seiner Zeitgenossen, darunter vieler namhafter Gelehrter, genug zu leiden. Die Feinde des Grafen Zeppelin beriefen sich dabei auf die Behauptung des berühmten Physikers Helmholtz, der in einem wissenschaftlichen Traktat „bewies“ hat, daß ein Luftschiff sich fernesfalls in der Luft halten könnte. Dennoch sollte nicht der große Physiker, sondern der Kavalleriegeneral Graf Zeppelin vor der Menschheit Recht behalten.

In den siebziger Jahren haben die berühmten deutschen Chirurgen Billroth und Kocher ein Verfahren erfunden, das die Heilung des Akyries auf chirurgischem Wege ermöglichte. Ihr seinerzeit nicht weniger bekannter Kollege Professor Linhardt erklärte, daß eine derartige Operation einem

Pfingsten ist heut!

Von Carl Busse.

Sprach meine liebste beim Frühgeläut:
Pfingsten ist heut!
Die alten Glocken klingen zur Feier,
Als hätte die Freude sie jung gemacht,
Und ganz ohne Schleier
Biegt droben der Himmel und leuchtet und lacht!
Schon dreimal mußt' ich vor Tage laufen:
Es klirrten die Fenster, es mahnte der Wind,
Wie voll die Wipfel der Wälder rauschen,
Wie sonnig die Hände des Herrgotts sind!"

Wir folgten dem Wind. Auf Fluren und Feldern
Ein Wachsen und Blühen — Gott segne das Jahr!
Dann rauschte der Wald und tief in den Wäldern
Ward uns das Wunder der Pfingsten klar.
Ein heilig Brausen fuhr mächtig hernieder
Und löste die zitternde Seele vom Staub,
Und hoch aus den Höhen senkten sich wieder
Gleich seurigen Zungen die Lichter ins Laub.
Da schwangen die Herzen auf goldener Leiter,
Umdrägt von der Wipfel festlichem Chor,
Sich über die löschen Wälder und weiter
Zum ewigen Blau des Himmels empor! —

Nun saßt uns noch oft in heimlichen Stunden
Ein selig Entrückt- und Versonnensein.
Herzlicher Schatz, was wir draußen gefunden,
— Mit wachsendem Zauber spinnt es uns ein!
Ob Räder und Riemer im Werktag rausen:
Wir schweben singend über der Welt
Und hören des heiligen Geistes Brausen,
Der tief in den Herzen sein Pfingsten hält.

bundes, fragt den Präsidenten des Danziger Senats Biehm, ob die Wahlen in regelrechter Form stattfinden werden; Biehm versichert: ja freilich, warum denn nicht? Rosting bemerkt die Tatsache nicht, daß Biehm nur ein „Schatten der Macht“ ist, ohne Willen und Exekutive. Der polnische Außenminister schaut mit heiterem Lächeln dem Laufe der Ereignisse zu. Wenn man die Haltung des Jędrzejewicz-Kabinetts irgendwie erklären kann, so nur mit der Theorie von Mackiewicz vom BB, daß Hitler nunmehr in Europa isoliert sei, daß seine Aktien gesunken seien, daß man sie (diese gefunkelten Aktien) kaufen, ihm an die Hand gehen und ihn gewinnen könne ... Was erlangen? Die Freundschaft des Hitlerismus für Polen? Die „sowjetfeindliche Front“? Die Anerkennung der polnischen Grenzen im Westen?

Alle solche Annahmen würden sehr naiv erscheinen, und übrigens ist die ganze Voraussetzung von der „Isoliertheit“ Hitlers mit dem Augenblick hinfällig geworden, als Mussolini die Konzeption des Vierer-Pakts „glücklich erneuerte“.

Was wird der Triumph Hitlers in Danzig bedeuten? Die Feststellung, daß Hitler der Führer der ganzen deutschen Nation auch außerhalb des Reichs ist; die Einleitung zum Sturm auf Österreich; die vollständige, tatsächliche Änderung (formell wird vorläufig alles beim Alten bleiben!) der polnischen Situation an der Meeresküste; eine kolossale Steigerung des Ansehens des Hitlerismus...“

„Was uns die nächsten Jahre bringen werden, ist durchaus nicht vorherzusagen: doch ich fürchte, wir kommen so bald nicht zur Ruhe. Es ist der Welt nicht gegeben, sich zu bescheiden; den Großen nicht, daß kein Missbrauch der Gewalt stattfinde, und der Masse nicht, daß sie in Erwartung allmäßlicher Verbesserungen mit einem mäßigen Zustande sich begnügen.“

Goethe.

Mord gleichzustellen sei. Einige Jahre später konnte die Operation von jedem Chirurgen ausgeführt werden. Noch auffälliger ist der Fall des berühmten Berliner Chirurgen Schleich, der in einer medizinischen Gesellschaft einen Vortrag über Operation mit Lokalanästhesie abhielt. Nach Beendigung des Vortrages erklärte der Vorsitzende der Versammlung, daß es sich nicht lohne, die „Utopie des jungen Kollegen weiter zu beachten“. Als Schleich auf dem Berliner Chirurgenkongress im Jahre 1892 noch einmal einen Vortrag über dasselbe Thema hielt, brach sogar ein regelrechter Skandal aus. Sämtliche Mitglieder des Kongresses, unter denen sich Gelehrte von Weltreputat befanden, waren empört über die Bummung, solchen Unsinn mitzuhören zu müssen. Die Lokalanästhesie gehört seit mehreren Jahrzehnten zu den größten Wohlstaten der leidenden Menschheit.

Auch die Astronomie war von ähnlichen Irrtümern ihrer namhaftesten Vertreter nicht frei. Der berühmte Astronom Laplace behauptete, daß Meteorsteine unter keinen Umständen auf die Erde fallen könnten. Der große Astronom Laplace glaubte, daß Sonnenflecke gar keiner Geschäftsmöglichkeit unterworfen sind und daß es deshalb unnötig sei, sie zu beobachten. Bald konnte der deutsche Astronom Schubert die Entdeckung machen, daß die Sonnenflecke sich alle elf Jahre verändern. Der bekannte französische Philosoph Auguste Compte erklärte, daß die chemische Zusammensetzung der Sterne unmöglich zu erforschen sei. Zwei Jahre später konnte der deutsche Chemiker Bunsen feststellen, daß mittels der Spektralanalyse das chemische Problem der Sterne gelöst werden kann.

Es hört sich heute phantastisch an, daß bis zum 19. Jahrhundert die ganze Gelehrtenwelt der Meinung war, daß die ägyptischen Pyramiden ... vulkanischen Ursprungs seien! Der Mißserfolg des ersten Dampfschiffes einer Entdeckung Robert Fulton's, ist bekannt. Sogar ein Genie wie Napoleon lehnte den Vorschlag Fulton's, eine Dampfflotte zu

Prinz Philipp von Hessen, der neue Oberpräsident von Hessen-Nassau.

Zu dem in unserer Sonnabend-Ausgabe gemeldeten Wechsel im Oberpräsidium der Provinz Hessen-Nassau verdienen folgende Ausführungen, die wir der „Kasseler Post“ entnehmen, allgemeineres Interesse:

Mit Prinz Philipp von Hessen wird nach einer Unterbrechung von 67 Jahren wieder ein Mitglied der älteren, ehemals in Hessen-Kassel regierenden Linie des Hauses Brabant in Kassel des höchsten Amtes walten. Der Prinz entstammt dem sogenannten Rumpenheim'schen Zweig des Kurhauses, der von Landgraf Friedrich, dem jüngsten Sohne Landgraf Friedrichs II., durch seine Vermählung mit Caroline Polyxena von Nassau-Uasingen gegründet worden ist. Landgraf Friedrich (1747–1837) hieß bekanntlich der „Großvater Europas“, weil er nach und nach zu vielen europäischen Herrscherhäusern in verwandschaftliche Beziehungen getreten war. Sein Enkel, Landgraf Friedrich Wilhelm (1820–1884), Sohn des Landgrafen Wilhelm (1787–1867), der seinerseits mit Charlotte, Prinzessin von Dänemark, verheiratet war, sollte dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. dessen Söhne nicht sukzessionsfähig waren, bereitstehen in der Regierung des Kurstaates nachfolgen. Der Krieg von 1866 machte diesem Plan ein Ende. Friedrich Wilhelms ältester Sohn aus seiner Ehe mit Anna, Prinzessin von Preußen, Landgraf Wilhelm, ist während einer Weltreise im Jahre 1888 auf eine Weise ums Leben gekommen, die heute noch als unauffällig bezeichnet werden muß. Der Landgrafen titel ging danach an Wilhelms jüngeren Bruder, den Prinzen Alexander Friedrich (geb. 1863) über, der sich trotz zunehmender Erblindung als Musiker einen besonderen Namen gemacht und seinerseits den Landgrafen titel an den jüngsten Bruder, Prinz Friedrich Karl (geb. 1868), abgetreten hat. Landgraf Friedrich Karl, zu dessen Charaktereigenschaften eine starke Liebe zur hessischen Heimat gehört, ist verheiratet mit Margarete, Prinzessin von Preußen, einer Schwester Kaiser Wilhelms II. Seine beiden ältesten Söhne, Friedrich Wilhelm und Maximilian, sind als deutsche Offiziere im Weltkrieg gefallen. Prinz Philipp ist als nummerär ältester von noch vier Söhnen — zwei Zwillingsspaare, Philipp und Wolfgang, Richard und Christoph — Erbe des Landgrafen titels der Kur-Linie Hessen-Kassel des Hauses Brabant.

Die „Kölische Zeitung“ zeichnet folgendes Lebensbild des prinzlichen Oberpräsidenten:

Prinz Philipp von Hessen ist der Schwiegersohn des Königs von Italien; 1925 hat er die Prinzessin Mafalda von Savoyen geheiratet. Seitdem lebt er teils in Italien, teils auf dem landgräflichen Schloß Rumpenheim am Main, zwischen Hanau und Offenbach. Er gilt als eine Gelehrtenatur, die sich vornehmlich mit Kunsthistorie beschäftigt. Er steht heute im 37. Lebensjahr. Er ist der Zwillingsschwester des mit der Prinzessin Maria Alexandra von Baden, der Tochter des seinerzeitigen Reichskanzlers Max von Baden, verheirateten Prinzen Wolfgang. Am Weltkrieg nahm Prinz Philipp als Leutnant im Leib-Dragoner-Regiment in Darmstadt teil. Der Vater, Friedrich Karl von Hessen, der 1925 durch Verzicht seines erblinden Bruders Alexander Friedrich, des bekannten Komponisten und Musikers, den landgräflichen Titel erhielt, ist als Gatte der Prinzessin Margarete von Preußen ein Schwager des früheren Kaisers. 1914 zog Prinz Friedrich Karl als Chef des Infanterie-Regiments Nr. 81 ins Feld. Im Herbst wurde er mit der Regimentsfähne in der Hand beim Sturm auf eine Höhe bei Villers-au-Sec verwundet. Nach der Wiederherstellung ging er wieder hinaus und wurde schließlich Generalleutnant. Am 9. Oktober 1918 wählte ihn das finnische Parlament zum König von Finnland. Prinz Friedrich Karl gab am 11. November 1918 eine vorläufige Erklärung ab; Ende des Jahres verzichtete er aber endgültig infolge des Einspruchs der feindlichen Mächte auf diese Stellung.

*

Die Japaner erbitten einen Thronfolger.

Nach einem soeben in Tokio ausgegebenen amtlichen Bericht erwartet die Kaiserin von Japan gegen Ende Dezember ihre Niederkunft. Da die Kaiserin ihrem Lande bisher nur vier Mädchen geschenkt hat (wovon eines gestorben ist), beginnen jetzt schon die Bittgänge und Prozessionen, damit dem Lande der ersehnte Thronfolger beschert werde.

bauen, ab. Hätte der korsische Eroberer einen größeren Weitblick in technischen Fragen gehabt, dann hätte er vielleicht England tatsächlich auf die Knie gezwungen und die Weltgeschichte hätte einen anderen Weg eingeschlagen. Als derselbe Fulton im Jahre 1810 eine Dampfschiffverbindung zwischen Wien und Ulm organisieren wollte, wurde das Projekt von der bayrischen Akademie der Wissenschaften abgelehnt mit der Begründung, daß die Geschwindigkeit des Dampfschiffes kaum die Geschwindigkeit der Flöße übersteigen könnte!

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde dem Magistrat von Madrid ein Projekt vorgelegt, die vor Schmutz starrenden Straßen der spanischen Hauptstadt zu reinigen. Die Universität von Salamanca, eine wissenschaftliche Anstalt von Weltreputat, lehnte diesen Vorschlag ab, und zwar mit der sonderbaren Begründung, daß die Reinigung einen schädlichen Einfluß auf die Gesundheit der Einwohner haben würde.

Als vor 100 Jahren die ersten Eisenbahnen gebaut wurden, warnten die englischen Ärzte vor dem Gebrauch des neuen Verkehrsmittels. Sie glaubten, daß die Höchstgeschwindigkeit von 20 Kilometern bei den Fahrgästen Geisteserkrankungen hervorrufen könnte. Die Ärzte verlangten auch, daß die Eisenbahnen mit einem Zaun umgeben werden sollten, weil der Anblick des feuer-speienden Ungeheuers gleichfalls gesundheitsschädliche Wirkungen haben könnte. Noch befremdender mutet es an, daß sogar ein Mann wie Werner von Siemens im Jahre 1877 der Meinung war, daß die elektrische Beleuchtung die Gasbeleuchtung niemals verdrängen könnte. Die von ihm selbst begründeten elektrischen Betriebe taten dann alles, um in der Praxis die Meinung ihres Chefs zu widerlegen.

Der Verkehr im Weltraum gilt heute noch als Utopie. Wir wollen aber, von den angeführten Beispielen belehrt, vorsichtig sein und nicht allzu früh eine technische Möglichkeit leugnen, die heute zwar kaum vorstellbar erscheint.



Sommersprossen
Furunkel

Mitesser
und gelbe
Flecken

beseitigt

4458

Krem-Halina Nr. 1.
Ueberall erhältlich.

F. Eberhardt
Bydgoszcz

4464

Maschinenfabrik

Dampfkesselbau

Eisengießerei

Reparaturwerkstatt

empfiehlt sich
zur sachgemäßen
Ausführung
sämtlicher
Facharbeiten
bei solidester
Berechnung
und günstigen
Zahlungsbedingungen.

Heirat

Reelles Heiratsgesuch!
Suche für meinen einzigen Sohn, 25 Jahre alt,
Zołodrogost der jetzt Gelegenheit hat, gutes
Gehöft zu übernehmen, ein fahrt
liebes Mädchen mit 5–10000 G. Angebote evtl.
mit Bild unter M M 100 postlagernd **Zoppot**.

Gebildeter, alleinstehender Herr
38 Jahre alt, von **heiratet** gesunde und
hohem Wuchs, gut gebaut,
Dame, die ihm auch ein bescheidenes aber
unabhängiges Arbeitsfeld gibt. Angebote evtl.
mit Bild unter B. 4536 an die Geschäftst. d. Ztg.

Welch' Charakterv. Herr,
in geistiger Post. möchte nettem, evang.
Mädchen auf die Wege
zw. baldiger Heirat zu
einen eigenen Heim bieten?
Bin 27 J. alt, blond,
gelebt, 4000 zl Bermög.,
und Aussteuer. Frdl.
Offert. mit Bild, welch.
zurückgel. wird, unter
A. 2113 a. d. Geschäftsst.
d. Zeitg. erbeten.
Distretion Ehrenacht!

Pfingstwunsch!
2 Freunde, 32 J., evgl.,
Reichsdeutsche, in den
2 Mädchen aus gut. Fa.
mil., am liebst. v. Lande
zweds Heirat. Off.
3. 4526 a. d. Geschäft. d. Ztg.

Wirtsch. Mädch. wünscht
glüdl. mach? Dame 30,
deutsch-evang., hmp.,
ideal u. häusl. Ernstig.
Bildoff. unter M. 4480
a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Absolvent ein höher.
Technisch. Staatslehranstalt für
Hoch- u. Tiefbau, 27 J.
alt, strebam, große Er.
scheinung, wünscht mit
Dame in brieflich. Ver.
lehr zu treten

zweds Heirat,
lehr ange. **Einheirat**
in ein Baugeschäft od.
ähnlich. Unternehm.
Anzufrag. unt. C. 4539
an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Gutsbesitzer johm sucht
passend. Fräulein zw.
Heirat. fenn. a. lernen.
Heirat. Berm. 50000 zl.
zur Lebem. des väterl.
Besitzes erforderlich.
Offerten unter A. 2226
a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Strebam. evangel.
m. 15000 zl Berm. kann
in eine 197 Mrg. große
Landwirtschaft e in.
heiraten. Off. unt.
A. 4560 a. d. Geschäftst.
Kriede, Grudziąda.

Geschäftsinhaber im
Freistaat Danzig
sucht Gesellschaft ein.
solid. tüchtigen Herrn
im Alter von 35 bis 50
Jahren zweds Heirat.
Bildung von 6–800 G.
Heirat nicht ausgeschlossen. Offerten unter
A. 4580 a. d. Geschäft. d. Ztg.

Geldmarkt

Dringend! Bon iof.
2500 zl.
a. Hypoth. v. d. Ztg. Fian.
Angeb. unt. D. 2202
a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Eisen-taufmann
mit Barvermög. möchte
sich an einem bestehend.
oder neu zu gründend.
Eisenwaren - Geschäft
tätig beteiligen.

Majorat Melno
posta Melno,
pow. Grudziąda.
Sicche haustochter
od. Lehrmädchen gel.
Burzow, p. Rynarzewo.

Offene Stellen
Erster Beamter
der selbständig zu disponieren versteht, z. 1. Juli
auf Rittergut in Pommern. (2000 Mrg. unt. d.
Pflug) gesucht. Lebenslauf, Zeugnisse u. Gehaltansprüche unt. L. 4479 an d. Geschäft. d. Ztg.

Nur männlicher
Lehrling
der die polnische Sprache gut
beherrscht, sofort gesucht
Schriftliche Angebote an die

Schwanen - Drogerie
Bydgoszcz, ul. Gdańskia Nr. 5.

Gesucht zum 1. 7. 33 ein
unverheirat. landwirt.
schaftlicher

4450

Beamter
mit guten Zeugnissen,
nicht unter 25 Jahren.
Gehalt 120 zl. monat.
Schulz, Gutsbesitzer.
Mattki, pow. Brodnica.

Für moderne 10 Tonn.
Dieselmotor-Mühle zu
sicherem ob. späterem
Antritt nachweislich
durchaus ehrlichen, er-
fahrenen

5540

Müllermeister
gesucht. Derselbe muß
mit Kunden und Ge-
schäftsmüllerei voll-
kommen vertraut sein,
und verstehen, erst-
klassige Mühle herzu-
stellen. Kaufstellen.
Bedingung. Bewer-
bungen mit Zeugnis-
abchresten, die nicht
zurückgeschickt werden,
wie Lebenslauf an

Baron v. Littwitz

Majestoc Karozewnik,

pow. Chodzież (Wik.)

Telefon Chodzież 73

Gewanter, auverläß.

Berländer
deutsch und polnisch
sprechend, sucht 4518

Frau Tielemann

Wardegowo, p. Ostrowite,

kolo Jablonowo (Pom.)

Gewanter, auverläß.

Chausseur

für Lastwagen, mit

Kaution von sofort gesucht

Mlecz, Centralna

T. z. o. p. 4582

Bydgoszcz, Gdańskia 99.

Für meinen Mühlen-
betrieb suche zum 15. 6.

für meinen 4-To.-Last-

wagen einen ehrlichen.

engl. ledig, militärst.

Witwer, 35 J. alt, mit

rentabl. Gesch., wünscht

die Bekanntschaft einer

solid. Dame od. Witwe

i. Alter v. 27–35 J. zwecks

bold. Heirat zu

machen. Off. m. Bild u. Angabe d.

Bermög. sindu. M. 2165

a. d. Geschäft. d. Ztg. zu rich.

Pfingstwunsch!

2 Freunde, 32 J., evgl.,

Reichsdeutsche, in den

2 Mädchen aus gut. Fa.

mil., am liebst. v. Lande

zweds Heirat. Off.

3. 4526 a. d. Geschäft. d. Ztg.

Chausseur

der poln. Spr. mächtig.

Selb. muß gel. Fachm.

ein. Reparat. gut aus-

führ. können, u. mehrere

Jahre Laufwag. gefahr.

haben, bzw. Aut.stell.

Off. m. Gehaltanpr.

Zeugnissabschrif.

Lebenslauf, unter R. 2171

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Tüchtigen

Gärtnergehilfen

f. Gemüsebau u. Früh-

stelle, stellt v. sofort ein

M. Ewert, Bydgoszcz,

Inowrocław 31. 2229

Wirtsch. Mädch. wünscht

glüdl. mach? Dame 30,

deutsch-evang., hmp.,

ideal u. häusl. Ernstig.

Bildoff. unter M. 4480

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Landwirt

30–35 J. alt, bietet sich

Gelegenheit, i. 100 Mrg.

Wirtschaft, großes Er.

scheinung, wünscht mit

Dame in brieflich. Ver.

lehr zu treten

ein. heiraten. Off. unt.

A. 4436 an die Deutsche

Rundschau, Bromberg.

Postęp

od. Kreischaus. gut.

Biehpfl. Meld. an

P. Borrman

Zaklady ogrodnicze

Telefon 2459

Kowalewo - Pomorze.

Gesucht von sofort

Woll-Artikel (Neubr.)

werden intelligente

Handarbeiterinnen

gesucht. Adresse in der

Gesellschaft. d. Ztg. 2181

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

„Postęp“

die bekannte ideale Ge-

vermittlung. f. alle Stände.

Distretion zugesichert.

2222 Gd. Gdańsk 67.

Geldmarkt

Dringend! Bon iof.

2500 zl.

a. Hypoth. v. d. Ztg. Fian.

Angeb. unt. D. 2202

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Eisen-taufmann

mit Barvermög. möchte

sich an einem bestehend.

oder neu zu gründend.

Eisenwaren - Geschäft

tätig beteiligen.

Off. mit naher. Angab.

unt. A. 4444 a. d. Geschäft.

A. Kriede, Grudziąda.

ul. Mieklewicza, erbet.

M. 4580 a. d. Geschäft. d. Ztg.

Offene Stellen

Erster Beamter

der selbständig zu disponieren versteht, z. 1. Juli

auf Rittergut in Pommern. (2000 Mrg. unt. d.

Pflug) ges

Bromberg, Sonntag den 4. Juni 1933.

Japans Ziele.

Kriegsminister Araki über die Sendung seines Landes.

Die japanische Politik im fernöstlichen Raum hat durch die Niederringung Chinas einen ungeheuren Erfolg erungen, den größten seit dem Siege über die Russen, vielleicht einen noch größeren, dessen Folgen sich heute noch gar nicht abschätzen lassen, wie man ebenso wenig voransagen kann, ob mit dem Waffenstillstand oder für wie lange der Vormarsch der japanischen Soldaten zum Stillstand kommt. Aus dem neu auflebenden Bürgerkrieg im Chinesischen Reich zwischen der Kanton- und der Ningkongregierung ließe sich ohne viel Schwierigkeiten wiederum ein Vorwand für ein militärisches Eingreifen Japans bilden.

Mit welchen Zielen und aus welchen Gründen Japan die Ausbreitung seiner Macht auf dem fernöstlichen Festlande betreibt, darüber gibt ein Artikel des japanischen Kriegsministers Araki Auskunft, mit dem der "Kisshäusler" seine Leser bekannt macht. Der japanische Kriegs- und Staatsmann sagt, die ungeordneten und widerstreitenden Strömungen unter den asiatischen Völkern ließen, wenn ihr Lauf nicht geregelt würde, das schlimmste Durcheinander zum Schaden der Asiaten selbst befürchten. Das Chinesische Reich leide unter seinen ununterbrochenen Bürgerkriegen, die keine Entwicklung des Landes aufwärts duldeten; das indische Volk werde von Engländern niedergehalten. Elend und Leiden seien die Folge statt Freiheit und Wohlfahrt; Zentralasien aber und Sibirien seien in den Klauen der sowjetistischen Blutherrschaft, die auch nur einen Weg abwärts darstelle. Es sei die Sendung Japans, hier Platz zu gebieten und die asiatischen Völker unter seiner Führung zu sammeln, selbst unter dem Einfluß der letzten nationalen Kraft und bis zum Mute der Zweiflung.

Araki wendet sich dann mit aller Schärfe gegen die weiße Rasse,

die Asien nur als einen Gegenstand der Ausbeutung und Unterdrückung betrachte. Japan falle die vom Himmel gestellte Aufgabe zu, sich der weißen Überheblichkeit entgegenzustellen und ihre Übergriffe zu bestrafen. Ja, umgekehrt:

Japan müsse seine völkischen Ideen über die sieben Weltmeere und auf den fünf Erdteilen verbreiten, wenn es sein müsse: mit Waffengewalt.

Das Japanische Kaiserreich, die Verkörperung von Recht und Gerechtigkeit, habe die japanische Kultur bis an die vier Enden der Welt zu tragen. Der Japaner müsse jederzeit bereit sein, Gut und Leben für die japanische Herrschaftsidee einzusehen.

Halten wir einmal von den Ausführungen die Überschwänglichkeiten von den sieben Weltmeeren, den fünf Erdteilen und den vier Enden der Welt der grenzenlosen Siegesbegeisterung eines Militärs augute, und ziehen wir sie ab! Wir wollen auch feststellen, daß der japanische Kriegsminister die wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Tatsachen in der japanischen Rolle zu wenig sieht, oder sie doch nicht genügend betont. Es bleibt immer noch genug übrig, wenn er von der machtpolitischen und weltrichterlichen Rolle seines Vaterlandes spricht.

Es überrascht vor allem die scharfe Sprache gegen England und die Weißen überhaupt. Man bedenke, daß ein beamteter Minister solche Worte spricht! Und er sagt nicht weniger, als daß der gelbe Erdteil von der Herrschaft der Weißen zu befreien sei, daß darüber hinaus die Art, wie die Weißen ihre Gewalt ausgeübt hätten, strafwürdig sei, Japan werde diese Strafe vollziehen. — Wie sieht es vor solcher Meinung mit der deutschen Hoffnung aus, die ehemaligen ozeanischen Kolonien, die unter japanischer Mandatsverwaltung stehen, nach dem vollzogenen Austritt Japans aus dem Völkerbunde wiederzuerhalten? Auch hierüber haben sich ja die Japaner durch ihren Außenminister eindeutig und ablehnend geäußert.

Das ist wohl jedem klar: Wenn ein Volk imstande ist, die asiatischen Völker aus ihrer politischen Trägheit aufzurütteln und sie zum Selbstbewußtsein zurückzubringen, so ist es nur Japan.

Diese Fähigkeit nennt Araki die vom Himmel dem japanischen Volke bestimmte große Sendung im Osten. Es ist mit Mut und Erfolg an diese Aufgabe herangetreten; aber sieht man das Ganze, so erkennt man doch, daß von der langen Strecke nur erst wenige Schritte zurückgelegt sind. Diese Erkenntnis darf uns indessen nicht die Augen vor der Gefahr verschließen, die eben in diesem erfolgreichen Anfang liegt. Araki appelliert in seinem Artikel sehr stark an das Nationalgefühl und an die Achtung vor der Vergangenheit in seinem Volke. Er schlägt damit ohne Zweifel die Saite in der japanischen Seele an, die am wohlfühlend, gerade jetzt, wo Japan auch innerlich eine Umwälzung durchgemacht hat, die man sehr gut als nationale Erhebung bezeichnen kann.

Die europäischen Völker aber, anstatt durch die Geschehnisse im Fernen Osten und durch solche Worte zum Anhören gebracht zu werden, tun so, als ob vor den Toren Europas die Welt anhöre.

Selbst diejenigen, die hinter jedem imperialistischen Worte, das an verantwortlicher Stelle fällt, her sind, wie der Teufel hinter der armen Seele, werden nicht aus der Ruhe aufgeschreckt. Ob ihnen die dürre Hand der alten Vettels-Völkerbund stark genug erscheint, mit Verträgen und Konferenzen den Gang der Dinge zu regeln? Sie sollten doch gerade bei Japan andere Erfahrungen gesammelt haben. Oder sollten gar einige Staaten über die Augenblicksvorteile, die ihnen die japanische Kunst bietet, nicht hinwegsehen können bis zu den großen Gefahren, die der weißen Farbe von der gelben drohen, sollten sie nicht hören wollen, was der Kriegsminister Japans offen und frei aller Welt sagt!

Das Haar ruft um Hilfe!

Ihr Haar, das feinste und zarteste, was es gibt, bedarfssamster Pflege. Sie würden doch nicht seine empfindliche Schönheit gefährden durch einfache Waschmittel — durch gewöhnliche Seifen, die für grobe Wäsche geeignete sind! Für Ihr Haar brauchen Sie ein mildes, sodafreies Shampoo, das ihm für immer seinen Glanz und seine Schönheit bewahrt: Elida Shampoo



ELIDA SHAMPOO

Chinesisch-japanische Waffenstillstandsverhandlungen.

Peking, 3. Juni. (PAT) Die chinesisch-japanischen Waffenstillstandsverhandlungen in Tangku sind noch im Gange. Die chinesische und japanische Vertreter erörtern die völlige Durchführung der einzelnen Bedingungen, besonders die Zahl der chinesischen Polizei, welche die Ordnung in dem neutralisierten Gebiet südlich der Großen Mauer aufrecht zu erhalten hat. Der chinesische Befehlshaber Hsing-ping spricht in einer öffentlichen Erklärung gegenüber den japanischen Unterhändlern seine Anerkennung für die Offenheit und den Ernst aus, mit dem die Verhandlungen geführt werden. Er hofft, daß das Waffenstillstands-Abkommen zu einer neuen Freundschaft zwischen dem japanischen und chinesischen Volk führen werde. Die chinesische Presse ist jedoch geteilter Auffassung. Viele Blätter verurteilen die Waffenstillstandsverhandlungen, bei denen es sich um eine Kapitulation vor Japan handelt.

Aufstand in Chinesisch-Turkestan.

Simla, 3. Juni. (PAT) Die Lage im chinesischen Turkestan wird von Tag zu Tag unruhiger. Die

Aufständischen, die Barkant belagern, versuchen, in die Stadt einzudringen und graben zu diesem Zwecke Unterführungen unter die Stadtmauer. In der Hauptstadt der Provinz Kashgar ist die Lage sehr ernst. Vor wenigen Tagen wurden mehrere Führer der chinesischen Bevölkerung erschossen.

Russisch-japanische Mißlänge.

Charbin, 3. Juni. (PAT) Die Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs auf der Station Tsuifenko hat einen energischen Protest der sowjetrussischen Behörden bei den mandschurischen Machthabern zur Folge gehabt. Sowjetrussland macht der Mandschurei erneut zum Vorwurf, daß sie den Vertrag von 1925 bezüglich der Ostchinesischen Eisenbahn verletzt habe. Die mandschurischen Behörden haben den Protest nicht angenommen und geben die Erklärung ab, daß die Ostchinesische Eisenbahn für jeden direkten Verkehr zwischen Sibirien und Wladivostok gesperrt bleibt, solange Sowjetrussland nicht die von der chinesischen Eisenbahn entfernten 75 Lokomotiven und hunderte von Eisenbahnwagen zurückgibt. Die sowjetrussische Presse berichtet, daß die sowjetrussischen Militärbehörden die Einwohner der Stadt Tschita und die umliegenden Ortschaften an der mandschurischen Grenze mit Gasmasken versehen habe.

Drei Viertel der Menschheit sind Analphabeten.

Von zwei Milliarden Erdbewohnern können anderthalb Milliarden weder lesen noch schreiben! Wenn wir von der hohen Kulturstufe unseres Jahrhunderts sprechen, dürfen wir diese fundamentale Tatsache nicht vergessen, 75 Prozent aller Menschen sind Analphabeten. Sie können keine Zeitung lesen, keinen Brief schreiben. Die Welt der schriftlich fixierten Sprache ist ihnen verschlossen...

Aber wo sind diese Analphabeten zu finden? Du und ich, wir können lesen und schreiben, und in unserem ganzen Bekanntenkreis gibt es keinen Menschen über zehn Jahre, der nicht die gleichen Künste versteht.

Der gebildetste Staat.

Ja — da steht ein systematisch verheiztes Weltpublikum. Deutschland ist der gebildetste unter allen Staaten der Erde. Im ganzen Reich gibt es kein Kind, das dem Schulzwang zu entgehen vermag. Seit 200 Jahren, seit den Tagen Friedrich Wilhelms, besteht der Schulzwang in Preußen; Mittel- und Süddeutschland hat eine Schultradition, die ebenfalls älter als anderthalb Jahrhunderte ist. In fast 300 kleinsten deutschen Dörfern gibt es Lehrer, die für weniger als 10 Kinder zur Verfügung stehen müssen. In vier Orten auf Ostseeinseln gehen je drei Kinder täglich zur Schule; auf Bornholm gibt es für zwei Kinder einen Lehrer; und auf Rügen wurde ein Lehrer "arbeitslos", weil das einzige Kind, das er zu betreuen hatte, kürzlich dem schulpflichtigen Alter entwachsen ist...

Die Frage, wieviel Analphabeten es in Deutschland gibt, ist also müßig. Jeder geistig gesunde Erwachsene im Reich kann lesen und schreiben. Nur Geisteskranken sind unter die Analphabeten zu rechnen. Ihre Zahl ist schwer festzustellen. Ein außerordentlich interessantes Heft "Analphabeten" von Dr. Ernst Ludwig Voß in Rostock hat zum erstenmal neues Material über den Stand des Analphabetentums in aller Welt der Öffentlichkeit unterbreitet. Danach gibt es in Deutschland weniger als 7000 Analphabeten, die sich fast ausschließlich aus der Reihe der etwa 200 000 Geisteskranken rekrutieren.

Deutsche Barbaren.

Während heute also die Zahl derer, die nicht lesen und schreiben können, in Deutschland nur ein hundertstel Prozent beträgt, erreichte sie zur Zeit der Reichsgründung 1871 noch die respektable Zahl von 12 Prozent. Sehr

charakteristisch zur Kennzeichnung der Kriegspropaganda, die 1914 bis 1918 von der Entente gegen die "deutschen Barbaren" geführt wurde, ist die Tatsache, daß unter den deutschen Soldaten kein einziger des Lesens und Schreibens unkundig war! Deutschland steht also unbestreitbar an der Spitze der Kulturnationen. Ihm zur Seite tritt nun Luxemburg, das auf 10 000 Einwohner ebenfalls nur einen Analphabeten aufweist; in weitem Abstand kommt Dänemark mit 20, Norwegen und Schweden mit 24 Analphabeten. Recht überraschend ist die Feststellung, daß Großbritannien und Irland fast 100 Analphabeten auf 10 000 Einwohner, also 1 Prozent der Bevölkerung aufweisen! In Holland beträgt der Prozentsatz 2,1, in Frankreich 3,8, in Finnland 4,9. Einen Sprung weiter: die Tschechei mit 7 Prozent, Belgien mit 7,8 Prozent, Ungarn mit 14,9 Analphabeten. Es folgen Bulgarien, Spanien, Italien, Polen, Südslawen, Russland und Rumänien, das mit fast 70 Prozent Analphabeten den europäischen Rekord schlägt. Insgesamt gibt es unter 482 Millionen Europäern 126 Millionen Analphabeten — also 26,1 Prozent.

Europa, der auf höchster Kulturstufe stehende Kontinent, weist natürlich auch die geringste Analphabetenzahl auf. Schon in Amerika sind von 248 Millionen Bewohnern 150 Millionen, also 60 Prozent des Lesens und Schreibens unkundig. Australien, Afrika und Asien zählen neun Zehntel Analphabeten, so daß die Weltstatistik auf die fast unglaublich hohe Zahl von 75 Prozent hinaufgedrückt wird.

"Die braunen Untertanen".

Den Hauptanteil an diesem kulturellen Tieftand haben Britisch-Indien und China. In Indien können von 320 Millionen Eingeborenen nur 20 Millionen lesen und schreiben, und man könnte auf den Verdacht kommen, England habe sich in den zwei Jahrhunderten seiner Herrschaft niemals bemüht, seinen braunen Untertanen die nützliche, aber oft politisch gefährliche Kunst des Lesens und Schreibens beizubringen. 94 Prozent Analphabeten in Indien... — eine Tatsache, die nicht sehr zugunsten britischer Kolonisationsarbeit spricht! Vor allem dann nicht, wenn man sich daran erinnert, wie vorsätzlich das Schulsystem in den von Deutschland verwalteten Kolonien gewesen ist.

Von China erzählt Sven Hedin vor 20 Jahren, daß dort nur fünf Prozent der Männer und ein Prozent

der Frauen lesen könnten; und vor anderthalb Jahren bescherten östasiatische Blätter, die Chinesische Regierung suchte für den Schulunterricht an 37 Millionen Kindern ein-einviertel Millionen Elementarlehrer. Die kriegerischen Verwicklungen haben diese kulturellen Bestrebungen Chinas stark unterbunden; heute nimmt man an, daß 92,8 Prozent der Bevölkerung Analphabeten sind. Dabei muß man jedoch berücksichtigen, daß die chinesische Schrift unvergleichlich schwerer zu lernen ist als irgend eine europäische Schrift; sie besitzt bekanntlich etwa 24 000 verschiedene Zeichen!

Rasse und Bildung.

Es ist besonders aufschlußreich, das Problem des Analphabetentums vom Gesichtspunkt der Rassenzugehörigkeit zu betrachten. Dabei ist auf den ersten Blick festzustellen, daß die germanische Rasse — Deutsche, Luxemburger, Schweizer, Skandinavier, Holländer, Engländer, an der Spitze zu finden ist. An zweiter Stelle folgt die romanische Rasse — Franzosen, Belgier, Spanier, Italiener, Portugiesen — deren Analphabetenzahl zwischen 4 und 40 Prozent schwankt; und als dritte der europäischen Völkergruppen die slavische Rasse — Tschechen, Bulgaren, Polen, Serben, Russen. Von diesen Völkern macht nur das tschechische eine Ausnahme; seine außergewöhnlich geringe Analphabetenzahl von nur 7 Prozent verdankt es lediglich der starken germanischen Durchsetzung und der dauernden kulturellen Anlehnung an Deutschland und Österreich.

Österreichs Antwort.

Die Bundesregierung erhebt den Ausfall Hotel-Gewerbes.

Die Wiener "Reichspost" erfährt über die Maßnahmen, die im Ministerrat beschlossen werden sollen, daß zunächst ein Ausreisevisum nach Deutschland eingeführt wird, das aber nur mit einer kleinen Schreie gebühr verbunden sein wird und bloß den Verkehr nach Deutschland kontrollieren soll. Die zweite Maßnahme wird sie augenblicklich der notleidenden Hotelliers auswirken. Man schätzt den vorjährigen Ertrag des Fremdenverkehrs aus Deutschland auf 85—40 Millionen Schilling, den Ringenmann für Österreich auf 20 Prozent hierauf. Die auf den Fremdenverkehr aus Deutschland angewiesenen Gastwirte werden den vollen Schaden, der durch die Grenzsperrung erwächst, nach Maßgabe der vorjährigen Biffen, also etwa 10 Millionen Schilling, ersehnt bekommen. Davon werden 5 Millionen sofort ausbezahlt, 2,5 Millionen im Herbst und der Rest in Form von Steuerabschreibungen zurückgestattet. Der Betrag wird den Ländern nach der Höhe der im Vorjahr festgestellten Übernachtungen deutscher Gäste zugewiesen und von ihnen individuell verteilt. Die Zuwendung ist an die Voraussetzung gebunden, daß in diesem Jahr das gleiche Personal wie im Vorjahr beschäftigt wird. Ausgeschlossen sind Betriebe, deren Inhaber durch "Teilnahme an parteipolitischer Seite" selbst zur Schädigung des Fremdenverkehrs beitragen. Die dritte Maßnahme ist die Einführung einer Verrechnung der Ein- und Ausfuhr zwischen Deutschland und Österreich, wodurch Österreich ein Gleichgewicht des Außenhandels mit Deutschland herstellen will.

25 000 Juden sind aus Deutschland nach Frankreich ausgewandert.

Die französische Regierung hat sich im Ministerrat auch mit der Frage der aus Deutschland nach Frankreich ausgewanderten Juden beschäftigt. Wie das "Journal" meldet, beläuft sich die Zahl dieser Emigranten in Frankreich jetzt schon auf über 25 000 Personen. Im Justizministerium soll demnächst eine Konferenz zwischen den Vertretern aller interessierten Ministerien stattfinden, in der entschieden werden soll, wie man die Flüchtlinge, in der Hauptsache die Professoren, Ärzte und Rechtsanwälte, darin in Frankreich unterbringen könnte.

Die Politik der "Resignation", welche Minister Beck nach Ansicht des "Robotnik" führt, werde vom Sanierungslager und mittelbar auch vom nationaldemokratischen Lager unterstützt. Das Blatt weist eine interessante und allerdings sehr tiefgründige Erklärung für die Hitler-Freundlichkeit der Außenpolitik der beiden größten polnischen Lager Polens. Die Politik Polens müsse nämlich den Kurs nehmen, den sie nimmt, weil Polen im Weltstrom des Faschismus mitschwimme, dieser Strom müsse aber — notwendig! — gegen Polen gerichtet sein." So will es der "Robotnik".

Der "Robotnik" träumt offenbar von einer Generalfront gegen den Weltfascismus, in der Polen vielleicht die Führung zu übernehmen hätte, mit dem Ziel, den Faschismus aus allen Ländern, wo er herrscht, wegzufegen und dann natürlich sofort die Herrschaft der Sozialdemokratie wieder einzuführen. Vielleicht würde die Będrzejewicz-Regierung die Idee als solche nicht verwerten, wenn Herr Niedzialkowski nur enthüllt hätte, wie diese Idee zu verwirklichen sei und was zu tun wäre, damit Polen bei dem großzügigen Geschäfte irgendetwas Greifbares profitiere.

In einer Betrachtung über die Verbrennung undeutschischer Bücher in Deutschland schreibt der polnische Schriftsteller Waclaw Grubinski im "Kurier Warszawski":

"Damit der Antisemitismus in Deutschland mit einer solchen elementaristischen Gewalt hervorbrechen konnte, mußte er im deutschen Volk seit langem vorhanden gewesen sein. Es ist erstaunlich, daß die Juden nichts davon wußten, daß sie sich in Deutschland wie zu Hause gefühlt haben, daß die Juden der ganzen Welt die Deutschen fast als Juden und den deutschen Staat fast als jüdischen Staat angesehen haben!"

Berhaftung eines Nationalsozialisten.

Das Mitglied der NSDAP Sollbach in Vielesfeld hatte sich selbstherrlich zum Geschäftsführer des dortigen "Eva"-Betriebes gemacht und die jüdischen Angestellten entlassen. Sollbach, der erst ganz kurze Zeit der Partei angehörte, wurde verhaftet, da er entgegen den wiederholten Anordnungen der NSDAP eine Einzelaktion unternommen hatte. Bei dieser Gelegenheit warnt die Kreisleitung der NSDAP noch einmal dringend vor weiteren Einzelaktionen. Gegen Urheber und Beteiligte wird mit aller Schärfe eingeschritten.

Eine ähnliche Ausnahme finden wir bei den mongolischen Völkern Europas. Während die Ungarn 14,9 Prozent, die Türken 50 Prozent und die Esten sogar 61 Prozent Analphabeten zählen, gibt es unter den Finnen nur 4,9 Prozent des Lesens und Schreibens Unkundige. Dieses Phänomen ist dadurch zu erklären, daß Finnland 700 Jahre lang politisch zu den hochstehenden germanischen Schweden gehört hat und sich auch unter dem russischen Zarismus seine in jener germanischen Herrschaftszeit begründete Kulturstufe zu bewahren wußte.

Das beschämendste Beispiel vom Niedergang eines Volkes bilden die Griechen, einst die Hochburg abendländischer Kultur. Von ihnen sind 50 Prozent Analphabeten. Auch hierfür gibt die Geschichte eine Erklärung: der alte Stamm der Helenen durchsetzte sich im Mittelalter mit den weit tiefer stehenden Elementen fremder Rassen, die das kulturelle Niveau des gesamten Volkes unwiderruflich hinabdrückten.

Wir sehen, welche weiten Kulturgehöftlichen, politischen, rassischen Perspektiven das Problem des Analphabeten eröffnet, wie es den Rahmen einer pädagogischen Spezialfrage sprengt. Jahrhunderte, vielleicht Jahrtausende werden vergehen, ehe die älteste Kunst menschlicher Kultur und Zivilisation, die Beherrschung der Schrift, auf der ganzen Erde zur Selbstverständlichkeit geworden sein wird.

(Weser-Zeitung, Bremen.)

Bei Kopf-, Lenden- und Schulterhematismus, Nervenschmerzen, Hüftweh, Hexenschuß wird das natürliche "Franz-Josef"-Bitterwasser mit großem Nutzen für die tägliche Reinigung des Verdauungskanals angewendet. Ärztlich bestens empfohlen. (8462)

hafens bei Rio de Janeiro wird in Friedrichshafen bestätigt. Dr. Edener wird mit der nächsten Fahrt des "Graf Zeppelin" Mitte Juni nach Deutschland zurückkehren.

Reichsregierung und Olympische Spiele.

Der Pressereferent des Reichssportkommissars teilt mit:

Nachdem der Herr Reichspräsident v. Hindenburg die Schirmherrschaft über die Olympischen Spiele Berlin 1936 übernommen hat und der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsinnenminister ihre weitgehende Unterstützung zur Durchführung der Spiele zugesagt haben, steht fest, daß ganz Deutschland allergrößten Wert auf die Ablösung der Olympischen Spiele in Berlin legt und daß es — unabhängig von allen inneren deutschen Veränderungen — seinen Gästen, woher sie auch kommen mögen, einen in jeder Beziehung befriedigenden Empfang zuteil werden lassen wird. Eine einwandfreie Organisation und reibungslose Abwicklung der Spiele ist sichergestellt.

Der Beauftragte der Deutschen Reichsregierung für alle Fragen des Sports ist der Reichssportkommissar Herr von Tschammer-Osten. In dieser seiner Eigenschaft führt er den Vorsitz des Deutschen Olympischen Komitees. Präsident des Organisationskomitees für die XI. Olympiade Berlin 1936 ist Exzellenz Dr. Lewald, der mit Sr. Hoheit Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg und Dr. Ritter von Halt an der Tagung des Internationalen Olympischen Komitees in Wien teilnehmen wird."

Die Bergschlachtaufstrophe

Millionenschaden.

Der Schaden, der durch die bereits gemeldete Bergschlachtaufstrophe bei Latdorf an der Saale angerichtet wurde, geht in die Millionen. Einige tausend Morgen Land sind in der Nähe der Unfallstelle völlig überschwemmt. Es handelt sich dabei um Wiese und bestelltes Feld, das sich vorwiegend im Besitz von Kleinlandwirten befindet.

Wie durch ein Wunder sind Menschenleben nicht gefährdet worden. Auch das Vieh konnte gerettet werden. Der Fischbestand ist jedoch völlig vernichtet. Durch die in das Wasser stürzenden Kalkmassen sind die Fische bis hinauf zum Mündungsgebiet der Saale getötet worden. Umgekommen ist auch die wertvolle Brut der Rebhühner und Fasanen, die in der Saaleiterde ruhen.

Zur Zeit bahnen sich die Fluten selbst noch ihren Weg. Sie haben das Gebiet der Großen Aue überschwemmt und stürzen sich in das Bett der Bode, die bei Nienburg in die Elbe mündet. Dabei ist in der Nähe Nienburgs ein schwerer Schaden angerichtet worden.

Die Absicht, die im Flussbett Lagernde Kalkmassen zu sprengen, um so der Saale einen natürlichen Abfluß zu ermöglichen, scheiterte an der Feuchtigkeit des Materials.

Auf der Saale ist ein Schiffswrack unvermeidlich. Mit großer Wucht ergießt sich das Wasser durch einen geschaffenen Abfluß von den Weien in das Flussbett der Saale. Das Naturchaos ist noch immer das Ziel vieler Tausender aus der Umgebung.

Lawinenunglück fordert zwei Todesopfer.

Ein Lawinenunglück, hervorgerufen durch den in letzter Zeit gefallenen Neuschnee, traf im Garmischer Alpengebiet eine Patrouille der 1. Kompanie des Bayerischen Pionier-Bataillons München, die sich auf einem Abstieg von der Alpspitze befand. Zwei Pioniere, Unteroffizier Nothhaft und Oberpionier Gabelmeier, wurden getötet, Leutnant Altmann und der Gefreite Franz Schmid schwer, zwei weitere Pioniere leicht verletzt.

Den vollzieht sich ein beispielhaftes Geschehen: die Zurückziehung des Staatskommissars in Mecklenburg, die Erklärungen Adolf Hitlers und seines Bevollmächtigten, des Wehrkreisschäfers Müller, der Aufmarsch der evangelischen Jugend, der Aufbruch der jungreformatorischen Bewegung und die klare Ausrichtung der Glaubensbewegung "Deutsche Christen" auf eine staatsfreie Reichskirche hin — alles das sind Zeichen dafür, daß die Eigenständigkeit der Kirche erkannt und anerkannt ist.

Der totale Staat hat also seine Grenze. Seine Führer sind keine Priester und haben es stets abgelehnt, Reformatoren im religiösen Sinne zu werden. Sie konzentrieren sich auf das politisch-iridische Geschehen. Neben dem Staat steht die Kirche, mit einer Autorität, die nicht aus Mitgliedszahlen oder Wahlzetteln abzuleiten ist, sondern allein aus der lebendigen inneren Kraft. Zwischen Staat und Kirche gibt es noch manches Streitobjekt, über dessen Schicksal nicht vorschreiben werden sollte; wir denken dabei an die kirchlichen Jugendvereine, den Religionsunterricht und ähnliche Gebiete. Aber dennoch ist es nicht wahr, daß der evangelische Christ sich vom nationalsozialistischen Staat distanziert und durch die Kirche einen Staat im Staat bauen möchte. Kirchlich verbrämte Parteikläuse, die in dieser Richtung gehen, werden von dem jungen Deutschland leicht durchschaut. Es geht heute um die neue Stellung des Protestantismus im totalen Staat: sie wird umrissen durch den Gehorsam gegen die Obrigkeit, durch den unbedingten Einsatz der evangelischen Christen für Volk und Staat und durch die Forderungnahme des geistlichen Lehrants der evangelischen Kirche.

Es gibt nur einen politischen Willen: den Staat. Über diesem Willen aber steht der Wille Gottes. Er ist der Herr der Kirche und hat sie angewiesen, die Seelen der Menschen zu ihm zu lenken. Um die Freiheit dieser Seelenleistung, um den Einsatz der Weltanschauung, wird der Kampf geführt: Erfolge des Protestantismus sind auch Erfolge der katholischen Kirche. Niederlagen treffen beide Kirchen. Der deutsche Protestantismus handelt heute wieder, wie einst in der Reformation, für die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wirtschaft der Woche.

Bor Illusionen wird gewarnt.

Im Zeichen der Wiener Tagung der Internationalen Handelskammer und der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz.

"Pfingsten, das liebliche Zeit" — überall regt sich neues Leben. Bäume und Blumen stehen in herrlicher Pracht und wir genießen das Schauspiel einer wunderbaren Sommerlandschaft. Das ist das äußere Bild der Natur, die in allen Schönheit erstrahlt — in schrofsem Gegensatz hierzu steht die Stimmung bei den Menschen, die bei den noch immer täglich aus allen Quartieren der Politik und Wirtschaft kommenden Alarmnachrichten nach wie vor sehr gedrängt ist, obwohl sie schon vereinzelt und schwächer ein gewisser Optimismus hervorwagt. Politische Hochspannungen zwischen den großen und kleinen Mächten Europas und auf dem Sektor der Wirtschaft immer neue Beunruhigungen, die jeden Versuch einer Ankurbelung des europäischen Wirtschaftslebens und einer Beendigung der Krise fast aussichtslos erscheinen lassen. Um nur die allerlegtesten Ereignisse der letzten Tage zu registrieren: ein neuer Wall Street Crash, der um das große amerikanische Bankhaus Morgan ausgebrochen ist, ein weiterer Dollar- und Pfundsturzgang, der neue Verwirrung auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten auslöst, und die formelle Aufgabe des Goldstandards durch Amerika, die wiederum neue Maßnahmen Englands herausfordert.

Dagegen sind in den letzten Wochen im Gesamtbild der Weltwirtschaft einige erfreuliche Symptome stärker in den Vordergrund getreten. An den internationalen Geldmärkten besteht eine Fülle. Die Börsenbuße, zunächst auf New York beschränkt, hat auf die anderen internationalen Märkte übergegriffen. Die Warenmärkte verzeichnen ein sprunghafes Anziehen der Preise. Das Umsatz- und Produktionsvolumen ist etwas gestiegen und es mehren sich überall die Stimmen, die den Eintritt in die folgende erhoffte Periode eines neuen Anstiegs der Weltwirtschaft als begonnen oder doch als unmittelbar bevorstehend bezeichnen.

Bor diesen Hoffnungen geleitet, hat in den internationalen Wirtschafts- und Finanzkreisen ein Hochbetrieb eingesetzt, der deutlich die Problematik in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen, zugleich aber auch den Zwang der Umstände und den ernstlichen Willen der leitenden Staatsmänner bezeugt, fünfzehn Jahre nach Kriegsende eine Neuordnung in den politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten herbeizuführen. In Berlin, in Wien, in Budapest und Bukarest sind in den letzten Tagen die Vertreter der einzelnen Staaten zusammengekommen, um über Pläne und Mittel zu beraten, die imstande wären, die Kriegs- und Nachkriegsfolgen zu liquidierten und die Welt wieder vorwärts zu bringen. Diese Besprechungen bilden nur den Auftakt für die am 12. Juni in London beginnende Weltwirtschaftskonferenz, die sich die Regelung der wichtigsten finanziellen und wirtschaftlichen Probleme zum Ziele setzt, um Entscheidungen zu treffen, welche geeignet sind, das künftige Wirtschaftsleben der Welt entscheidend zu beeinflussen.

In Berlin finden gegenwärtig die Verhandlungen über den Transferaufschub für den Dienst der deutschen Auslandschulden statt, denen diesmal besondere Bedeutung zukommt, da die mit den Gläubigern Deutschlands getroffene Lösung richtunggebend sein wird auch für die Vereinigung der ganzen mittel- und osteuropäischen Schuldenproblems. In Wien tagt soeben der Siebente Kongress der Internationalen Handelskammer, der als Auftakt zur Londoner Weltwirtschaftskonferenz betrachtet wird, vor der man sich so viel für die nächste ökonomische Entwicklung erhofft. Die Probleme, die in Wien und London zur Beratung stehen, sind die gleichen, aber die Behandlung wird eine verschiedene sein. Denn die rund 700 Delegierten, welche aus vierzig Ländern zum Kongress der Internationalen Handelskammer gekommen sind, stehen alle selbst mitten im Wirtschaftsleben, die Entscheidungen beeinflussen unmittelbar ihr eigenes Schicksal; als Privater können sie daher viel leichter und rücksichtsloser untereinander sprechen als die offiziellen Delegierten der Regierung, welche eine Woche später in London zusammengetreten werden. Das größte Interesse wendet sich der Stellungnahme des Wiener Kongresses den handelspolitischen Problemen zu. Man weiß, daß die Internationale Handelskammer gerade in dieser Beziehung schon seit Jahren ein scharf umstrittenes Ziel, nämlich die Anerkennung von Ausnahmen von der Meistbegünstigung, verfolgt. Die Beratungen des Kongresses sind auch den Kontingenzen gemidmet; bisher vertrat die Internationale Handelskammer den Standpunkt, daß die heute so stark überhandnehmende Kontingenzpolitik mit der Meistbegünstigung nicht vereinbar ist. Die Konferenz befürchtet weiter mit der Währungsfrage, mit Fragen der Preisbildung, Nationalisierung, Verbesserung der Abfallmethoden, mit den vielfältigen Verkehrsproblemen, von der Konkurrenz Eisenbahn-Auto bis zum Luftverkehr. Die der Londoner Tagung zu unterbreitenden Resolutionen umfassen also den ganzen Komplex der aktuellen Wirtschaftsfragen, die Probleme der Handels- und Währungspolitik, die Wirkung der Preisgestaltung auf den Dienst der internationalen Verschuldung, die Entwicklung der Kapitalbewegung, die Lage des internationalen Kreditmarktes, aber auch spezielle Fragen der Organisation und der Abfallverhältnisse der industriellen Produktion. Überhaupt sollen die Ergebnisse des Wiener Kongresses dazu beitragen, die schwere Aufgabe der Londoner Weltwirtschaftskonferenz zu erleichtern.

Man hat vergleichsweise gefragt, daß der Wiener Kongress der Internationalen Handelskammer als Konferenz der Taktiker, die Londoner Weltwirtschaftskonferenz als eine solche der Strategen anzusprechen sei. Aber auch die Londoner Weltkonferenz wird nur dann den erhofften Erfolg bringen, wenn sie — zum Unterschied von ihren zahlreichen Vorläuferinnen — nicht in den theoretischen Erwägungen endet, sondern zu praktischen und greifbaren Ergebnissen gelangt. Vor allem sollen, wie es heißt, die Tendenzen auf Abschluß eines Zollwaffenstillstandes greifbare Formen annehmen, wenn auch durch das endgültige Abheben Amerikas von der Goldbasis neue internationale Komplikationen sich ergeben können. Wenn es heute den Anschein hat, daß das Projekt eines allgemeinen Zollwaffenstillstandes immerhin einzige Aussicht auf Erfolg hat, so dürfte doch der Umstand, daß der Abschluß eines solchen Waffenstillstandes "droht", mit im Spiele sein, wenn da und dort eine Bollaufrüstung in letzter Stunde gedacht wird. In den Vereinigten Staaten sollen Lebensmittelzölle eingeführt werden, wobei die Sachverständigen der Aussicht sind, daß dies nicht dem Bollaufrüststand widerspricht, in welchem Sinne man die interessierten Nationen zu informieren gedenkt. Auch in der Tschechoslowakei wird an der Revision des Zolltarifses gearbeitet, deren Zweck in der nicht unerheblichen Erhöhung einiger Zollpositionen gesetzt.

Man wird zunächst gut daran tun, die Schwierigkeiten, die sich einer internationalen Regelung der Wirtschaftsfragen entgegenstellen, in Betracht zu ziehen und die Erwartungen, die sich an die Weltwirtschaftskonferenz knüpfen, von Illusionen fernzuhalten. Woraus es bei dieser groß angelegten Konferenz in erster Linie ankommt, ist die ehrliche Wille der Staaten zur Preisgabe von kleinstlichen Sonderinteressen zugunsten einer gesamtwirtschaftlichen Vereinigung. Aber vor allem wäre es für die praktische Wirklichkeit eines solchen Beschlusses unerlässlich, wenn jedes einzelne Land darangehen wollte, seine eigene Wirtschaft in Ordnung zu bringen und daß es bei dieser Bemühung Initiative an den Tag legt.

Für Polen liegt der heute gangbare Weg vor allem in handelspolitischer Richtung. Es wäre im Interesse der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und des Handels zu fordern, daß die lang hingezogenen Verhandlungen mit den einzelnen Staaten endlich zum Abschluß eines Handelsvertrages führen. Wie es heißt, ist mit Österreich eine Einigung über einzelne grundhäßliche Fragen bereits erfolgt, so daß nunmehr hoffentlich ein beschleunigtes Tempo für die Schlussverhandlungen wird eingekehrt werden können. Der Kompensationsvertrag mit der Tschechoslowakei in Höhe von 30 Millionen Gold, der dieser Tage vom tschechoslowakischen Ministerrat genehmigt worden ist, bedarf nur noch der Genehmigung der polnischen Regierung, die schleunigst erfolgen müßte, um auch mit diesem Nachbarn zu regeren Handelsbeziehungen zu gelangen. Mit Frankreich sind Verhandlungen betreffend eine Revision des bisherigen polnisch-französischen Handelsvertrages angeknüpft worden, der schon auf der Grundlage des neuen polnischen Zolltarifes abgeschlossen werden soll.

Man wird nach den Erfahrungen früherer Konferenzen gut daran tun, von der Londoner Weltwirtschaftskonferenz nicht viel mehr zu erwarten, als Kundgebungen der Solidarität und die übliche Belohnung einer eingerufenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Wenn es nur gelingt, in dem unruhigen Strom der heutigen Ergebnisse in London einen festen Standort zu gewinnen, auch dann ist viel erreicht und der Grundstein für eine Wiedergefördung der Weltwirtschaft gelegt.

Dr. G. Seifert.

Die Probleme der Weltwirtschaftskonferenz.

Von Ferdinand Fried.

Die Weltwirtschaftskonferenz, die nach langen Vorbereitungen in der jetzt beginnenden Woche in London zusammentritt, steht einer fast vollen Auflösung der Weltwirtschaft gegenüber, so daß es unmöglich erscheint, in diese Konferenz eine gewollte Ordnung hineinzubringen, zumal wenn man sich an das Programm der Konferenz hält. Die Tagesordnung ist zu einer Zeit aufgestellt worden, als wenigen noch einige Hoffnungen bestanden, die Ordnung im alten Sinne wiederherzustellen, also lediglich Reparatur-Arbeiten am Gebäude der Weltwirtschaft auszuführen, während durch die Entwicklung der letzten Zeit tatsächlich wohl die Errichtung eines neuen Gebäudes notwendig erscheint. Die Tatsache, daß die Weltwirtschaftskonferenz gerade unter dem Eindruck steht, als ob sich die alte Tagesordnung erledigen ließe, als ob dadurch auch eine Wendung zum Besseren herbeigeführt werden könnte, ist obwohl mit solchen alten überkommenen Mitteln der Konferenzen usw. überhaupt eine Heilung möglich sei — diese Tatsache verurteilt die Weltwirtschaftskonferenz eigentlich von vornherein zum Scheitern. Das wird äußerlich vielleicht nur dadurch zum Ausdruck kommen, daß sich die Konferenz zunächst in die Länge ziehen, als dann in Kommissionen und Unterkommissionen zerplatzen und schließlich irgendwie im Sande verlaufen wird.

Bemerkenswert für diese Situation und für die Aussichten der Konferenz ist die Tatsache, daß die eigentlichen, wirtschaftlichen Probleme, die hiezu im Brennpunkt des geopolitischen Interesses stehen, außerhalb der Weltwirtschaftskonferenz behandelt werden. Teils sind sie schon vorher in Vorbesprechungen abgesteckt oder geklärt worden, teils wird man sie neben der Konferenz behandeln, teils hat man sie sogar bewußt von den Konferenzthemen ausgeschlossen. Es handelt sich dabei in Kürze um die folgenden Gebiete:

1. Die Kriegsschuldenfrage. Die interalliierten Schulden dürfen in London nicht behandelt werden, vielmehr bleibt die Regelung den Besprechungen zwischen den Regierungen selbst vorbehalten. Die Schlagzeile ist die, daß England die Dezember-Rate bezahlt hat und wahrscheinlich auch die Juni-Rate zu zahlen bereit sein wird, daß Frankreich sich geweigert hat, die Dezember-Rate zu bezahlen und die Juni-Rate wohl lediglich bezahlt will, wenn Aussicht auf endgültige Herauslösung habe. Erlass der Schulden besteht. Amerika auf der anderen Seite hat infolge der Diktatur Roosevelt jetzt Gelegenheit und innerpolitische Handlungsfreiheit, um eine radikale Maßnahme vorzunehmen. Man sieht sich mit dem Gedanken eines völligen Innerlasses und einer Herauslösung oder Hinausschiebung der restlichen Amortisationen zu tragen; doch ist wohl anzunehmen, daß man dafür irgendwelche Entgegenkommen auf der anderen Seite verlangen wird, daß sich auf die eigentliche Weltwirtschaftskonferenz auswirken wird. Voraussetzung hierfür wäre die Nachzahlung der Dezember-Rate seitens Frankreichs. Von Seiten der Schuldner wird bei den Verhandlungen zweifellos mit dem Druck mittels der Reparationen gearbeitet werden, das durch die Nichtratifizierung von Lausanne noch gegeben ist. Damit wird der an sich schon stark politisch geprägte Komplex überhaupt zu einem eminenten politischen Problem.

2. Die deutsche Transferfrage wurde ebenso wie die Kriegsschuldenfrage bereits in Washington vorbesprochen und wird gegenwärtig auf der Berliner Gläubigerversammlung verhandelt. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß die Berliner Konferenz schon zu einem greifbaren Ergebnis kommt, so wird auch die Weltwirtschaftskonferenz keine Entscheidung aus sich herausbringen, sondern höchstens die Entscheidung beeinflussen können. Diese Entscheidung kann dann nur noch einzeitig sein. Aus der Rede Dr. Schachts ging ziemlich deutlich hervor, daß nur die Alternative besteht: entweder stimmen die Gläubiger freiwillig einem Transferatorium zu oder die Deutschen erklären es einseitig von sich aus. Die Übertragungen müssen jedenfalls eingestellt werden, könnten auch gar nicht vorgenommen werden bei einem Goldbestand von 300 Millionen und bei einem sinkenden Außenhandel und Ausfuhrüberschuss. Es handelt sich dann lediglich um die Frage der Goldwährung und Währungspolitik, die von Lausanne noch gegeben ist. Damit wird der an sich schon stark politisch geprägte Komplex überhaupt zu einem eminenten politischen Problem.

3. Die deutsche Transferfrage wurde ebenso wie die Kriegsschuldenfrage bereits in Washington vorbesprochen und wird gegenwärtig auf der Berliner Gläubigerversammlung verhandelt. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß die Berliner Konferenz schon zu einem greifbaren Ergebnis kommt, so wird auch die Weltwirtschaftskonferenz keine Entscheidung aus sich herausbringen, sondern höchstens die Entscheidung beeinflussen können. Diese Entscheidung kann dann nur noch einzeitig sein. Aus der Rede Dr. Schachts ging ziemlich deutlich hervor, daß nur die Alternative besteht: entweder stimmen die Gläubiger freiwillig einem Transferatorium zu oder die Deutschen erklären es einseitig von sich aus. Die Übertragungen müssen jedenfalls eingestellt werden, könnten auch gar nicht vorgenommen werden bei einem Goldbestand von 300 Millionen und bei einem sinkenden Außenhandel und Ausfuhrüberschuss. Es handelt sich dann lediglich um die Frage der Goldwährung und Währungspolitik, die von Lausanne noch gegeben ist. Damit wird der an sich schon stark politisch geprägte Komplex überhaupt zu einem eminenten politischen Problem.

4. Das Währungsproblem ist durch die Entscheidungen in England und Amerika, sowie durch die Lage in Deutschland durchaus in den Mittelpunkt weltwirtschaftlicher Erwägungen gerückt. Aber man gewinnt auch hier den Eindruck, als wenn die eigentlichen Entscheidungen außerhalb der Konferenz fallen werden, zumal man versucht wird, die Währungsfragen als politisches Handelsobjekt zu benutzen. Ja, insofern wird der politische Komplex sogar die Weltwirtschaftskonferenz selbst stark beeinflussen und ihr die eigentliche Freiheit der Meinungsbildung nehmen. Deutlich wird die Lage an den Diskussionen um die Stabilisierung des Dollars und Pfundes bzw. des Stabilisierungsbündnis. In diese Diskussionen wird nur die Frage der Goldwährung wieder plötzlich hineingeworfen, an der England und Amerika kein Interesse haben, Frankreich aber ein großes politisches Interesse nimmt. Die Frage der Goldwährung ist dabei zu scheiden von der Zukunft des Goldes überhaupt. Goldwährung ist lediglich ein Verfahren, ein bestimmter Automatismus, der mit dem Gold verbunden ist; eine Aufgabe der Goldwährung ist also noch nicht gleichbedeutend mit einer Erweiterung des Goldes an sich. Es ist darauf hinzuweisen, daß diese Frage ebenfalls so sehr ein politischer Faktor ist, um in sachlichen Beratungen auf der Weltwirtschaftskonferenz entschieden werden zu können.

5. Das Währungsproblem ist durch die Entscheidungen in England und Amerika, sowie durch die Lage in Deutschland durchaus in den Mittelpunkt weltwirtschaftlicher Erwägungen gerückt. Aber man gewinnt auch hier den Eindruck, als wenn die eigentlichen Entscheidungen außerhalb der Konferenz fallen werden, zumal man versucht wird, die Währungsfragen als politisches Handelsobjekt zu benutzen. Ja, insofern wird der politische Komplex sogar die Weltwirtschaftskonferenz selbst stark beeinflussen und ihr die eigentliche Freiheit der Meinungsbildung nehmen. Deutlich wird die Lage an den Diskussionen um die Stabilisierung des Dollars und Pfundes bzw. des Stabilisierungsbündnis. In diese Diskussionen wird nur die Frage der Goldwährung wieder plötzlich hineingeworfen, an der England und Amerika kein Interesse haben, Frankreich aber ein großes politisches Interesse nimmt. Die Frage der Goldwährung ist dabei zu scheiden von der Zukunft des Goldes überhaupt. Goldwährung ist lediglich ein Verfahren, ein bestimmter Automatismus, der mit dem Gold verbunden ist; eine Aufgabe der Goldwährung ist also noch nicht gleichbedeutend mit einer Erweiterung des Goldes an sich. Es ist darauf hinzuweisen, daß diese Frage ebenfalls so sehr ein politischer Faktor ist, um in sachlichen Beratungen auf der Weltwirtschaftskonferenz entschieden werden zu können.

waltung zu nehmen, sie dadurch mit Reichsgarantie auszustatten und zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung in Deutschland zu verwenden. Und zwar könnte das in Form einer niedrig verzinslichen Reichsmarkanleihe geschehen, deren Stücke dann den Gläubigern ausgeschändigt werden. Die Verwendung dieser jährlich 1,25 Milliarden Rmk. ausmachenden Summen zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Deutschland ist jedenfalls nötiger und besser als der noch bis vor kurzem diskutierte Vorschlag, sie zur Umschuldung der deutschen Städte heranzuziehen.

6. Das Zinsproblem, soweit es noch ein internationales Problem ist, hängt eng hiermit zusammen. Es wird national ausgerollt durch den Zinsabbau in Deutschland, international durch die beiden ersten erwähnten Gebiete: die internationale Kriegsschulden und das deutsche Transferratorium. Einerseits wird möglicherweise bei der Regelung der Kriegsschuldenfrage der Zinsfuß überhaupt gestrichen, also auf Null gesenkt, andererseits würde sich bei der angestrebten Regelung der deutschen Auslandszahlung von selbst eine Schuldenkonvertierung einleiten. Stattdessen man die Marl-Bonds beispielweise mit einem Zinsfuß zwischen 3 und 4 Prozent aus, so ergibt das gegenüber dem bisherigen Durchschnittszins eine beträchtliche Senkung und einen Rückgang für die zukünftige Gestaltung des Zinses überhaupt. Diese Frage selbst wird nun außerdem noch angeschnitten und in Beipräzessionen zwischen Gläubiger und Schuldner — nicht vor dem Forum der Weltwirtschaftskonferenz — zu lösen versucht werden. Mit den Sillahalt-Gläubigern ist man bisher hier etwas, wenn auch nur sehr kurze Schritte vorwärts gekommen, und es wird notwendig sein, noch einige Schritte weiterzugehen. Entscheidend aber wird es sein, die Sitzfrage bezüglich der Auslandsanleihen anzusehen und damit irgendwie eine Konvertierung einzuleiten. Fraglich ist es, ob man das auf der Weltwirtschaftskonferenz tun wird, wo man wahrscheinlich nur Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art über die Sitzfrage haben wird.

7. Das Währungsproblem ist durch die Entscheidungen in England und Amerika, sowie durch die Lage in Deutschland durchaus in den Mittelpunkt weltwirtschaftlicher Erwägungen gerückt. Aber man gewinnt auch hier den Eindruck, als wenn die eigentlichen Entscheidungen außerhalb der Konferenz fallen werden, zumal man versucht wird, die Währungsfragen als politisches Handelsobjekt zu benutzen. Ja, insofern wird der politische Komplex sogar die Weltwirtschaftskonferenz selbst stark beeinflussen und ihr die eigentliche Freiheit der Meinungsbildung nehmen. Deutlich wird die Lage an den Diskussionen um die Stabilisierung des Dollars und Pfundes bzw. des Stabilisierungsbündnis. In diese Diskussionen wird nur die Frage der Goldwährung wieder plötzlich hineingeworfen, an der England und Amerika kein Interesse haben, Frankreich aber ein großes politisches Interesse nimmt. Die Frage der Goldwährung ist dabei zu scheiden von der Zukunft des Goldes überhaupt. Goldwährung ist lediglich ein Verfahren, ein bestimmter Automatismus, der mit dem Gold verbunden ist; eine Aufgabe der Goldwährung ist also noch nicht gleichbedeutend mit einer Erweiterung des Goldes an sich. Es ist darauf hinzuweisen, daß diese Frage ebenfalls so sehr ein politischer Faktor ist, um in sachlichen Beratungen auf der Weltwirtschaftskonferenz entschieden werden zu können.

8. Damit sind tatsächlich die entscheidenden Probleme der Weltwirtschaft außerhalb der Weltwirtschaftskonferenz geklärt, weil sie eminent politische Probleme geworden sind und die Weltwirtschaftskonferenz mehr eine Veranlagung händerischer Interessen (dem Sinne nach) wird. Dabei werden auch die eigentlich handelspolitischen Fragen, vor allen Dingen der Abbau der Zölle und Handelsmmaut, die nur wirklich auf der Konferenz behandelt werden sollen, nicht befreit werden, weil sie ebenfalls direkt und indirekt unter politischem Einfluß stehen und wahrscheinlich gegenüber den anderen Problemen gern als Verhandlungssobjekt eingestellt werden. Am ganzen wird sich also nicht vermieden lassen, daß die Weltwirtschaftskonferenz im Zeichen der Geburt der Nationalwirtschaften steht.

Damit sind tatsächlich die entscheidenden Probleme der Weltwirtschaft außerhalb der Weltwirtschaftskonferenz geklärt, weil sie eminent politische Probleme geworden sind und die Weltwirtschaftskonferenz mehr eine Veranlagung händerischer Interessen (dem Sinne nach) wird. Dabei werden auch die eigentlich handelspolitischen Fragen, vor allen Dingen der Abbau der Zölle und Handelsmmaut, die nur wirklich auf der Konferenz behandelt werden sollen, nicht befreit werden, weil sie ebenfalls direkt und indirekt unter politischem Einfluß stehen und wahrscheinlich gegenüber den anderen Problemen gern als Verhandlungssobjekt eingestellt werden. Am ganzen wird sich also nicht vermieden lassen, daß die Weltwirtschaftskonferenz im Zeichen der Geburt der Nationalwirtschaften steht.

Die Register-Mark.

Ein billiger Erwerb von Reichsmark zur Hebung des Reise-Verlehrs in Deutschland.

Die zuständigen Stellen in Deutschland haben eine aus dem "Stilpalastabkommen" herrührende Neuerung geschaffen, die für das Ausland von besonderer Bedeutung ist. Es wurde die sogenannte "Register-Mark" geschaffen, die eine Art Sperrmark darstellt, die aus dem Stilpalastabkommen herrührt und in diesem Abkommen seinerzeit angedeutet erwähnt worden ist. Es sind also Tilgungsbeträge, die von den deutschen Schuldern zugunsten der ausländischen Gläubiger aus den in Deutschland festliegenden Krediten zurückgezahlt werden und von dem Trennhänder des Deutschen Reiches, der "Trennhand-Gesellschaft" von 1923 m. b. H. Berlin, verwaltet werden. Die besondere Eigenschaft der Registermark liegt darin, daß sie vornehmlich für den Reiseverkehr innerhalb Deutschlands erichtet wird, somit mit Recht die Bezeichnung "Reisemark" verdient.

Die Reichsbank hat über die Verwendung besondere Vorschriften erlassen, nach denen die Registermark zur Bezahlung von

Beförderungs- und Unterhaltungskosten, sowie sonstigen täglichen Ausgaben vermandt werden darf. Alle Personen, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb Deutschlands haben, dürfen Registermark-Beträge erwerben. Die nach Deutschland reisenden Personen dürfen zum Verzehr im Reise für zehn Tage bis zu 1000 Mark, für einen vierwochentlichen Urlaub also etwa 3000 Mark zu einem billigeren Satz erhalten. Der billigere Satz röhrt daher, daß das Ausland daran ein Interesse hat, die in Deutschland festliegenden Kredite möglichst bald freizubekommen und gibt die Gläubiger zu einem erheblich billigeren Kurs ab. Der Verlust trägt natürlich der Auslandsgläubiger, dem es daran liegt, seine in Deutschland eingetroffenen Kredite lieber zu einem niedrigeren Kurs sofort freizubekommen, als noch längere Zeit daran warten zu müssen.

Wir kommen noch darauf zurück und werden insbesondere darüber berichten, welche Banken unseres Teilgebietes den Verkauf der Registermark vornehmen. Es sei jedoch noch hinzugefügt, daß ein Erwerb von Registermark nur bei Vorlegung eines Reisepasses statthaft ist.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 2. Juni. Die Preise verfehlen sich für 100 Kilo in Zloty:		Transaktionspreise:

<tbl_r cells="3" ix="5" maxcspan="1"

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches.

1 Milliarde Arbeitsbeschaffungswertungen. — Neuregelung des Steuerwesens.

Die Reichsregierung hat, wie bereits gestern gemeldet, ein Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit verabschiedet. Der Reichsfinanzminister wird darin ermächtigt, Arbeitsbeschaffungswerte im Gesamtbetrag bis zu einer Milliarde Mark zur Finanzierung des Planes in den Verkehr zu bringen. Das Gesetz enthält sechs Abschnitte:

1. Arbeitsbeschaffung.
2. Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen von Gegenständen des Gewerbelebens.
3. Freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit.
4. Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Handwirtschaft.
5. Förderung der Geschäftsziehung.
6. Durchführungs- und Ergänzungsbestimmungen.

Die vom Reichsfinanzminister zur Ausgabe gelangenden Arbeitsbeschaffungswertungen im Gesamtbetrag bis zu einer Milliarde Mark sollen zur Förderung von Instandsetzungsarbeiten und Renovationen an öffentlichen Gebäuden, sowie privaten Wohngebäuden und Wohnungen, ferner für Kleinbauungen, landwirtschaftliche Siedlungen, Flusssicherungen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Lieferarbeiten und Leistungen an Hilfsbedürftige dienen.

Zur Förderung der Geschäftsziehung werden zinslose Scheindarlehen bis zu einer Höhe von 1000 Mark ausgegeben, wenn die zukünftigen Erfahrungen vor der Geschäftsziehung in einem Arbeitsverhältnis gekommen hat und sich verpflichtet, während der Ehe solange nicht zu arbeiten, solange der Mann ein Einkommen bezieht. Die 1000 Mark werden nicht in bar, sondern in Bedarfssdeckungsdiensten für Möbel und Haushaltsgüter ausgegeben. Sie sind in Monatsbeträgen von 1 v. H. zurückzuzahlen.

Zur Aufbringung der nötigen Mittel wird eine Scheindarlehen für ledigen Männern und Frauen auferlegt, über deren Höhe noch besondere Vorschriften erlassen werden. Der bisherige Gedankenverzuschlag soll damit weg. Es sollen auf diese Weise im ersten Jahre 150 000 neue Betriebe wirtschaftlich unterstützt werden.

Die eigentliche Arbeitsbeschaffung, die bis zu einer Milliarde M. für Instandsetzungen, Bauarbeiten und ähnliche Dinge vorgesehen wird durch zinslose Darlehen an Länder und Gemeinden herangetrieben. Es werden Haushaltshilfen volle Zuschüsse gezaubert, die gleichen sind voll Zuschüsse für Instandsetzung in Aussicht genommen. Die Mittel werden durch Arbeitsbeschaffungswertungen aufgebracht. Anträge sind beim Arbeitsministerium zu stellen. Das Ministerium erteilt Bewilligungsscheine, und der Arbeitsträger darf Wechsel auf die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten ausstellen, die bei der Reichsbank redigiert werden. Die 1 Milliarde Mark soll zu einem Fünftel in den Haushaltshäusern 1934, 1935, 1936, 1937 und 1938 zurückgezahlt werden. Es besteht ferner ein Arbeitsbeschaffungswertungs-Bewilligungsstock, in dem die freiwilligen Spenden zur Verminderung der Arbeitslosigkeit fließen und in den ferner die Zinsen und Tilgungsbeiträge der Gemeinden und sonstigen Darlehennehmer fließen. Mit der Durchführung der Arbeiten muss spätestens am 1. August 1938 begonnen werden sein. Nach den Berechnungen sollen 400 000 Mann Beschäftigung erhalten.

Hinzufügt, daß von der Reichsregierung eine grundlegende Änderung des Steuerrechts beschlossen ist, die spätestens im Frühjahr 1934 herausgebracht werden soll.

Bei dieser Änderung des Steuerrechts soll außerst der Steuerzahler nur von einer einzigen Stelle seine Beauftragung erhalten und auch an einer einzigen Stelle seine Steuern entrichten. Der Verwaltungsaufwand der einzelnen Steuern soll zusammengelegt und vereinheitlicht werden und es soll in diesem Zusammenhang eine Reihe Produktionssteuern vollständig verschwinden.

Im Zusammenhang mit einer Neuregelung von steuerlichen Gebühren steht die Schaffung eines Neuges von großen Verkehrsstrafen, das den Ansprüchen des neuzeitlichen Kraftverkehrs entspricht und produktive Auswirkungen in wirtschaftlichem Umfang für die Kraftverkehrsindustrie und die Treibstoffwirtschaft bringen kann. Zudem soll eine organische Verbindung zwischen der Eisenbahn und der Kraftverkehrsirtschaft unter maßgeblicher Beteiligung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hergestellt werden.

Eine nachhaltige staatliche Förderung von zufälliger Produktion, insbesondere auch für den Export, sei erforderlich zum Ausgleich des Balanceneinstroms.

Es wurde beschlossen, eine Kommission unter Führung des Reichsbankpräsidenten einzufügen, die die mit diesem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängenden Finanzfragen bearbeiten und insbesondere allein und autoritativ bevollmächtigt sein soll, alle den Geld- und Kreditmarkt betreffenden Angelegenheiten zu regeln und zu überwachen, damit eine Störung des Geld- und Kreditmarktes durch falsche Dispositionen und durch Eingriffe nicht verantwortlicher Stellen nicht eintreten kann.

Die Finanzierung der Kredite erfolgt durch Wechselvereinbarungen bei der Reichsbank. Während in früheren Fällen für so gewährten Wechselkredit das Reich eine Garantie übernahm, gibt es jetzt als Sicherheit die Arbeitsbeschaffungswertungen.

Ein Dementi Darrés.

Die Pressestelle des Amtes für Agrarpolitik bei der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: Die durch mehrere Siedlungskorrespondenzen gelauftene Mitteilung, daß der Entschuldungsplan des Reichsnährungsministers Hugenberg von Seiten Darrés anerkannt worden sei, entbehrt der Begründung, da seit der Feststellung der gegenseitigen Auffassung in der Zinsfrage zwischen Hugenberg und Darré keinerlei weitere Aussprachen stattgefunden haben.

Die Entschuldung der deutschen Landwirtschaft.

Das Reichskabinett verabschiedete in der gleichen Sitzung das vom Reichsnährungsminister Dr. Hugenberg vorgelegte Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldenverhältnisse, das eine grundlegende Neugestaltung des landwirtschaftlichen Kreditwesens enthält und für die Landwirtschaft eine wesentliche Erleichterung der Zinsen herbeiführt.

Die Maßnahmen dieses Gesetzes liegen einerseits auf dem Gebiete der Wiederherstellung eines Reinertrages der landwirtschaftlichen Betriebe, andererseits in der Richtung einer Lösung der Schulden, die seit 1924 um die Landwirtschaft gelegt sind. Der letzteren Aufgabe soll dies Gesetz dienen.

Entschuldungsverfahren.

Die Entschuldung soll die Voraussetzungen für eine allmähliche Zurückführung der Entschuldung bis auf die Grenze der Mündlichkeit schaffen. Die Festlegung der Mündlichkeitsgrenze, die im allgemeinen zwei Drittel des Grundstückswertes beträgt, ist den Durchführungsverordnungen überlassen.

Das im Gesetz vorgesehene Entschuldungsverfahren zerfällt in zwei Abschnitte. Im ersten Abschnitt besteht die Möglichkeit einer Kapitalkürzung nicht. Ist die Entschuldung so nicht durchführbar, so kann das Verfahren in den zweiten Abschnitt übergeleitet werden, indem die Möglichkeit von Kapitalkürzungen im Wege des Zwangsvergleichs besteht, und für dessen Dauer ein beiderer Vollstrechungsschutz gilt.

Die Entschuldung soll von Entschuldungsstellen im Zusammenhang mit den Amtsgerichten durchgeführt werden. Entschuldungsstellen kann eine öffentliche oder unter Staatsaufsicht stehende Kreditanstalt, eine unter Deckung ihrer gemeinschaftlichen Zentralfonds arbeitende landwirtschaftliche Genossenschaft, oder eine sonstige Kreditanstalt oder gemeinnützige Siedlungsgesellschaft sein. Dem Schuldner ist es überlassen, sich unter den zugelassenen Instituten eine Entschuldungsstelle zu suchen. Bringt er die Sichererklärung eines geeigneten Kreditinstituts bei, so hat das Amtsgericht dieses Institut zu bestellen. Die Entschuldungsstelle hat zunächst zu versuchen, ohne einen Zwangsvergleich auszukommen. Gläubiger der nicht durch eine mündlichere Hypothek gesichertenforderungen, soweit sie am 13. Juli 1931 bestanden, müssen sich folgende Eingriffe gestatten lassen:

- a) Herabsetzung des Zinssatzes auf 4,5 v. H. in den ersten drei Jahren erhält der Gläubiger ein weiteres vom Hundert vom Reich,
- b) Umwandlung der Forderung in eine unkündbare Tilgungsforderung; die jährliche Tilgung kann zwischen 0,5 und 5 v. H. vereinbart werden; im Streitfall erfolgt die Festsetzung durch das Amtsgericht zwischen 0,5 und 2 v. H.
- c) die Tilgungsrate werden an die Entschuldungsstelle gezahlt, die dem Gläubiger das Kapital auszahlt, sobald die Tilgung beendet ist. Forderungen, die nach dem 12. Juli 1931 entstanden sind, werden hier ausgezahlt.

Läßt sich mit diesen Maßnahmen die Entschuldung durchführen, so hat die Entschuldungsstelle einen Entschuldungsplan aufzustellen, der vom Amtsgericht bestätigt wird.

Ist dagegen die Entschuldung ohne Zwangsvergleich nicht durchführbar, so hat die Entschuldungsstelle zu prüfen, ob die Entschuldung im Wege eines Zwangsvergleichs durchführbar ist. Besteht sie diese Frage, so hat sie die Aufhebung des Entschuldungsverfahrens zu beantragen, andernfalls erbittet sie mit Zustimmung des Gläubigers beim Amtsgericht die Ermächtigung zum Abschluß eines Zwangsvergleichs.

Zwangsvergleich.

Im Wege des Zwangsvergleichs sollen alle Forderungen, die nicht durch eine mündlichere Hypothek gesichert sind, bis auf die

hälfte gekürzt werden. Roggen- und Sachwertschulden ebenfalls. Die Gläubiger erhalten in diesem Falle als Ertrag Reichsschuldbuchforderungen. Hinsichtlich Forderungen von Pfandbriefanstalten, eine Kürzung ist unzulässig bei jeder Forderung, wenn der Gläubiger mit der Herausübung der Verzinsung und Tilgung seiner Forderung bis zur Tilgung anderer Schulden des Betriebes einverstanden ist, und wenn unter dieser Voraussetzung die Entschuldung durchführbar erscheint.

Rückständige Steuern und öffentliche Abgaben unterliegen gegen der Kürzung, wenn sie vor dem 1. Februar 1932 fällig geworden sind. Für diese Forderung ist besonders bedeutsam, daß Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände keine bessere Behandlung verlangen können, als die am meisten gekürzte, nicht mündlichere Hypothek. (In Polen hat das Gesetz zur Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe leider nicht eine gerechte Verteilung der Lasten vorgenommen. D. Red.) Die öffentliche Hand soll im Gegenzug zu manchen früheren Geplänen mit der Erleichterung des Vergleiches vorangehen. (In Polen ist die öffentliche Hand auf dem Wege zum Vergleich leider nicht vorangegangen. D. Red.)

In dem von der Entschuldungsstelle aufgestellten Vergleichsvorschlag sind für die Verzinsung und Tilgung 4½ Prozent zu berechnen (in den ersten drei Jahren zahlt das Reich ein Prozent zu).

Versteigerungsverfahren.

Den von der Entschuldungsstelle aufgestellten Vergleichsvorschlag hat das Amtsgericht den betreffenden Gläubigern unter Besichtigung einer Widersprüchlichkeit zu gestalten. Wenn diesem Vergleichsvorschlag weniger als die Hälfte des betroffenen Kapitals widerspricht, so ist der Vorschlag angenommen, andernfalls ist er abgelehnt. Für die Abstimmung kommt nur das nicht minderliche Kapital in Frage. Die Entschuldungsstelle gibt an Stelle des Gläubigers das Widerspruchrecht aus, bei Forderungen, die sie erworben hat, oder für die der Gläubiger Ertrag in Gestalt von Reichsschuldbuchforderungen erhält. Damit ist der Entschuldungsstelle die Möglichkeit gegeben, durch Erwerb von Forderungen die Ablehnung des Vergleichsvorschlags zu verhindern. Wird der Vorschlag trotzdem abgelehnt, so kann das Amtsgericht der Entschuldungsstelle auf ihren Antrag gestatten, das Grundstück zur Zwangsversteigerung zu bringen, wenn sie eine Forderung gegen den Schuldner erworben hat.

Die Beschaffung von Mitteln.

Die Entschuldungsstellen erhalten für jedes Entschuldungsverfahren als Unkostenzuschuß aus der Reichskasse eine Pauschalvergütung, die sich nach der Größe des entzuldeten Betriebes richtet, außerdem einen einmaligen Risikoauszahlung. Die für Vorauszahlung erforderlichen Beträge werden in Form von vierzehn Schätzungen in Höhe von 800 Millionen RM der Rentenbankkreditanstalt zur Verfügung gestellt, die diese Mittel an die Entschuldungsstellen ohne jede Sicherung weiterzuzahlen hat. Die Rückzahlung dieser Kredite erfolgt aus den eingehenden Tilgungsbeträgen. Außerdem ist eine weitgehende Lombardierung für die auszugebenden Entschuldungspfandbriefe vorgesehen.

Entschuldung durch Landabgabe.

Das Gesetz sieht weiter die Möglichkeit einer Entschuldung durch Landabgabe durch den Betriebsinhaber vor. Die nähere Regelung erfolgt in den Durchführungsbestimmungen.

Rechtsverhältnisse der Entschuldungsbetriebe.

Betriebe, die nach den Vorschriften dieses Gesetzes entzuldet sind, sollen mit Realcredit nur innerhalb der Grenze der Mündlichkeit in Zukunft belastet werden dürfen. Der restliche Wert des Grundstückes gilt als mit einer Sicherungshypothek ausgenutzt der Rentenbankkreditanstalt belastet. In Rahmen dieser Sicherungshypothek können jedoch Personalkredite aufgenommen werden.

Mündlichere Hypotheken werden in unkündbare Tilgungsforderungen mit einem Zinssatz von 4½ v. H. und einer Tilgung zwischen ½ und 5 v. H. umgewandelt. Der Gläubiger soll seine mündlichere Hypothek in Pfandbriefe umtauschen können, die mit 4 v. H. verzinslich sind. Mit der Ausgabe dieser Pfandbriefe soll der Konvertierung der jetzt im Umlauf befindlichen sechsprozentigen Pfandbriefe in vierprozentige Pfandbriefe der Weg gegeben werden.

Durchführung der Entschuldung im Ostgebiet.

Das Gesetz sieht die sofortige Aufhebung des Reichskommissariats für die Ostküste und seine Eingliederung in das Reichsnährungsministerium vor. Die Landstellen sollen bis zum 31. 12. 1932 aufgelöst sein. Neue Entschuldungsanträge im Ostgebiet richten sich nach den Vorschriften des neuen Gesetzes. Dabei wird auch hier eine Kürzung der ersten Hypothek zugelassen, soweit sie die Mündlichkeitsgrenze übersteigt. Ferner ist eine Kürzung von Roggen- und anderen Sachwertlagen möglich. Ist in den Ostgebieten eine Entschuldung nach den vor dem 15. März 1932 geltenden Vorschriften durchgeführt, so kann eine nochmalige Nachprüfung dieser Betriebe erfolgen.

Das Gesetz sieht zum Schluss eine Reihe von Strafbestimmungen vor.

Rechts-beistand

St. Banaszak Bydgoszcz

ul. Cieszkowskiego 4
Telefon 1304.
Bearbeitung von allen, wenn auch schwierigsten Rechts-, Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Miet-, Erbschafts- und Gesellschaftssachen usw. — Erfolgreiche Seiteitung von Forderungen. Langjährige Praxis!



Wir empfehlen:
Hackmaschinen-Schare aller Sorten zu „Pflanzenhilfe“, „Dehne“ etc. in allerbeste Qualität bei billigsten Preisen

Pflugschare
Streichbretter und Anlagen gebohrt und ungeböhrt

Kultivator-Zinken und -Schare
Sämtliche Pflugschrauben

Drillscharrspitzen aller Systeme
Mähmaschinen-Ersatzteile

in größt. Auswahl Schlägleisten zu Dreschmaschinen
Kugellager

Mahlscheiben zu Schrotmühlen
Lokomobil.-Roste

Milchzentrifugen-Ersatzteile sowie alle übrigen Teile zu landw. Maschinen.

Reparaturen gut und billig.

Anna Bittdorf,
Pomorska 22, 2209

Telefon 1923

Oberschles.

Steinkohlen-Hüttenkoks Briketts und Holz

liefert in jeder Menge

Gustav Schlaak,

ul. Marcinkowskiego 1

Nicht identisch mit Fa. Schlaak & Dabrowski.

Telefon 1923

Pelikan-Füllhalter

früher . . . zl 36.—

jetzt . . . zl 32.—

in allen Federbreiten am Lager.

A. Dittmann,
T. z. o. p.
Bydgoszcz,
Marsz. Focha 6
Telefon 61.

4330

Gebr. Schlieper

Tel. 306 Tel. 361

Holz- Eisenpump.

Wasserleitung. a. Holz-

rohre baut . . . 1967

Syphonti, Koronowo.

4330

Gebr. Schlieper

Wasserleitung. a. Holz-

rohre baut . . . 1967

Syphonti, Koronowo.

4330

Gebr. Schlieper

Wasserleitung. a. Holz-

rohre baut . . . 1967

Syphonti, Koronowo.

4330

Gebr. Schlieper

Wasserleitung. a. Holz-

rohre baut . . . 1967

Syphonti, Koronowo.

4330

Gebr. Schlieper

</div

Bromberg, Sonntag den 4. Juni 1933.

Pfingsten.

Von Emanuel Seibel.

Das Fest der Pfingsten kommt, im Hall der Glocken,
Da jauchzt in Frühlingsschauern die Natur.
Auf jedem Strauch des Waldes und der Flur
Schwebt eine Ros' als Flamme mit Frohlocken.

O Geist, der einst in gold'nem Feuerflocken
Aufs Haupt der Jünger brausend niederfuhr,
Von deinem Reichtum einen Funken nur
Herniedersend' ihn auf des Sängers Locken.

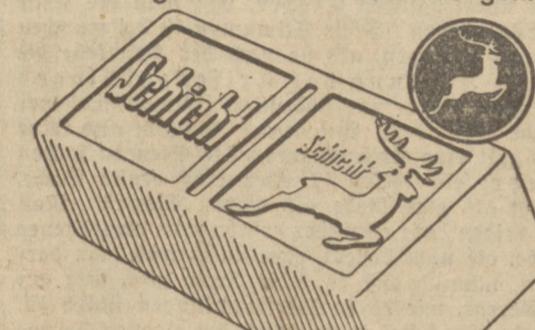
Ich weiß es wohl, nicht würdig bin ich dein,
Doch hast du nie die Tugend ja gemessen,
Der Glaube zieht, die Sehnsucht dich allein.

Der Armen hast du nimmermehr vergessen,
Du kehrtest in der Fischer Hütten ein,
Und an der Sünder Tisch bist du gesessen.



Ihr treu sein, lohnt!

Längst haben Sie ihren Wert erkannt—
Hirschseife möchten Sie nie mehr entbehren.
ALSO: Achten Sie ganz genau auf die
echte Schutzmarke HIRSCH. Dann sind Sie
geschützt vor Nachahmungen.

SCHICK SEIFE
MARKE HIRSCH

R.P.

Das Genfer Komödienspiel.

Die unterbrochene Abrüstungskonferenz.

Nach der Kanzler-Rede vom 17. Mai und der Kojevelt-Botschaft, die die Hoffnungen der Franzosen und ihrer Freunde auf die Sprengung der Konferenz, für deren Scheitern man Deutschland verantwortlich machen wollte, zerstörten, schien es einen Augenblick so, als ob man in Genf nunmehr vorwärts kommen würde. Aber weit gefehlt! Nachdem die Konferenz alsbald wieder in ihre seit Jahren geübte Scheintätigkeit zurückgefallen war, hat sich jetzt der Hauptrausch auf einen Monat verlängert. Lediglich das Konferenzpräsidium bleibt zusammen. Die Hoffnung auf einen einigermaßen erträglichen Abschluß der Beratungen noch vor dem Zusammentreffen der Weltwirtschaftskonferenz hat sich mithin nicht erfüllt.

Mit ihrer ausgesprochenen Verschleppungspolitik haben Frankreich und die ihm nahestehenden Staaten nach wie vor jede praktische Abrüstung in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht sabotiert. Das zeigte sich Punkt für Punkt bei der Beratung des englischen Abrüstungsvorschlags. Die Gegenseite in der Flottenfrage sind unüberbrückt und scheinen unüberbrückbar. Nach wie vor ist Frankreich nicht bereit, dem Londoner Flottenabkommen beizutreten; anscheinend will es diesen Trumpf England und Italien gegenüber in der Hand behalten. Die französischen „Bugeständnisse“ in der Frage der Luftabstützung sind lediglich Spiegelreiche. Im Grunde genommen soll alles beim Alten bleiben. Die Franzosen, und ebenso die anderen Lustmächte, werden auch nicht ein einziges ihrer Kriegsflugzeuge aufgeben; denn die nach dem englischen Plan theoretisch zur Abschaffung gelangenden Flugzeuge brauchen nicht zerstört zu werden, sondern können anderen Zwecken zugeführt werden. Nur die totale Abschaffung der Luftwaffe, sowie ein uneingeschränktes Bombenabwurfsverbot kann allen Völkern auch auf dem Luftgebiet die qualitative Gleichberechtigung und die gleiche Sicherheit gewährleisten. Der unsinnige Beschluß des Effektivausschusses, 39 000 Mann Schutzpolizei auf die deutsche Heeresstärke anzurechnen — mit Recht hat Deutschland gegen diese eiszeitige Behandlung protestiert — zeigt erneut, daß man für Deutschland immer noch andere Maßstäbe anlegt als für die anderen Länder. Man vergefährte sich nur die Tatsache, daß im Verhältnis der Wehrmacht zur Bevölkerungszahl in Deutschland nur ein-einhalf ausgebildete Soldaten auf 1000 Einwohner fallen, bei Polen dagegen 7, bei Frankreich 8, bei Belgien acht-einhalf und bei der Tschechoslowakei neuneinhalf Soldaten! Der französische Antrag in der Frage der Kontrolle der privaten Waffenherstellung zielt ebenfalls deutlich auf die Verhinderung der praktischen Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Rüstungsgebiet ab. Frankreichs Rüstungsindustrie ist zu 80 v. H. staatlich, während die deutsche fast ganz in privaten Händen liegt. So entpuppt sich diese Besorgnis um die Waffensfabrikation als eine ganz impertinente Heuchelei!

Bei allem verschant sich Frankreich hinter seinen Sicherheitsforderungen, die es je nach Belieben variiert und verschärft. Die von den Amerikanern angebotenen Sicherheitsverpflichtungen genügen Frankreich noch lange nicht. Anderseits will England, wie Sir John Simons Unterhausrede beweist, keine weiteren Bindungen in der Sicherheitsfrage mehr übernehmen; es zieht sich auf die „angelsächsische Linie“ zurück. Angelsächsisches Denken unterscheidet sich nach Sir John Simons vieldeutiger Auslegung von kontinentalem Denken. Immer mehr scheint England, auf das in der Abrüstungsfrage nicht der geringste Verlust ist, seine Politik auf eine Vergaltung der Abrüstungs-Entscheidung einzustellen zu wollen. Amerikas Ruhezuflucht über den Gang der Ereignisse in Genf, wie sie im Telephonengespräch Roosevelts mit dem englischen Außenminister zum Ausdruck kommt, ist durchaus verständlich; aber ob die Vereinigten Staaten auf Frankreich einen Druck ausüben und seine Drohung wahrnehmen werden, sich völlig von den europäischen Angelegenheiten fernzuhalten, nachdem sie sich eben erst in sie eingeschaltet haben, erscheint denn doch recht zweifelhaft.

So wurde bei der ersten Beratung des englischen Planes auf keinem Gebiete, weder auf dem der praktischen Abrüstung, dem der Materialbeschränkung und dem der Einschränkung der Truppenbestände, noch auf dem der Sicherheit das geringste positive Ergebnis erzielt. Die Konferenz hat sich rettungslos in eine Sackgasse verirrt.

Da man nicht den Mut aufbrachte, vor der Weltöffentlichkeit mit einer Vertagung der Konferenz das Fiasko offen einzugehen, fand man nach altem Genfer Muster eine Verlegenheitslösung. Das aus Vertretern von 14 Staaten zusammengesetzte Konferenzpräsidium hat nunmehr einen Monat Zeit, nach neuen, vermittelnden Lösungen zu suchen. In Wirklichkeit glaubt wohl niemand bei den turmhohen Gegensätzen zwischen den einzelnen Mächten und Mächtegruppen, nicht nur zwischen den Franzosen und ihren Anhängern auf der einen und den abrüstungswilligen Staaten auf der anderen Seite, an die Möglichkeit eines Ausgleichs. Dass zwischen dem 12. Juni, dem Zusammentreffen der Weltwirtschaftskonferenz, und dem 27. Juni in Genf etwas Entscheidendes geschieht, erscheint ausgeschlossen.

Nach dem 27. Juni wird das alte Komödienspiel von neuem beginnen. Zweifellos wird man dann versuchen, mit einer bedeutungslosen Konvention, ähnlich der vom 23. Juli 1932, das ganze Abrüstungsproblem auf fünf Jahre zu verschieben. Deutschland dürfte sich auf ein lendenhaftes Kompromiss nicht einlassen; es wird eine klare Entscheidung fordern, die dem deutschen Rechtsstandpunkt Rechnung trägt. Die Möglichkeit, daß Deutschland zum zweiten Mal die Konferenz verlässt, ist dann wieder in die Nähe gerückt. Da gilt es schon jetzt, die Schuldfrage klarzustellen für das Scheitern der Konferenz: Lediglich Frankreich und seine Anhänger sabotieren gegenüber dem deutschen Verständigungswillen nach wie vor jede Abrüstung und erweisen sich damit als die Störenfriede für den europäischen Frieden.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß vor dem Zusammentreffen der Weltwirtschaftskonferenz etwas zur Ent-

spannung der politischen Lage geschehen muß, ist man mit Hochdruck am Werke, wenigstens den Vier-Mächte-Pakt doch noch zum Abschluß zu bringen. Das Gerücht allerdings, bewußt von der Gegenseite ausgestreut, daß die Paktverhandlungen bereits so gut wie zum Zielle geführt und die Unterzeichnung nur noch eine Frage von Tagen sei, trifft nicht zu. Im Augenblick steht der genaue Inhalt des Vier-Mächte-Paktes, der eine Zusammenarbeit der vier europäischen Mächte Deutschland, Italien, Frankreich und England für die nächste Zukunft gewährleisten soll, noch nicht fest. Aber soviel dürfte sicher sein, daß er gegenüber dem großzügigen ursprünglichen Plane Mussolinis wesentliche Veränderungen aufweisen und im Sinne Frankreichs und seines Anhangs „entgiftet“, das heißt: entwertet sein wird. Wenn die Kleine Entente, die früher der lauteste Rüfer im Streit und schärfste Gegner des Vier-Mächte-Paktes war, ihren Widerstand aufgegeben hat, so gibt das zu denken. Allem Anschein nach hat sich der französische Standpunkt weitgehend durchgesetzt. Und dieser Standpunkt ist: Abschaffung der Revisions-Idee auf den Völkerbund, Beschränkung auf die Beschlüsse des Völkerbundes — ob die Beschlüsse mit Einstimigkeit oder mit Mehrheit gefasst werden sollen, ist insofern gleichgültig, als Frankreich über die Mehrheit im Völkerbund bei dessen gegenwärtiger Zusammensetzung verfügt — Verknüpfung des Revisionsartikels 19 mit dem Sanktionsartikel 16 und mit dem Artikel 10 der politischen Unabhängigkeit der einzelnen Staaten. Das Hauptgewicht scheint Frankreich auf den Einbau der Sanktionen in den neuen Pakt legen zu wollen. In diesem Sinne gewinnen die Gerüchte von neuen französischen Maßnahmen an Tragweite und Bedeutung. Bei allem liegt für den Deutschen wahrlich kein Anlaß vor, einen solchen Pakt mit besonderer Freude zu begrüßen. Nur wenig wäre erreicht, nur ein sehr beiderseitiger Anlauf, die Gleichberechtigung durchzusetzen.

Noch ein Grund gegen die Abrüstung.

Ietzt, da die Abrüstungskonferenz in Genf zum höchsten kritischen Punkt gelangt ist, unternimmt eine ungenannte französische Dame in origineller Weise noch den Versuch, die Abrüstung zu vereiteln. Nach ihrer Ansicht ist der Versailler Vertrag in der Beschränkung und Fesselung Deutschlands noch nicht weit genug gegangen; er müßte daher durch weitere Klauseln noch verschärft werden. Unter Berufung auf Blättermeldungen aus dem Jahre 1932 über gelungene Versuche von deutschen Gelehrten, in einem Laboratorium auf dem Monte Generoso Atome zu zertrümmern, schreibt die ehrenwerte Dame in der „Action Française“:

„Es ist ein Zufall, daß man neulich von der Existenz eines Laboratoriums auf dem Monte Generoso Kenntnis erhalten hat, wo mehrere deutsche Gelehrte die in jener Gegend besonders stark elektrisch geladene Atmosphäre zu Versuchen benutzt, Atome zu zertrümmern. Nach Mitteilungen der Schweizer Presse hätten die Gelehrten auf dem Monte Generoso tatsächlich Erfolg gehabt; mit Hilfe einer Energie von drei Millionen Volt hätten sie Blei, das im Quarz enthalten war, spalten können. Bei diesem Versuch habe man festgestellt, daß Ratten, die etwa einen Meter von der Versuchsstelle entfernt waren, sofort getötet wurden. Man habe daraus geschlossen, daß von dem zerstörten Atom unsichtbare tödliche Strahlen ausgehen, und es sei auch gelungen, diese unsichtbaren tödlichen Strahlen bis auf eine Entfernung von vier Kilometern weiterzuleiten. Die Bedeutung dieser Entdeckung sei unberechenbar, da sie gestatten würde, Lebewesen durch absolut unsichtbare Kräfte zu töten.“

Deutschland, das so gebieterisch die Rüstungsgleichheit verlangt, das sich als unschuldiges Opfer des Versailler Vertrages ausgibt, sagt niemals etwas davon, daß dieser Vertrag, der aus Schwäche (auf französischer Seite) so viele Abänderungen erfahren hat, den Deutschen Laboratorien belassen hat, die sich zwar Industrie-Laboratorien nennen, die aber unsichtbare Strahlen erzeugen, die Lebewesen auf eine Entfernung von vier Kilometern zu töten vermögen. Hier ist eine furchtbare Waffe vorhanden, von der gelegentlich Gebrauch zu machen sich Deutschland nicht scheuen würde, wie das Jahr 1914 gezeigt hat. Warum reden alle diejenigen, die die Abrüstung wollen, niemals von diesen Laboratorien. Wie kommt es, daß es

nur ein Zufall war, daß man von der Existenz des Laboratoriums auf dem Monte Generoso Kenntnis erhielt, und warum machen die deutschen Gelehrten Versuche zur Zertrümmerung der Atome? Kann man über diese Versuche nicht auf der Abrüstungskonferenz reden?*

In der Tat: fürchterlich! Man denkt: Was nützt den Franzosen die chinesische Mauer, die sie zum Schutz gegen die „deutschen Barbaren“ an ihrer Grenze errichtet haben, nachdem diese Barbaren ein Mittel gefunden haben, das auf 4 Kilometer Entfernung tötet. Die Mauer selbst bietet keinen Schutz, wenn man deren menschliche Besatzung durch unsichtbare, absolut tödliche Strahlen unschädlich macht. Und das ist offensichtlich kinderleicht. Statt einer wohlorganisierten Armee gehen ein paar harmlos ausschendende deutsche Gelehrte bis auf 4 Kilometer an die Grenze, spalten ein paar Atome, und die ganze Besatzung der Mauer, der Unterstände etc. etc. ist erledigt. Der Einmarsch nach Frankreich ist frei!

Doch halt: einige Kleinigkeiten fehlen noch, um diese Operation vorzunehmen, nämlich die 4 Millionen Volt, die zu der Atomspaltung nötig sind, und die leider nur in der Nähe des Gipfels des Monte Generoso zu finden sein werden. Aber der Findigkeit der deutschen Barbaren ist alles zuzutrauen: im Notfalle werden sie den Monte Generoso selbst an die deutsch-französische Grenze heranzubringen.

Ist dies schon Wahnsinn, so hat er doch Methode. Mit dieser Methode geht die furchtbare Naturtötung in Hand. Die besorgte Vertreterin der holden französischen Weiblichkeit fragt in ihrer Einfalt, warum die Deutschen Atome spalteten. Nun, wir wollen ihr das verraten: Sie tun es mit Forschern in aller Welt, um den Rätseln der Natur, die uns trotz aller Fortschritte der Forschung noch überall umgeben, soweit dies überhaupt möglich ist, nachzuspüren. Und sie werden es weiter tun — nicht aus Vernichtungswillen, sondern im Interesse der Menschheit.

Dass die Station auf dem Monte Generoso ein geheimes Unternehmen war, ist reine Phantasie; sie ist aller Welt bekannt gewesen.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Die Wirtschaftskrise in Polen und die Krisensteuern.

Wir haben bekanntlich seit einiger Zeit eine sogenannte Krisensteuer, die als Zuschlag zu der Staatseinkommensteuer und zu der städtischen Immobiliensteuer erhoben wird. Da der Wirtschaftskongress des BB-Klubs, der kürzlich in Warschau getagt hat, daß vorhanden sei in einer Krise gelegen hat, so wäre es — mein die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“, dann an der Zeit, die Krisensteuern zu streichen. Das genannte Warschauer Blatt spricht sich für diesen Gedanken in einem längeren Artikel wie folgt aus:

Der Wirtschaftskongress des BB-Klubs beschloß, daß es keine Krise gibt, sondern nur eine Krisen-Psychose, gegen die man anstrengen muß. Die Teilnehmer an dem Kongress sind in freundiger Stimmung weggefahren, da sie endlich den unerträglichen Drachen, den man die Krise nennt, besiegt haben. Diese Stimmung ist bei manchen von ihnen schnell verflogen, als sie nach der Heimkehr die Aufforderung zur Zahlung des Krisenzuschlags zur Einkommensteuer oder zur städtischen Immobiliensteuer auf ihrem Tische vorsanden. Wie denn? Es gibt also keine Krise; aber es gibt eine Krisensteuer! Die Steuern stützen sich auf Gesetze; ein Gesetz ist aber eine ernste Sache, ernster vielleicht als eine Rede des Herrn Stawek. Man kann eins von beiden tun: entweder erhebt man eine Steuer von einer Sache, die nicht besteht, oder alles, was man darüber gesagt hat, nämlich daß es keine Krise gibt, war ein gewöhnliches Gerede, wie es in Versammlungen üblich ist. Der Unparteiische Block fiel in das Netz der eigenen Demagogie. In den Regierungsprojekten für die beiden genannten Steuern war das Wort „Krisis“ überhaupt nicht enthalten. Die Regierung schlug einfach eine dauernde Erhöhung der Immobiliensteuer um über 40 Prozent vor und einen außergewöhnlichen Zuschlag zur Einkommensteuer an Stelle des bisherigen gleichfalls außergewöhnlichen Zuschlags von 10 Prozent. Der Unparteiische Block konnte diese Steuern nicht gut ablehnen, und um die bittere Pille irgendwie für die Steuerpflichtigen, die ja die Wähler sind, zu versüßen, nannte er den Zuschlag zur Einkommensteuer den Krisenzuschlag. Aus der Erhöhung der Immobiliensteuer machte er gleichzeitig eine Krisensteuer. In beide Gesetze wurde die Bestimmung aufgenommen, daß sie an dem Zeitpunkt außer Kraft gesetzt werden, den eine Verordnung des Ministerrats bestimmt. Aus der Bezeichnung der beiden Steuern ergibt sich von selbst, daß dieser Termin das Ende der Krise bezeichnen wird.

Aber was nun? Der Kongress gab das Ende der Krise schon bekannt. Vertreter der Regierung nahmen an den Beratungen des Kongresses aktiven Anteil. Es sprach u. a. der Ministerpräsident Jodzzejewicz und als Zuhörer waren andere Minister anwesend. Wenn die Regierung die Beschlüsse des Kongresses ernst nimmt, so müßte sie daraus die Konsequenzen auch auf dem Steuergebiet ziehen und die Krisenzuschläge aufheben, wozu sie auf Grund des Ermächtigungsgesetzes das Recht hat. Wenn die Regierung, wie wir annehmen, diese Konsequenzen nicht zieht, so bedeutet das, daß die Krise noch besteht, d. h. daß der Kongress eine Dumme gemacht hat.

Eines der offiziellen Ziele des Kongresses war die Anregung an das verborgene Kapital zur Investierung. Es ist klar, daß die Grundbedingung hier die Zahlungsfähigkeit ist, und diese hängt von den verschiedenen Lasten ab, d. h. also auch von den Steuern.

Vor gestern enthielt die „Gazeta Handlowa“ einen Artikel des Ingenieurs Rogowski, des Vorsitzenden des Verbandes der polnischen Eisenhüttenleute, der auf die Frage, weshalb das Auslandskapital Polen meiden (der Verfasser nennt ausdrücklich das französische Kapital), antwortete, daß die Ursache dieser Ercheinung in der übergrößen Belastung der in Polen arbeitenden Kapitalien durch Steuern und soziale Leistungen ruht. Diese Worte beziehen sich offenbar nicht allein auf die Auslands- kapitalien, sondern auch auf das im Lande gehämmerte Geld. Die Referenten auf dem Kongress des BB bemühten sich, aufzuzeigen, daß eine allgemeine Herabsetzung des Lebensstandes und der Lebensbedingungen eingetreten ist, und daß wir uns auf einer neuen Plattform befinden, auf der man bauen müsse. Leider ist dies nicht der Fall. Die öffentlichen Lasten, die auf der neuen Plattform machen, haben sich nicht verringert. Wenn die Krisensteuern nicht in der nächsten Zeit aufgehoben werden, dann gibt es nur ein Mittel, den BB-Kongress vor der Kompromittierung zu retten, nämlich die Beseitigung des Eigenschaftswortes „krisenhafte“ aus den Titeln dieser Steuern. Man könnte das Wort ersehen durch den Ausdruck „zur Sanierung“, das würde bedeuten: zur Sanierung des Budgets. So erhält auch der Staatschatz das Seine und der Unparteiische Block wird nicht von dem ersten Besen verspottet werden, der an die Stimmung im Kongress geglaubt hat, daß es keine Krise gibt.“

Radikalisierung des polnischen Bauern.

Die Entschlüsse des Kongresses der Volkspartei.
(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am Sonntag, 28. v. M., wurde der Kongress der (bürgerlichen) Volkspartei, zu dem gegen 300 Delegierte von 170 Bezirksorganisationen teilgenommen haben, geschlossen. Das Material und der Verlauf der Beratungen gaben interessante Einblicke in die rüttige Wirklichkeit der noch immer einflußreichen Bauernpartei. Aus dem Berichte, den der Präs des obersten Vollzugsomitees der Partei Dr. Stanisław Wrona erstattete, geht hervor, daß die Volkspartei über 6000 lokale Organisationen mit 120 000 zahlenden Mitgliedern verfügt.

Die Aussprache während des Kongresses erwies eine weit vorgeschriften Radikalisierung der Stimmungen und Bestrebungen in den Bauernmassen und erwies auch, was bezeichnend ist, daß eine völlige Übereinstimmung in den grundsätzlichen Ansichten und Forderungen innerhalb der aus der Vereinigung von drei Parteien entstandenen Volkspartei besteht. Der Kongress befandt eine scharfe oppositionelle Haltung gegen das herrschende System.

Unter den vom Kongress gefassten Entschließungen ist diejenige, welche die Agrarreform betrifft, besonders hervorzuheben. In dieser Entschließung heißt es: „Die Volkspartei verlangt die unverzügliche Übernahme durch den Staat ohne Entgelt — der großen Ländzitter, insbesondere für rückständige Steuern und Schulden in den staatlichen Banken, sowie derjenigen Güter, deren Einkommen im Aus-

lande angelegt sind.“ Diese Entschließung wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

In den politischen Entschließungen wurde die von der Partei und dem parlamentarischen Klub eingehaltene Kampflinie gegen das Sanierungssystem gutgeheissen. Zugleich rückte aber die Volkspartei auch von der Rechtsopposition, insbesondere vom nationaldemokratischen Lager ab. Die betreffende Entschließung lautete:

„In Abetracht dessen, daß manche politischen Gruppen Sympathien für den Faschismus und sogar in gewissem Maße

Sympathien für den Hitlerismus

bekunden, erklärt der Kongress der Volkspartei, daß er, indem er die jetzige Diktatur bekämpft, dies aus grundsätzlichen Beweggründen tut und daher rücksichtslos gegen jeden auftreten wird, der irgend eine Diktatur in Polen einführen wollte.“

Der Kongress hat sich auch mit der Erörterung der internationalen Lage beschäftigt. Ein eingehendes Referat über außenpolitische Probleme hielt Dr. Zygmunt Grabski, welcher die Ansicht vertrat, daß Polen in seiner Außenpolitik mit den demokratischen Staaten zusammenzuarbeiten habe. Als eine der Grundbedingungen für die Erfüllung eines entsprechenden Ansehens und Einflusses Polens im Auslande bezeichnete er die Rückkehr zu einem demokratischen Regierungssystem.

Aus dem Sejm.

Enthüllung einer Holowko-Büste. — Eine Rede des Ministerpräsidenten Jodzzejewicz im BB-Klub.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am 1. Juni vormittags versammelten sich im Sejmgebäude die Mitglieder des parlamentarischen Klubs des Regierungsblocks und die meisten Mitglieder der Regierung zu einer Feier, an welche sich eine Sitzung anschloß.

Die Feier bestand in der Enthüllung der Büste des tragisch aus dem Leben geschiedenen Abgeordneten Tadeusz Holowko. Die Büste wurde in der an den Beratungssaal des Sejm angrenzenden großen Halle aufgestellt. Der Feier, die um 10.30 Uhr begann, wohnten auch Mitglieder des Philaret-Bundes und die Familie des Verstorbenen bei. Ministerpräsident Jodzzejewicz hielt eine Gedächtnisrede, worauf die Büste enthüllt und das Andenken des Gesinnungsfreundes in eindrucksvoller Stille, die einige Minuten währt, geehrt wurde.

Nach der Enthüllungsfeier fand im Sejmgebäude eine Plenarsitzung des Regierungsklubs statt.

Die Konseriativen im Regierungsbloc.

In der „Gazeta Warszawska“ veröffentlicht der nationaldemokratische Parteiführer Abg. R. Rybarski einen längeren Artikel, in dem er auf die traurige Stellung der Konseriativen innerhalb der Regierungspartei im Vergleich zu den übrigen Mitgliedern des Blocks hinweist. Wir heben aus diesen Betrachtungen folgende Sätze hervor:

„Nicht mit allen Schritten der Regierung sind in der letzten Zeit die Sanierungs-Konseriativen und das große Kapital, das mit der Regierung zusammenarbeitet, einverstanden. Es ist schwer festzustellen, wie weit der Einfluß dieser Kreise reicht, seitdem sie sich verringert haben. Es hat dies übrigens keine große Bedeutung, da sowohl der landwirtschaftliche Großbesitz und die Aristokratie, die sich dem jüngsten Regime untergeordnet hat, als auch die sogenannten wirtschaftlichen Kreise keine selbständige politische Macht darstellen. Im Grunde ist es gleichgültig, ob diese Elemente von der Sanacja abspringen oder nicht, da sie, auch wenn sie abspringen würden, nicht wissen, was sie mit sich anfangen sollen. Aber ungemein charakteristisch ist es, daß diese Elemente von den entscheidenden Stellen der Sanacja leichtfertig behandelt werden. Auf Schritt und Tritt müssen sie empfinden, daß man, obgleich sie alles tun, was man sie heißt und auf Antrag die „erste Brigade“ mitsingen, die Revolution von 1905 und die Umrüstung im Jahre 1926 loben, in ihnen etwas Fremdes sieht, dem man nicht trauen darf und das man auch nicht übermäßig zu schätzen braucht. Es erklärt sich leicht, warum dies so ist. Die Konseriativen und die wirtschaftlichen Kreise traten der Sanacija nach deren Sieg bei. Sie eilten, wie der Franzose sagt, „au secours du vainqueur“, („dem Sieger zu Hilfe“). Keine politische Gruppe wird, solange es ihr gut geht, ihren Zuwachs hoch etinshähen. Sie kann sich der Mitläufer bedienen, um ihre Macht zu festigen oder um eine Divergenz bei den Gegnern hervorzurufen; in jedem Falle bleiben diese Zuzügler Bundesgenossen niederen Ranges. Wenn die Gruppe, die in Polen herrscht, sich auf ein fest umschriebenes und geschlossenes Programm stützen würde, so könnte daraushin eine Assimilierung der neuen Elemente eintreten, und man könnte sie mit den älteren Mitgliedern zu einer Einheit zusammenschließen. Aber das ist nicht der Fall. Die regierende „Elite“ verteilt ihre innere Hierarchie auf Grund der Verdienste vor dem Jahre 1926 und im Jahre 1926. Sie ist untereinander durch die gemeinsamen Kämpfe und die konspiratorischen Traditionen aus den früheren Jahren verbunden. Die Verteilung der Einflüsse und der Stellungen erfolgt auf Grund der Verdienste. Wer gekämpft hat, der hat das Recht auf eine Stellung und auf Wohlgerügen; wer später gekommen ist, muß sich mit dem Rest zufrieden geben. Solange dieser Rest groß war, konnten die Anhänger dieser Ideologie sich ganz wohl fühlen. Wenn es aber schlecht geht, muß man Opfer bringen.“

Später änderte sich sehr die Rolle der wirtschaftlichen Kreise in der politischen und sozialen Lage des Staates. Früher, solange der Großgrundbesitz, die Großindustrie und der Handel weniger Hilfe vom Staat erhielten, als sie sogar über beträchtliche Fonds verfügten, mit denen sie die Parteikassen füllen konnten, durften sie Bedingungen stellen. Sie konnten auf die Wirtschaftspolitik des Staates Einfluß ausüben und daraus verschiedene sofortige Vorteile ziehen. Aber diese latfähliche Zusammenarbeit der Wirtschaftskreise mit der Regierung führte zur Abhängigkeit der Wirtschaft von dem Regierungsapparat. Dieser Apparat, der über die bereits erteilten Kredite und verschiedene Konzessionen zu entscheiden hatte, braucht keine Abmachungen zu treffen und zu bitten. Er kann drohen und befehlen. Die natürliche Konsequenz der Beteiligung der Wirtschafts-

Die Sitzung wurde mit einer Ansprache des Präsidenten Abg. Skawek eröffnet. Nachdem der Klub die Wahl des ehemaligen Ministerpräsidenten Prystor zum Mitgliede des Klubpräsidiums vorgenommen hatte, erteilte der Vorsitzende dem Ministerpräsidenten Jodzzejewicz das Wort.

Nede des Ministerpräsidenten Jodzzejewicz.

Der Ministerpräsident bezeichnete die Politik der jetzigen Regierung als Fortsetzung der Politik der Prystor-Regierung. Die Regierung — führt der Ministerpräsident aus — wird die festgelegten Richtlinien einhalten und trotz der Rüte der wirtschaftlichen Lage der bisherigen Politik der Aufrechterhaltung der Währung treu bleiben. Für die Entschlüsse der Regierung in den wirtschaftlichen Fragen sind zwei Momente maßgebend: die Rüte auf die entwickelte Wirtschaftslage der Welt und die Tatsache, daß Polen ein in den Anfängen befindlicher Staat ist. Ministerpräsident Jodzzejewicz wies darauf hin, daß Polen dank der konsequenten Befolgung der Gebote der Vorsicht und Sparsamkeit, dank der Darbringung schwieriger Opfer all diesen Schwierigkeiten siegreich Trost bietet, deren manchmal auch die mächtigsten Staaten nicht Herr werden können.

Die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage erfahren eine besondere Steigerung durch die politischen und wirtschaftlichen Verwicklungen in der Welt. Die bisherigen Versuche zu deren Lösung betrachtet der Ministerpräsident mit Skepsis. Indessen werde die polnische Regierung weiterhin die internationalen Entscheidungen abwarten.

Als grundlegende Arbeiten des Regierungslagers betrachtet der Ministerpräsident die Lösung des Verfassungsproblems und des Problems der Erziehung der jungen Generation. In der konkreten Arbeit an der Umgestaltung der Staatsverfassung wird das Regierungslager nicht den Vorbildern in den anderen Ländern folgen, da es den Absolutismus verweist und die Überzeugung hegt, daß der polnischen Volkgemeinschaft keine Diktatur aufgezwungen werden können. Das Regierungslager werde bloß die schädlichen Auswüchse der demokratischen Tendenzen bekämpfen, was in den projektierten Verfassungsänderungen zum Ausdruck kommen werde.

Zum Schluß äußerte der Ministerpräsident die Überzeugung, daß trotz der langwierigen Krise die Kräfte der Volkgemeinschaft nicht erschöpft sind und daß der zähe Arbeitswillen der Gemeinschaft, geleitet von der Entschlüsselung der Regierung, das Land zur Überwindung der Schwierigkeiten führen werde.

Die Mitglieder des Regierungsklubs nahmen die Nede des Regierungschefs mit langandauerndem Beifall auf. Eine Aussprache hat nicht stattgefunden.

Kreise an der Interventionspolitik der Regierung war der Verlust der Selbständigkeit und der Bewegungsfreiheit dieser Kreise. Daß dies die Vertreter des Großgrundbesitzes und der Industrie nicht verstanden, ändert nichts an dem Wesen der Dinge. Überdies waren die Massen von ihren wirtschaftlichen Bundesgenossen sehr enttäuscht. Diese Sieger waren besorgt um die Dauer ihrer Macht und fürchteten von der Wirtschaftskreise einen Angriff. Obgleich sie selbst aus dem Sozialismus hervorgegangen sind, waren sie zu verschiedenen Zugeständnissen zugunsten des Kapitals bereit, um die Währung vor Schwankungen zu bewahren und fremdes Kapital ins Land zu ziehen und den Wohlstand zu sichern. Das ist zum größten Teil nicht gelungen. Der Bundesgenosse erfüllte nicht die auf ihn gesetzten Hoffnungen. Die Zugeständnisse, die man den wirtschaftlichen Kreisen machte, bewahrten das Land nicht vor schweren Krisen. Enttäuschung gebiert Ärger und Unlust, und die Befürchtung, daß man die Popularität bei den Massen verliert (wenn es in dieser Beziehung noch etwas zu verspielen gäbe), weckt die Geneigtheit zu sozialem Radikalismus. Vorher schließt man die Wirtschaftskreise ab. Sie sind vergleichbar einem Familienmitglied, das nicht die beste Vergangenheit besitzt und dessen man sich schämen muß. Es kann indessen sein, daß diese Kreise noch ärgerliche Peinlichkeiten erfahren werden.“

Polen erhält Stundung.

Polnischen Blättermeldungen zufolge hat die polnische Regierung für die am 1. Juni und 1. Juli d. J. fälligen Schuldenzahlungen gegenüber dem Auslande eine Stundung erhalten. Es handelt sich um die sogenannten Reliefschulden in einer Höhe von 20 Millionen Bloty. Diese an den oben erwähnten Terminen fälligen Summen werden auf sechs Monate gestundet. Der einschlägige Beschuß wurde in der Londoner Konferenz der Kommission für Reliefschulden gefasst, an welcher der Finanzberater der polnischen Botschaft in London Domajewski teilnahm. Die polnische Regierung hat bereits die Benachrichtigung über die gewährte Stundung erhalten.

Polens Reliefschulden gegenüber einigen europäischen Regierungen und der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind in den ersten Jahren nach dem Kriege entstanden. Es sind diese Schulden, die durch Lieferungen von Lebensmitteln, Kleidung und Waffen im Laufe der Jahre zu einer beträchtlichen Summe gestiegen sind. Diese Schulden wurden später konsolidiert. Der Hauptgläubiger ist in diesem Falle die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, da die konsolidierte Schuld Polens nur in diesem Falle 206 Millionen Dollar beträgt.

Der Sohn des Staatspräsidenten — Gesandter in Tokio.

Der Posten des polnischen Gesandten in Tokio war seit langer Zeit unbefestigt geblieben. Diese Lücke in der Vertretung Polens im Auslande wird nun ausgefüllt werden. In der nächsten Zeit wird die Ernennung des Sohnes des Staatspräsidenten, des Legationsrates Michał Mosicki erfolgen. Legationsrat Mosicki hat die zu einer leitenden Stellung vorbereitende Lehrzeit als polnischer Geschäftsträger in Wien absolviert, wo er nach der Verleihung des Ministers Lutfiawicza nach Moskau die Leitung der Gesandtschaft übernommen hatte.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die „Deutsche Wochenschrift“ beziehen zu wollen.